

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis 20 Mark monatlich...
Wochentlich 25 Pf. frei ins Haus...
Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat...
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste...
Deutschland und Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
'Kleine Anzeigen', das erste (steiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
Werte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 5. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Kampf in der Elektro-Industrie.

Die Beamten der Industrie.

Die 'Vossische Zeitung' hat unter der Maske sächlicher Objektivität sich mit anerkenntniswerter Deutlichkeit in den Dienst des Notenauftrags gestellt.
Bereits hat sie entdeckt, daß der 'Vorwärts' der eigentliche Schuldige in dem zwischen den Elektrizitätsfirmen und den Arbeitern ausgebrochenen Streit ist.
Besonders fühlte sich das Blatt verpflichtet, für die Ingenieure einzutreten, weil wir sie auf das Unwürdige ihrer Stellung hingewiesen haben, die sie bei Strafe des Hungers sogar zu Streikbrecherarbeiten nötigt.
Das Blatt behauptet, wir hätten die Mitglieder des Kopproletariats beschimpft.
Wir wissen genau, daß die arbeitslosen Kopproletarier durchaus unserer Meinung sind und es sich ebenso höflich wie energisch von der 'Vossischen Zeitung' verhalten würden, mit ihrem Wohlwollen bedacht zu werden.
Jeder anständige Beamte der Elektrizitätsindustrie fühlte das innere Elend seiner Lage und hoffentlich ist niemand von ihnen so ehrlos, daß er ohne Zählnehrchen die ihm zugewiesenen Dienste leistet.
Für höhere Ehre der Notensuppe liegt die 'Vossische Zeitung', daß wir den zu Streikbrecherdiensten kommandierten Ingenieuren deshalb Vorwürfe gemacht hätten; weil sie nicht an einem Streit teilnehmen wollten, über den kein Mensch sie befragt hat, den sie nicht gebilligt haben.
Sie wollen nicht ihre Existenz aufs Spiel setzen, ihre Familie vielleicht in die schwerste Not bringen, weil einzelne Arbeitergruppen es auf einen Kampf ankommen lassen, über dessen Notwendigkeit die Ansichten zum mindesten auseinander gehen können.
Verdienen diese Männer deshalb gebrauchsmacht zu werden, fragt die 'Vossische Zeitung' wehleidig.
Man kommt mit weniger Worten nicht mehr zurecht als mit mehr.
Selbstverständlich hat der 'Vorwärts' von den Ingenieuren nicht verlangt, daß sie an dem Ausstand teilnehmen.
Er hat nur von ihnen gefordert, daß sie nicht tun, was nicht ihres Amtes ist, daß sie gegen ihre kontraktlichen Verpflichtungen Streikbrecherdienste leisten.
Die Ingenieure sind zum Kohlenkipper und dergleichen nicht engagiert.
Gerade vom Standpunkt des bürgerlichen Rechtes, das die Pflichten der Angestellten begrenzt, ist es eine nichtswürdige Zumutung, wenn man von ihnen verlangt, daß sie Dienste verrichten, zu denen sie nicht verpflichtet sind, um ehelichen Arbeitern in den Rücken zu fallen.
Und wenn die 'Vossische Zeitung' behauptet, die Herren wollten eben ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen, so spricht sie damit das schärfste Urteil über das Unternehmertum, das so brutal ist, Leute aufs Pfahle zu werfen, die nichts weiter tun, als Dienste abzulehnen, zu denen sie kontraktlich nicht verpflichtet sind.
Es scheint kurzschluß in der Intelligenz der 'Vossischen Zeitung' eingetreten zu sein, daß sie vermessen aus blindem Eifer für die Elektrizitätsmillionäre die ganze Fabel von der Humanität dieser Industriegruppe preisgibt.

So ist die 'Vossische Zeitung', dies freisinnige Blatt, verächtlich, daß sie sogar eine Bewegung diskreditiert, die gerade von freisinnigen Führern protegiert wird.
Die 'Vossische Zeitung' meint, die Ingenieure seien nur 'angeblich' noch schlimmer dran, als das eigentliche Fabrikproletariat.
Sie empört sich darüber, daß wir von ihrem Kultus und ihrer Lohnsklaverei gesprochen haben.
Ist denn der 'Vossischen Zeitung' unbekannt, daß gerade einer der Abgeordneten des Preissens, der Herr Dr. Potthoff, der Wortführer dieser ausgebeuteten Kopproletarier ist, die gezwungen sind, sich an die Großindustrie zu verkaufen?
Angeblich soll ihre Lage vielfach noch schlimmer sein, als die der Arbeiter, meint die 'Vossische Zeitung', und doch hat erst in der Reichstags-Sitzung vom 6. März 1905 der Abgeordnete Potthoff eine längere Rede über das Elend der technischen Angestellten in der Privatindustrie gehalten.
Er wies auf eine im Oktober 1903 im Kreise dieser Beamten veranstaltete Enquete hin.
Aus 4800 Fragebogen bearbeitete der deutsche Technikerverband das Material.
Es ergibt sich daraus, führte Potthoff aus, daß fast ein Viertel aller Beamten unter 1800 Mark jährlichen Gehalt bezieht.
Erwähnt sind noch 44 Fälle unter 1200 Mark, 85 Prozent der Angestellten beziehen 1800 bis 2400 Mark, 24 Prozent zwischen 2400 und 3000 Mark und nur 10 Prozent haben mehr als 3000 Mark Einnahmen.
Dabei sei noch zu berücksichtigen, führte der freisinnige Potthoff aus, daß unter den Befragten auch eine Reihe von Beamten sich befinden, die bei Behörden beschäftigt waren, dadurch werde das Bild im günstigen Sinne beeinflusst, weil dort die Gehaltsstufen von 2100 bis 2700 M. vorwiegen, während in den Privatbetrieben die Stufen von 1500 bis 2100 am stärksten besetzt sind.
Nur 40 1/2 Proz., also noch nicht einmal die Hälfte der befragten Beamten hatten schriftliche Dienstverträge, in Privatbetrieben waren dies sogar nur 20 1/2 Proz.
Dabei ist über die Hälfte dieser Beamten verheiratet.
Von Bedeutung ist auch noch die Stellenlosigkeit.
Es hat sich gezeigt - wir folgen immer den Ausführungen des Dr. Potthoff - daß 27 Proz. in den letzten 5 Jahren ein- oder mehreremal stellenlos waren und zwar kommen auf jeden Angestellten innerhalb dieser 5 Jahre vier bis fünf Wochen Stellenlosigkeit.
Auch da sind wieder die Angestellten bei den Behörden mitgerechnet, bei denen Stellenlosigkeit sicher viel weniger häufig ist als bei dem privaten Betrieb.
Und Potthoff faßt seine Ausführungen zusammen:

Unlängst hat sich ein 'Bund der industriellen Beamten' gebildet, der lediglich die Interessen dieser in der Industrie Angestellten gegen das Unternehmertum vertritt.
In einem Aufsatz dieses Verbandes, der auf dem Umschlage eines von Dr. Potthoff gehaltenen Vortrages abgedruckt ist, heißt es:

'Noch niemals ist dieser Interessengegenstand klarer zum Ausdruck gekommen als in der Gegenwart.
Unter seinem Einflusse haben sich zuerst die Arbeiter zusammengeschlossen und dadurch eine große Machtstellung errungen.
Ihrem Beispiel sind dann die Angehörigen anderer, namentlich kaufmännischer Berufe gefolgt.
Nur die technischen Beamten der Industrie standen bisher abseits, teilnahmslos dem Streite zusehend, der sich mit wechselnden Erfolgen auf der sozialen Weltbühne abspielt.
Und doch hätten sie allen Grund, zur Wahrung ihrer Interessen wie ein Mann zusammenzutreten.'

Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß der Wert technischer Arbeit tief gesunken sei und noch weiter sinke.
Dauernd ungewiß, gefahrvoll schon für den einzelnen ledigen Mann, absolut unzureichend aber sei die Lage für den Verheirateten.
Die Gründung dieses Bundes der industriellen Beamten ist nach dem erwähnten Aufrufe 'der scharfe Protest dagegen, daß die geistigen Arbeiter der Industrie im Erwerbekampf der großen Klassen bisher überhaupt nicht gehört wurden, der Protest gegen ihre vollständige Willkürfreiheit und die unbedingte Abhängigkeit den Arbeitgebern gegenüber und im weiteren gegen ihre fortwährende Benachteiligung im Erwerbesebenen'.
Dieser Aufruf, durch den sich die industriellen Beamten nach der Logik der 'Vossischen Zeitung' also selbst beschimpft haben - denn sie haben nichts anderes von sich selbst gesagt, wie wir von ihnen - ist vom Januar 1905 datiert, schildert mithin unmittelbar aktuelle Verhältnisse.
Auch darauf wird in dem Aufsatz hingewiesen, daß der Durchschnittsverdienst besser gestellter Arbeiter der Technik erreicht und ihn vielfach übersteigt.
Die soziale Erkenntnis in dem Bunde der industriellen Beamten ist sogar soweit gediehen, daß sie die Scheidung zwischen Handarbeitern und geistigen Arbeitern vollständig aufgeben.
'Diese Scheidung mag', so heißt es in dem Januaraufsatz, 'gesellschaftlich zu Recht bestehen, in sozialwirtschaftlicher Hinsicht ist sie unbegründet.
Ein Interessengegenstand besteht nicht zwischen Handarbeitern und geistigen Arbeitern, sondern zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
Er ist so klar, daß die geistigen Arbeiter der Industrie von ihren Arbeitgebern trotz gesellschaftlicher Gleichstellung sozial immer getrennt bleiben werden, alle Arbeitnehmer selbst bei gesellschaftlicher Trennung in einer Linie stehen müssen.'

Mit anderen Worten, die Organisation der technischen Beamten steht selbst ein, daß sie mit den Arbeitnehmern, nicht mit den Arbeitgebern gemeinsame Interessen haben.
Und trotzdem zwingt man sie nun unter Mißbrauch ihrer ungenügenden Organisation, denen in den Rücken zu fallen, mit denen sie noch ihrer eigenen Auffassung gleiche Interessen haben, und demjenigen in ihren brutalen Machtkämpfen zu helfen, von deren Interessen sie durch eine weite Klüft getrennt sind.

Es ist auch von Wichtigkeit, die Forderungen der Organisation der technischen industriellen Beamten kennen zu lernen, die sie auf ihrer ersten Generalversammlung formuliert haben: achtstündige Arbeitszeit, Vergütung der Ueberstunden, Verbot der Sonntagsarbeit, Sonntagsruhe von mindestens 30 Stunden, Kündigungsfrist mindestens sechs Wochen zum Quartalschluß, monatliche Gehaltszahlungen, Beseitigung der Konkurrenzklause.
Das Patentrecht ist einheitlich zu gestalten.
Auf die Erfindungen des Angestellten hat der Arbeitgeber keinen Anspruch.
Ihm wird nur ein Vorlaufrecht auf die praktische Verwertung der Erfindung innerhalb einer kurzen Frist zugestanden!
Diese Forderung ist auf den vorstehenden bereits von uns erwähnten ungeheuerlichen Zustand zurückzuführen, daß die technischen Beamten für ihre miserablen Löhne auch noch ihr geistiges Eigentum an die Unternehmer verkaufen müssen.

Der Verband vertritt rein gewerkschaftliche Interessen.
Er weist die 'Anlehnung an wohlwollende Chefs und ältere Kollegen' zurück.
Die Wohlfahrtsvereine haben die Mitglieder in ihrer Hohlheit erkannt.
Nach einer Ausstellung dieses Bundes haben von der halben Million technischer Arbeiter etwa die Hälfte ein monatliches Gehalt von 100 und 120 Mark und darunter!
'In der blühenden Industrie ein erschreckendes Elend' heißt es mit Recht.

Mit diesen Angaben wollen wir uns vorläufig begnügen.
Wir begreifen wohl, daß es der 'Vossischen Zeitung' unangenehm ist, wenn man darauf hinweist, daß auch die Arbeiter im Reich ebenso jämmerlich und noch jämmerlicher gestellt sind von der millionenreichen Industrie, wie die Proletarier in der Masse.
Mutet man noch gar diesen Leuten zu, daß sie ihre Leidensgenossen in der Ausbeutung durch das Kapital verraten, so ist allerdings das Maß des sozialen Elends dieser Kategorie von Angestellten erschöpft.
Wir bleiben dabei: Kein Lumpenproletarier ist mehr genötigt, so würdelose Handlangerdienste dem Kapital zu leisten, wie diese gebildeten Kopproletarier, die ihrer ganzen sozialen Stellung nach zur Arbeiterklasse gehören und die dennoch rat- und hilflos zwischen den Klassen gerrieben werden.
Wir würden es angefaßt dieser Lage begreifen, daß auch die technischen Beamten einmal zum Mittel des Streiks greifen würden.
Daran hindert sie die mangelnde Organisation und das ungenügende Solidaritätsgefühl.
Das eine aber sollte man auch heute schon von ihnen verlangen können, daß sie geschlossen gegen die Zumutung sich auflehnen, im Dienste des Kapitals, das sie fast noch grausamer

ausbeutet als die Handarbeiter, feige Streikbrecherdienste zu leisten!
Und ferner wird die Frage der ernsthaften Organisation dieser Ausbeuteten immer mehr von dringender Bedeutung nicht nur für sie selbst, sondern auch für die allgemeine Arbeiterbewegung.
Dieser 'neue Mittelstand', wie ihn die Schmeichler der kapitalistischen Ordnung genannt haben, bildet durch seine jetzige Zerfahrenheit als eine Art willensloser Soldnertruppe des Kapitals in kritischen Situationen auch eine Gefahr für die Lebensinteressen des Proletariats.

Eine weitere Ausdehnung der Aussperrung!

Die Kühnemänner nehmen nun den Kampf in vollem Aufzuge.
In den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller wird heute durch Anschlag folgendes bekannt gegeben:

Eine Anzahl von Arbeitern, der unserem Verbands angehörigen Firmen Siemens u. Halske, A.-G., und A. E. G. haben die Arbeit niedergelegt, weil von ihnen gestellte Forderungen nicht in vollem Umfange bewilligt werden konnten; sie haben dadurch den Weiterbetrieb großer Werke unmöglich gemacht.
Der Vorstand Berliner Metallindustrieller hat nunmehr beschlossen, sich mit den betroffenen Firmen solidarisch zu erklären, und die Schließung der Betriebe der übrigen Verbandsmitglieder zum 14. Oktober anzuordnen.

Es werden also am 14. d. Mts. weitere etwa 20 000 Personen auf die Straße geworfen!
Mit den vom Metallarbeiter-Verband, den Maschinisten und Geizern und den anderen Verbänden aus den Betrieben herausgezogenen Leuten feiern jetzt schon etwa 40 000, so daß vom Zeitpunkt der völligen Aussperrung an 60 000 Personen arbeitslos sein und mit den Angehörigen 200 000 bis 300 000 Personen (die Einwohnerschaft einer Großstadt!) am Hungertuche nagen müssen, wenn nicht die Arbeiterschaft Deutschlands hinter den brutal auf die Straße Geworfenen steht.

Arbeiter Deutschlands! Die Taktik der Unternehmer geht darauf hinaus, die Ausgesperrten durch eine mehrwöchige Aussperrung müde zu machen, dann die Fabriken zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu öffnen.
Sorgt für Munition, damit auch am Tage der Öffnung der Fabriken die Ausgesperrten nach wie vor noch wie die Mauern stehen!

Der Solidaritätsstreik der Maschinisten und Geizer

hat bisher noch keine wesentlichen Veränderungen gezeigt.
Wenigstens ist es nicht gelungen, die letzten 60-70 Verursachenden noch aus den Zentralen herauszugreifen.
Dagegen offenbart sich die Ungleichgültigkeit der 'höheren' Streikbrecher von Tag zu Tag in vernehmlicher Nähe.
So ist in Ober-Schönewalde gestern bereits die zweite Kraftmaschine in Brand gesetzt worden.
Zu spät wurden die technisch-theoretisch gebildeten Ueber-Streikbrecher gewahrt, daß an der Maschine Kosten und Rohre geschmolzen waren.
Selbstverständlich mußte auch diese Maschine außer Betrieb gesetzt werden.
Wenn es so weiter geht, dann dürfen sich die Herren Arbeitswilligen mit den hohen Stechroten bald selbst fomen und ferner überflüssig machen.
Natürlich machen die Herren Direktoren jetzt gute Miene zum bösen Spiel.
Einem wirklichen Maschinisten oder Geizer aber würden sie in solchem Falle zweifellos sagen, er verdiene nicht das tägliche Brot.
Jedoch jenen Maschinenverberbern lassen sie das Essen sogar gratis und franco aus Restaurationen im Arbeitsaal servieren.
- Wie der Staat in diesem Kampfe einseitig zugunsten der Unternehmer eingreift, das konnten die Streikposten gestern nacht an der Zentrale in der Kauerstraße beobachten.
Dort leisteten nämlich sieben Geizer von der Stadtbahn Streikbrecherdienste.
Natürlich sind die Leute 'auf höheren Befehl' zu dieser Dienstleistung beordert.
So findet sich denn in den Zentralen so nach und nach Personal aus allen Staatsverwaltungen zusammen: Schuppleute, Feuerwehrlente, Eisenbahnbeizer usw.
Sie alle müssen Arm in Arm mit den Schnapsbrüdern, die aus den Herbergen 'zur Heimat' zum Kohlentarren engagiert worden sind, jetzt durch die Tat beweisen, daß sie auch wirklich 'die für den Staat so besonders nützlichen Elemente' sind.
Würdige Repräsentanten!

Herr Magistratsrat v. Schulz

hat dem 'Lokal-Anzeiger' folgende Zuschrift zur Veröffentlichung gegeben:

'In verschiedenen Tageszeitungen wird heute der Inhalt einer Unterredung zwischen dem Vertreter eines hiesigen Korrespondenz-Bureaus und mir wiedergegeben.
Es wird zunächst darin behauptet, daß ich geäußert hätte: Der resultierende Verlauf der Einigungsversuche hat seine Ursache darin, daß die Arbeitgeber erklärten, über das Maß ihrer bisherigen Konzessionen unter keinen Umständen weiter hinauszugehen zu können, während die Arbeiter wiederum auf der Durchsetzung der gestellten Forderungen beharrten.
Hieron war nicht im entferntesten die Rede, und konnte auch nicht die Rede sein, weil mich die Arbeiter während der Verhandlungen beauftragt hatten, für sie und für die Arbeitgeber geeignete Vorschläge zu machen.
Ferner ist es nicht richtig, daß ich den Eindruck gewonnen habe, daß diesmal die Arbeitgeber tatsächlich an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen seien'; denn ich habe erst jüngst wieder versucht, Vorschläge zu unterbreiten, welche in verschiedenen Punkten über das Ultimatum hinausgehen.
Wenn ferner in jenem Berichte gesagt wird, ich hätte die Arbeiter in diesem Kampfe für die Schwächeren, so muß ich das ebenfalls nur als ein großes Mißverständnis meiner Worte auffassen.
Schließlich habe ich auch keine Aeußerung dahin getan, daß Berlin, was den Verkehr und die Beleuchtung anbelangt, unter keinen Umständen leiden werde, auch dann nicht, wenn der Streik fortduere.
Eine solche Äußerung kann ich schon deshalb nicht getan haben, weil ich zurzeit gar nicht in der Lage bin, mit über diese Verhältnisse ein Urteil zu bilden.'

Die Forderungen des Herrn v. Schulz sind also offenbar durch entsprechende „Redaktion“ im Interesse des Unternehmens mißbraucht worden.

### Die Firma Raud u. Hartmann

Die Forderungen des Herrn v. Schulz sind also offenbar durch entsprechende „Redaktion“ im Interesse des Unternehmens mißbraucht worden.

Arbeiter, Mitbürger, Parteigenossen!  
Erscheint recht zahlreich in obigen Versammlungen, um Stellung zu nehmen zu der Ungehörlichkeit der verschiedenen Behörden, die in der offensiven Weise bei der gegenwärtigen Auslieferung für die Unternehmerrpartei ergreifen.  
Die Arbeiter sollen durch die Millionenfirma an die Wand gedrückt werden und die Behörden helfen dabei nach Kräften mit. Dagegen gibt es Protest einzulegen und ist deshalb der Versuch der obigen Versammlungen dringend geboten.  
Wenn dieser Ausruf der Firma Raud u. Hartmann auch nicht gefallen mag, so findet er hoffentlich desto größeres Verständnis bei der Arbeiterschaft.

### Der Zentral-Arbeitsnachweis II

in der Rüderstraße veröffentlichte gestern an den Anschlagtafeln folgende Plakat:

#### Arbeiterinnen

werden verlangt

Zentral-Arbeitsnachweis  
Rüderstraße.

Das Plakat erregte in Arbeiterkreisen ganz allgemein die Befürchtung, daß der bekanntlich mit städtischer Unterstützung arbeitende Nachweis Streikbrecherinnen für Siemens u. Halske und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft suche.

Wir haben sofort bei der Verwaltung des Nachweises Auskunft erbeten und erhalten. Es wurde uns versichert, daß es grundsätzlich ausgeschlossen sei, daß der Nachweis durch Lieferung von Arbeitswilligen in Lohnkämpfen eingreife. Die in Frage kommenden Firmen hätten sich seit Monaten und auch jetzt nicht an den Nachweis gewandt. Das Plakat sei überdies schon am Sonnabend bestellt und nur wegen Ueberfüllung des zur Verfügung stehenden Raumes erst jetzt an den Anschlagtafeln erschienen. Gesucht würden Arbeiterinnen für Blech-Emballagen, galvanische Anstalten, für die Leuchtgas- und Badungsmitteleinrichtungen und allerdings auch für einige nicht bestimmte kleinere Elektrizitätsfirmen.

#### Für die Lohnzahlung

waren von den Gesellschaften besondere Vorkehrungen getroffen worden. Die Arbeiter wurden nicht in die Fabriken selbst hineingelassen, sondern in den Vorhöfen abgefertigt, um ihnen jeden Einblick in die leeren Fabriken und jede Berührung mit den paar Arbeitwilligen unmöglich zu machen. Zu diesem Zwecke wurde auch die Abfertigung der Arbeitwilligen und auch der in Betriebe tätigen Beamten noch strenger als sonst durchgeführt. Alle wurden in den Arbeitsräumen zurückgehalten. Damit sie und — die Polizei keine Not leiden mögen, hatte die Firma Aichinger nach dem Werk der Brunnenstraße 200 Portionen Schweinebraten und 3000 belegte Brötchen geliefert. Für alle Fälle waren noch in den verschiedenen Teilen der Fabrik Schupstele verteilt. Eine Abteilung befand sich in der ehemaligen Tischlerei, eine zweite Abteilung von 8 Mann war in der Hausverwaltung untergebracht, in der Mitte des Fabrikgebäudes gar 40 Mann! Die Lohnzahlung fand an dem Eingang von der Brunnenstraße aus vor dem Fabrikgebäude statt an Tischen, die auf dem Hofe platziert waren. Nachdem die 7000 Mann des Werkes abgefertigt waren, konnten auch die Schupstele wieder abräumen, ohne daß zum Glück einer von ihnen der tödlichen Langeweile zum Opfer gefallen wäre.

#### Die kaufmännischen Angestellten der A. E. G.

sind aus Anlaß der Aussperrung vom Zentralverband der Handlungsgehilfen zu einer Versammlung geladen worden, die gestern in Fildersaal, Akerstraße, tagte. Das kaufmännische Personal der A. E. G. war dem Rufe in großer Zahl gefolgt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent Kaliski wandte sich mit kräftigen, eindringlichen Worten an das Ehrgefühl der kaufmännischen Proletariat, um sie zur Solidarität mit den streikenden und ausgesperrten Arbeiter aufzurufen. Nachdem das Unternehmensvermögen der Elektrizitäts-Industrie Zehntausende von Arbeitern auf die Straße geworfen hatten, kam die Kunde, daß Handlungsgehilfen schamlos genug waren, um Streikbrecherdienste zu leisten. (Wut!) Und die Handlungsgehilfen, die sich so weit vergahen, den Unternehmern diese Schanddienste zu erweisen, sind nicht etwa solche, die bei Mathenau zu Tische geladen waren, sondern es sind Handlungsgehilfen, die mit einem Stundenlohn von 30 Pf., mit einem Monatsgehalt von 75 M. begahrt werden. Die kaufmännischen Angestellten, die sich so weit erniedrigen haben, stehen moralisch tief unter der Straßendirne, denn diese prostituiert sich doch nur ihres eigenen Namens wegen, aber nicht zum Gefallen anderer. (Beifall.) Die kaufmännischen Angestellten müssen es unter ihrer Würde halten, Arbeiten der Streikenden und Aussperrten zu verrichten. Wenn aber bei dem einen oder anderen das Ehrgefühl nicht ausreichen sollte, um Streikbrecherdienste zu verweigern, so mögen sie daran denken, daß sie nach dem Gesetz zu keinen anderen als kaufmännischen Arbeiten verpflichtet sind. — Einer jener Handlungsgehilfen, die als Streikbrecher arbeiten, sagte, als er deswegen zur Rede gestellt wurde mit jynischer Dreistigkeit: „Ist denn Kohlen-schleppen eine ehrenwerte Handlung?“ — Nein, das nicht. Kohlen-schleppen ist eine ehrenwerte Arbeit, aber eine Schmach und Schande ist es, Kohlen zu schleppen an Stelle ausgesperrter Arbeiter. (Beifall.) Nach dem Willen des Unternehmens sollen die Aussperrten dem Hunger überantwortet werden. Sagte doch ein Vorgesetzter mit Bezug auf die Aussperrten: „Die Hunde müssen auf der Straße verrecken.“ (Wut!) Daß die schamlose Abhät der Unternehmer und ihrer Helfer nicht gelingt, dafür müssen, so weit es an ihnen liegt, auch die kaufmännischen Angestellten sorgen. Niemand von ihnen darf Streikbrecherdienste verrichten, jeder muß auch unter seinen Kollegen dafür wirken, daß die Solidarität mit den ausgesperrten Arbeitern gewahrt wird und daß keiner die Hand rührt, um als Streikbrecher tätig zu sein. — Die Rede des Referenten fand stürmischen Beifall, dann wurde ohne Debatte die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in Fildersaal versammelten kaufmännisch tätigen Angestellten der Elektro-Industrie erklären im Bewußtsein ihrer Stellung als Proletariat ihre volle Solidarität mit den ausgesperrten und streikenden Arbeitern. Sie weisen jede Zumutung, Streikbrecherdienste zu verrichten, als beschimpfend und ehrlos auf das entschiedenste zurück. Die Versammelten verpflichten sich, die Arbeiterschaft in dem durch das isolierte Unternehmens erzwungenen Kampfe in jeder Beziehung tatkräftig zu unterstützen.“

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Oktober.

#### Auswärtiges Selbstlob.

Herrn v. Bülow hält die Zeit für gekommen, der Welt seine märchenhaften Verdienste um die Beilegung des Marokko-Zwistes anzugehen. Dem Vertreter eines Pariser Blattes hat er anvertraut, wie er über die deutsch-französischen Geschehnisse des letzten Halbjahres und die gegenwärtige internationale Situation denkt, wie er aus ernstlich schwierigen zu herrlichen Lösungen geführt hat, welche Ansprüche er hat an dem Dank Deutschlands, ja Europas. Aus dem „Petit Parisien“ erfährt die deutsche Öffentlichkeit alle diese interessanten Dinge.

Wie lautet das bescheidene Geständnis glorreicher Diplomatie: „Zu gewissen Zeiten war Frankreichs Politik in einer Weise ge-

leitet worden, daß man es für ihr wesentlichstes Ziel halten mußte, Deutschland zu isolieren, und daß ihr leitender Grundgedanke, uns mit allen Mitteln feindselig zu sein. Ich möchte schließlich niemand angreifen, aber ich erinnere daran, daß ich vor 1 1/2 Jahren, als das französisch-englische Abkommen betreffs Marokko abgeschlossen wurde, im Reichstage die Erklärung abgab, das französisch-englische Abkommen sei eine keineswegs gegen Deutschland gerichtete zu sein, jedoch hinzufügte, daß mir keinerlei offizielle Mitteilung davon gemacht worden sei. Glauben Sie nicht, daß man mir damals diese Mitteilung, die ich für notwendig hielt, hätte machen sollen? Nichts dergleichen geschah, und wir hatten einen Beweis mehr, daß die französisch-englische Politik uns nicht nur isolieren, sondern sogar verletzen wollte. Es kam der Tag, wo zweifellos zur Krönung ihres Werkes diese Auslieferungspolitik eine Tendenz verriet, Marokko in ein zweites Tunis umzugestalten. Deutschland, das an Marokkos Handel interessiert ist, und das ein Recht hatte, seine berechtigten Interessen zu verteidigen, sah sich genötigt, dies Recht geltend zu machen. Frankreich zeigte die Absicht, sich eine Sonderstellung in ganz Marokko zu schaffen. Dies war unvereinbar mit der Unabhängigkeit Marokkos, die durch internationale Verträge bekräftigt war, unvereinbar auch mit der wirtschaftlichen und handelspolitischen Freiheit, kurz eine ernste Lage war das Ergebnis und es schien schwer, aus dieser Lage herauszukommen, ohne daß die Würde eines der beiden Länder darunter litt. Wer hat dies verschuldet? Und wie kann man sagen, daß Deutschland durch seine Intervention irgendwelche Voreingenommenheit oder Hintergedanken an den Tag legte, daß es Frankreich feindselig war, während Deutschland doch nur für seine Staatsangehörigen und ihre Interessen sorgte, während es doch nur seine Pflicht als große Nation erfüllte wie Frankreich selbst es getan hätte! Um derartiges zu behaupten, muß man absichtlich vergessen, daß die Politik Deutschlands seit langem den Wunsch hegt, die Beziehungen mit Frankreich zu verbessern. Zeigen die soeben stattgefundenen Unterhandlungen nicht, daß wir uns darauf beschränkt haben, in Marokko das Regime der offenen Tür zu sichern, daß wir keine Vorteile besonderer Natur territorialer oder sonstiger Art für uns verlangten? Wir haben uns bereit, die besondere Situation Frankreichs anzuerkennen; im Vertrauen auf die Loyalität der französischen Regierung haben wir zugegeben, daß die Konferenz sich nicht mit der Polizeifrage an der algerisch-marokkanischen Grenze zu beschäftigen habe. Frankreich wiederum hat den Abschluß nebensächlichster Geschäfte, die zwischen dem Marokkaner und deutschen Bankiers und Unternehmern vereinbart wurden, anerkannt. Da unsere wirtschaftlichen Interessen, die zu ihrem Schutze in Marokko nur des freien Wettbewerbs bedürfen, nunmehr nichts zu befürchten haben, und unsere nationale Würde vor jeder Verletzung sicher ist, haben wir Frankreich die besondere Stellung zuerkannt, die es seiner Grenze verleiht. Jegliches der marokkanischen Frage selbst haben wir es gleichfalls und mit Rücksicht auf alle irgendwie beteiligten Nationen der Konferenz überlassen, diese Frage zu studieren und Abhilfe zu finden. Die eben stattgehabten Verhandlungen, das jüngst abgeschlossene Abkommen, haben den Deutschen gezeigt, daß ihnen gegenüber in Frankreich sich etwas geändert hat, und daß man seit einiger Zeit ihnen gegenüber eine loyale Politik verfolgt. Das ist ein für beide Völker glänzendes Ereignis; ich freue mich, das Verdienst daran zum großen Teil Herrn Rouvier beizumessen, der die Lage von einem höheren Gesichtspunkt aus beurteilt und aufrichtig an dem Aufheben der Spannung mitgearbeitet hat. Ich weiß wohl, es gibt Unzufriedene, das war voraus zu sehen. Einige deutsche Blätter haben sich beklagt, daß Deutschland nicht versucht hat, besondere Vorteile zu erlangen. Sie vergessen, daß das niemals Zweck der deutschen Politik war. In Frankreich könnte bei Ihren Fronteuren der Verdacht bestehen, daß die gegenwärtige Politik Deutschlands in Marokko trotz alledem einen aggressiven Charakter behalte, und daß neue Schwierigkeiten vor, während oder nach der Konferenz hervorgerufen werden könnten. Das heißt vollständig vergessen, daß die deutsche Aktion seit Beginn der marokkanischen Angelegenheit eine ausschließlich defensive Aktion war. Ein Mißtrauen, wie es sich in dieser Annahme zeigt, ist durch nichts gerechtfertigt. Der Presse der beiden Länder liegt es ob, zwischen unseren beiden Völkern ein Gefühl des Vertrauens zu schaffen, die beiden Regierungen wünschen dies aufrichtig. Mit Vergebung und mit Freude würde man die künftigen Zeiten erwarten können, wenn gewisse Franzosen und gewisse Deutsche sich nicht mehr als notgedrungenen traditionellen Feinde betrachten würden, wenn sie einsehen würden, wie fruchtbar der aufrichtige völlige Friede zwischen zwei großen Völkern ist, wieviel Großes er vermag. Die bereits erzielten Verbesserungen der deutsch-französischen Beziehungen werden nicht durch unsere Schuld verloren gehen, denn wir wollen in Algerien dieselbe Aufrichtigkeit zeigen wie in Paris. Auf den Einwand, was geschähe würde, wenn der Marokkaner den Beschlüssen der Konferenz nicht Rechnung tragen sollte, antwortete der Reichskanzler: Die Aufrichtigkeit und Befestigung einer lokalen und offenen Politik zwischen Frankreich und Deutschland gestatte, dieser Eventualität sowie mancher anderen ohne Verzug entgegenzutreten.

Auf die Frage, was er über die russisch-deutsche Annäherung denke, antwortete der Reichskanzler: Alles mögliche Gute, die russisch-deutsche Freundschaft besteht und ich glaube, daß es Frankreich nur angenehm sein kann, Rußland mit uns in guten Beziehungen zu sehen. Die Franzosen haben ein Interesse daran, daß ihr Verbündeter einen Freund mehr hat; wir beglückwünschen uns aus demselben Grunde zu der französisch-russischen Freundschaft.

Der Marokko-Zwist, der im Frühjahr Frankreich und Deutschland erregte, scheint nach langwierigen Verhandlungen beigelegt, und man darf allerdings erwarten, daß diese Angelegenheit auch fernherhin erstere Komplikationen nicht herbeiführen wird. Gleichwohl dürfen die Darlegungen des Fürsten Bülow nicht mit heiterem Verständnis für ungewöhnlich entwickelte Selbstzufriedenheit eines Staatsmannes ertragen werden. Nicht nur um der geschichtlichen Wahrheit willen, sondern ebenso wegen der nicht mit einigen wohlfeilen Wendungen zu beseitigenden bösen Folgen, welche die Bülow'sche Marokko-Politik, trotz der Hintertreibung des besonderen Streitgegenstandes, für das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführt hat.

Nach der Darstellung des Reichskanzlers ist seine Politik gegenüber Frankreich völlig tadellos, und lediglich die feindselige Haltung des früheren französischen Ministers des Auswärtigen Delcassé habe Deutschland zur Abwehr genötigt. Die französische Politik habe Deutschland isolieren und sogar verletzen wollen, sie habe schließlich den deutschen Handel von Marokko ausschließen wollen.

Nun hat Delcassé allerdings eine Politik betrieben, die von denen aufs höchste verurteilt werden muß, welche ein gutes Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland wünschen. Es war eine lächerliche Torheit, das englisch-französisches Abkommen der deutschen Regierung nicht offiziell mitzuteilen. Es war mehr als Torheit, es war ein Verbrechen, daß Delcassé später, als der Konflikt sich zugespitzt hatte, es auf gewaltsame Lösung ankommen zu lassen gedachte. Frankreich selbst vollbrachte die Täuschung dessen, der solche Pläne hegte: vor dem zornigen Unwillen ganz Frankreichs mußte Delcassé mit Schimpf und Schande seinen Posten verlassen.

Aber Delcassés Schuld bedeutet nichts weniger, als daß auf deutscher Seite nicht ebenso schwere Fehler begangen wären! Fürst Bülow beschränkte sich einer maßlosen Uebertreibung der Fehler Delcassés, um seine eigene Politik im reinsten Lichte zu strahlen zu lassen. Er stellt es so dar, als habe Delcassé Deutschland mit vollständiger Isolierung bedroht, gegen welche Bedrohung

die ernsteste Abwehr nötig gewesen sei. Diese Darstellung ist jedoch äußerst befremdlich, wenn man sich erinnert, was der Reichskanzler am 14. April 1904, als gerade das englisch-französisches Abkommen im Reichstage besprochen wurde, über die Gefahr einer deutschen Isolierung geäußert hat. Debel hatte damals auf eine solche Gefahr hingewiesen, indem er bedauerte, daß die deutsche Politik es nicht verstanden habe, England die deutsche Seite zu halten. Da erklärte Fürst v. Bülow, damals noch Graf v. Bülow: „Ich erwidere ihm, daß wir mit zwei großen Mächten in einem festen Bündnisverhältnis stehen, zu fünf anderen großen Mächten stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen, während unser Verhältnis zu Frankreich ein ruhiges und friedliches ist und, soweit das von uns abhängt, auch bleiben wird.“ Gerade als Frankreich jenes Abkommen geschlossen hatte, das später als Beweis des Isolierungsplanes angeführt worden ist, gerade in der Zeit, da Bülow zu der vollen Erkenntnis jenes Planes hätte gelangen müssen, damals ahnte der Arglose noch nichts von dem nahenden Verderben, damals sah er keinerlei Gefahr der Isolierung, er sah die Situation Deutschlands rosenrot, wie er sie auch jetzt wieder rosenrot sieht. Es ist das Spiel der hohen Diplomatie, den Völkern bald die schwärzesten Gefahren, bald die lichtesten Aussichten vorzutäuschen!

Aber auch die Darstellung vom Ursprung des Marokko-Konflikts ist falsch. So töricht die Unterlassung der offiziellen Bekanntgabe des englisch-französischen Abkommens war, so war sie doch keineswegs das, was nachher die deutschen Offiziere daraus gemacht haben und was jetzt Bülow wiederholt: „ein Beweis mehr, daß die französische Politik uns nicht nur isolieren, sondern sogar verletzen wollte.“ Schon die Tatsache, daß Delcassé auch den Vereinigten Staaten den Text des Abkommens nicht offiziell übermittelt hat, beweist, daß die Dinge nicht so gelegen haben. Und daß jene Unterlassung damals auf die deutsche Politik keineswegs den erschütternden Eindruck gemacht hat, wie es jetzt vorgegeben wird, das zeigen die bekannten Worte Bülows im Reichstage am 12. April 1904, daß er „keine Ursache habe, anzunehmen, das englisch-französisches Kolonialabkommen enthalte ein Spige gegen irgend eine andere Macht“, und daß er „keinen Grund habe zu befürchten, daß unsere Interessen in Marokko von irgend einer Macht mißachtet oder verletzt werden könnten“. Nach dem „Petit Parisien“ soll Fürst Bülow jetzt sogar gesagt haben, er habe damals schon hinzugefügt, daß ihm keinerlei offizielle Mitteilung von dem Abkommen gemacht worden sei, welche Behauptung offenbar beweisen soll, daß Fürst Bülow damals schon recht bedenktlich gegen die Haltung Frankreichs gewesen sei. Tatsächlich gelingt es uns nicht, eine derartige Äußerung des Reichskanzlers aufzufinden!

So standen die Dinge im April 1904. Damals sah die deutsche Politik in dem Marokko-Abkommen nicht die geringste Möglichkeit eines Zwistes, fand keinen Anlaß, gegen Beeinträchtigung des deutschen Handels in Marokko Vorstellungen in Paris zu erheben, wozu sie berechtigt und verpflichtet war.

Aber im März 1905 war urplötzlich das Bild völlig verwandelt. Fürst Bülow sucht jetzt jenen jähen Umschwung damit zu begründen, daß Frankreich gezeigt hätte, es wolle in Marokko eine Ausschließungspolitik betreiben. War dies der Fall, so mußten die üblichen diplomatischen Vorstellungen voll auf genügen und umso mehr, als Frankreich nunmehr, infolge der furchtbaren Niederlage des alliierten Rußland, selbst in eine äußerst schwierige Situation geraten war und ganz gewiß nicht länger darauf spekulieren konnte, gegen Deutschland Pläne zu schmieden. Statt diplomatischer Nachstellungen wurde nun jedoch der größte diplomatische Theaterstreich des bösen französischen Nachbar. Schließlich kam die Tangerreise des Kaisers und die Anfrage des Reichskanzlers bei dem Generalstab, ob die Armee kriegsbereit ist!

Wir haben niemals gemeint, daß die deutsche Regierung es sich gelüsten lassen werde, wegen Marokko einen Krieg zu beginnen, für den im deutschen Volk, ganz abgesehen von der Sozialdemokratie, nicht das geringste Empfinden vorhanden war. Das Verderbliche der Bülow'schen Politik lag darin, daß in Frankreich mit Notwendigkeit der Eindruck entstehen mußte, Deutschland beabsichtige, unter irgend einem Vorwand über Frankreich herzufallen oder mindestens Frankreich in der Freiheit seiner auswärtigen Politik zu beeinträchtigen und zu demütigen. Unter Vorantritt der französischen Sozialdemokratie, welche schon längst zuvor die Politik Delcassés aufs Schärfste bekämpft hatte, befehligte die Deputiertenkammer den Minister Delcassé und räumte damit jeden Anlaß fort, den Deutschland weiter hätte ausnutzen können. Alle jene Ereignisse aber, auf die wir jetzt nicht nochmals näher eingehen können, mußten im französischen Volke die größten Zweifel an der deutschen Friedlichkeit und Aufrichtigkeit erwecken. Alles was der französische Sozialismus in langer Zeit gegen den Chauvinismus ausgerichtet hatte, drohte in Frage gestellt zu werden durch die Marokkopolitik der deutschen Diplomatie!

Wenn nach langen Wirren die Marokko-Angelegenheit jetzt endlich auf den Stand gelangt, den sie bei einiger politischer Vernunft niemals hätte verlassen können, so beweist dies das Gegenteil des Selbstlobes, das sich Fürst Bülow erteilt. Es beweist, wie schwere Gefahren den Nationen erwachsen, wenn sie die internationalen Beziehungen, wenn sie das hohe Gut des Friedens dem Spiel der Diplomaten überlassen.

Und vollends wird die Verderblichkeit der Wege, welche die auswärtige Politik Deutschlands wandelt, durch die kurzen, aber in halbschwere Schlußbemerkungen des Fürsten Bülow erwiesen. Die auswärtige Staatskunst Bülows hat Deutschland in freies verführtes Gegenlag zu den kulturfürchtenden Westeuropäern, zu England und Frankreich gebracht, sie hat dafür eingetauscht die russische Freundschaft!

#### Ein Burenkomplott in Südwesafrika.

Die „Windhuker Nachrichten“ bringen eine höchst sensationelle Enthüllung über ein Burenkomplott in Südwesafrika. Der in der Kolonie ansässige Andries de Wet, der Neffe des bekannten Buren Generals, hat danach mit einer Reihe anderer Buren in allem Ernst die Pläne gemacht, eine Erhebung von Buren in Südwesafrika zu initiieren. Die Verschwörer beabsichtigten, sich mit den Witbois in Verbindung zu setzen und auch die bis jetzt neutralen Vastards zur Erhebung gegen die Deutschen zu veranlassen. Die an dem Komplott beteiligten Buren gehörten zu den „nationalen scouts“, jenen Burenelementen, die während des Burenkrieges auf die Seite der Engländer übergingen und gegen ihre eigenen Landsleute fochten. Die Zahl dieser „nationalen Spione“ beläuft sich in Südwesafrika auf 15 000 Mann. Da sie von den übrigen Buren geachtet worden seien und auch von England nicht den erwarteten Dank erhalten hätten, bestanden sie zum guten Teil aus Desperados, die jedem heuteverheißenden Gewaltstreich geneigt seien. Die Gefahr für die deutsche Kolonie sei infolgedessen eine außerordentlich schwere gewesen, sofern es gelungen wäre, einen Teil dieser Burenelemente für die Verschwörung zu gewinnen. Die „Windhuker Nachrichten“

erklären, ihre Enthaltungen von amtlicher Seite erhalten zu haben. Am Dienstag, den 22. August, sei der Polizeibehörde in Windhuk die Anzeige zugegangen, daß seit einiger Zeit in dem Hause von Andries de Wet geheime Versammlungen abgehalten würden, um eine Erhebung und einen Handstreich auf Windhuk und andere Orte vorzubereiten. Am 23. August sei das Nest der Verschwörer ausgehoben worden. Fünf Buren, Führer der Verschwörung, seien verhaftet worden, ein sechster sei entkommen.

Die „Windhuker Nachrichten“ veröffentlichten gleichzeitig eine Erklärung einer Anzahl anderer Buren, in denen jede Gemeinsamkeit mit den Verschwörern abgelehnt und die herbe Verurteilung über den Plan ausgedrückt wird. Die Unterzeichneten bitten die Deutschen, sie nicht für die Handlungsweise der Verschwörer verantwortlich machen zu wollen.

Es kann nach alledem kaum ein Zweifel unterliegen, daß eine derartige Verschwörung tatsächlich vorbereitet war. Daß die „Windhuker Nachrichten“ die Sache so bitter ernst nehmen, beweist, daß man tatsächlich mit der Möglichkeit einer solchen Erhebung resp. eines solchen Burenaufstandes in Südwestafrika rechnet. War die Verschwörung wirklich ernst gemeint und bestand wirklich die Gefahr einer Erhebung, so müssen die Zustände in Südwestafrika in Wirklichkeit noch viel trostloser liegen, als man bisher angenommen hatte. Wenn trotz der 15 000 Mann, die sich in Südwestafrika befinden, und trotz aller „Niederlagen“, die den Eingeborenen bisher bereitet sein sollen, eine Anzahl mit dem Lande und den Verhältnissen genau vertrauter Buren einen so abenteuerlich erscheinenden Plan fassen konnte, so muß der Widerstand der Eingeborenen noch lange nicht niedergeboren sein, im Gegenteil muß die Ohnmacht der deutschen Truppen derartig jutage getreten sein, daß die Verschwörer die Hoffnung hegen konnten, mit Hilfe der aufständischen Eingeborenen wirklich etwas gegen die deutschen Truppen ausrichten zu können. Die Burenverschwörung wird deshalb ein außerordentlich trübes Schlaglicht auf die Lage in Südwestafrika. Sie beweist aber gleichzeitig, daß selbst dann, wenn der Aufstand der Hereros wirklich niedergeworfen oder friedlich beigelegt sein würde, unsere südwestafrikanische Kolonie von einer anderen Seite Gefahren drohen, an die bisher noch kaum jemand gedacht hat. Man hat ja so viel von der nationalen Bewegung der südwestafrikanischen Eingeborenen gesprochen, die man als eine schwere Gefahr für die weiße Bevölkerung überhaupt dargestellt hat. Sollten die „national scouts“ einmal daran denken, sich diese Bewegung der Eingeborenen zunutze zu machen, so könnte in Südwestafrika ein Krieg ausbrechen, der unsere Herrschaft in Südwestafrika in erster Linie völlig in Gefahr brächte. Es wäre deshalb das vernünftigste, wenn man die unglückselige Sandwüste, die man mit dem Blute Tausender Deutscher gedüngt hat und für die man Hunderte von Millionen zum Fenster hinausgeworfen hat, sich selbst überließe, statt sich für ein fast völlig wertloses Stück Land neuen wertvollen Opfern an Gut und Blut auszusetzen!

## Deutsches Reich.

### Ein zwanzigtausendmark-Schwindel.

Im „Berliner Tageblatt“ ist zu lesen: Eine unerquickliche Auseinandersetzung über die finanziellen Nachwehen des großen Bergarbeiterstreiks wurde gestern in Essen begonnen. Ein Privat-Telegramm aus Essen meldet uns darüber:

Heute nachmittag begann die angekündigte Sitzung der Siebenerskommission, der die Leitung des großen Bergarbeiterausstandes oblag. Als einziger Verhandlungspunkt stand die Generalabrechnung auf der Tagesordnung. Die einzelnen Zahlen sollen vorläufig geheim gehalten werden. Der christliche Gewerksverein wie der alte (sozialdemokratische) Bergarbeiterverband werden getrennt in ihren Blättern Abrechnung geben. Die Berechnung der rund 7/10 Millionen betragenden Gelder, die gemeinsam verwaltet wurden, erfolgte glatt. Die Abrechnung der Gesamtsumme, die bedeutend höher ist, wird von jeder Organisation einzeln erfolgen, da nach dem 7. März d. J. die gemeinsame Kasse aufgelöst wurde. Die bekannte 20 000 Mark-Affäre — bekanntlich sind 20 000 M. zur Unterstützung der russischen Revolutionäre verwendet worden — kam nicht zur Verhandlung. Der christliche Bergarbeiterführer Effert erklärte nur, es sei Sache der sozialdemokratischen Partei, sich wegen dieser Sache zu rechtfertigen. Im übrigen solle man den Ausgang des Prozesses, den der Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes gegen den Redakteur des Zentrumsorgans „Essener Volks-Zeitung“ in dieser Sache angestrengt hat, abwarten.

Es ist nicht ohne Interesse, zu erfahren, in welchem Zusammenhang eigentlich der Ausstand der Bergarbeiter mit den russischen Revolutionären gestanden hat.

Das „Berliner Tageblatt“ scheint den Essener Wahlkampf verschlafen zu haben; es redet von der bekannten Affäre, hat aber offenbar selbst nicht die geringste Kenntnis davon. Im Essener Wahlkampf hat der Schwindel schon eine Rolle gespielt, Herr Effert, der christliche Bergarbeiterführer, hat auch Flugblätter unterzeichnet, in denen die Geschichte der 20 000 M. in ähnlicher Weise ausgeführt worden ist und Herr Effert wird nun als Schutzherr für den Bergarbeiterverband in der in dieser Sache angestregten Weisungsbefehlsgabe gegen den Zentrumsredakteur Hansamer aufgetreten und unter Eid die mit seinem Namen unterzeichneten Flugblätter verleugnen müssen.

Mit den 20 000 M. hat der Bergarbeiterverband und der Bergarbeiterfreier gar nichts zu tun. Wie es sich mit diesem Gelde verhält, ergibt der Bericht unseres Parteivorstandes an den Parteitag in Jena. Darin heißt es wörtlich in der Darstellung über die russische Revolution:

Zunächst bewilligte der Parteivorstand 10 000 M. zur Unterstützung der Opfer. Wiederholt wurden dann den russischen Genossen kleinere Beiträge zur Verfügung gestellt. Als dann der Bergarbeiterstreik beendet war und noch ausstehende Beträge eingingen, wurden diese den Brüdern in Rußland zugewiesen. Im ganzen an 20 000 M.

Daraus haben die Zentrumsblätter dann destilliert, daß die hungernden Bergarbeiter um 20 000 M. hätten bluten müssen und daß der Bergarbeiterverband das getan habe. Wie gesagt, hat dieser gar nichts damit zu tun. Was unser Parteivorstand aus noch ausstehenden Beträgen, die aus Parteireisen stammten, für die Unterstützung der russischen Revolution gegeben hat, das hat er gegeben, nachdem die Siebenerskommission längst aufgelöst war und nach vorheriger Zustimmung der Oberen. Und das waren überdies nicht 20 000 M., so groß war vielmehr die ganze Summe einschließlich der 10 000 M. und der verschiedenen kleineren Beträge.

Da das „Berliner Tageblatt“ bei seinen Lesern Interesse vor aussetzt für den angeblichen Zusammenhang der 20 000 M. mit dem Bergarbeiterstreik, so wird es ihnen wohl unsere Aufklärung, die im Wahlkampf in Essen wiederholt gegeben wurde, nicht vorenthalten.

Auch der Bergarbeiterverband hat allerdings streifende russische Bergarbeiter mit 5000 M. unterstützt, aber nicht aus Verbandsmitteln und auch nicht aus Mitteln, die für den Ruhrstreik gegeben worden sind, sondern aus besonderen Sammlungen.

**Der Segen des „Vorwärts“-Abonnements.** Das „Berliner Tageblatt“ hatte im Wortlaut den Vortrag wiedergegeben, den Professor Brentano auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik gehalten. Um diesen Sündenfall zu sühnen, der durch die gleich mitgegebene einschränkende Fußnote noch nicht genügend widerufen war, veröffentlicht das „Tageblatt“ jetzt von einem „Praktiker“ energische kapitalistische Betrachtungen „wider Dujo Brentano“. Hatte Brentano einige Fragen ins gerade gerückt, so z. B. den Wohlhaberschwindel, so leiert dieser Praktiker das ganze Evangelium des Kapitalismus wieder her, der praktisch ebenso zielbewußt ist wie er „theoretisch“ sich konfus geberdet.

Der famosere Praktiker aber hat auch in das „Berliner Tageblatt“ eine Bomben-Quartalskassette für den — „Vorwärts“ hineingeschmuggelt, auf die das dümmste Organ des freigesinnten Bürgerturns richtig hineingefallen ist. Der Praktiker hat nämlich in dem Blatte „ein kleines Erlebnis aus den letzten Tagen“ aufgeführt. Er will von einer Arbeiterfrau die Versicherung gehört haben: „Wir denken gar nicht daran, Sozialisten zu sein, aber mein Mann muß eine Operation durchmachen und für den Fall, daß diese Mißlingen sollte, muß ich auf den „Vorwärts“ abonnieren; dann bekomme ich Unterstützung. Ich selber brauche ihn zwar nicht zu lesen, aber man hat mir gesagt, wenn ich etwas wollte, müßte ihn mein Sohn jedenfalls lesen!“

Diese schöne Geschichte, daß Menschen, die 1.10 M. monatlich für den „Vorwärts“ bezahlen, gleichzeitig sich eine Art lebenslängliche Rente erwerben, mühten wir eigentlich, wenn wir nach dem Mellemehrsten der Inzeratenfirma Möße versuchen wollten, in allen Zeitungen inserieren. Wir sind sicher, daß wir uns dann vor den Millionen Abonnenten nicht mehr retten können. Wir glauben sogar, daß schließlich der Praktiker des „Berliner Tageblatt“ und der Redakteur, der diese „Vorwärts“-Kassette aufgenommen hat, wenn sie sich einer Gehirnoperation unterziehen sollten, auch auf den „Vorwärts“ abonnieren müßten, da ihr Fall so schwer liegt, daß die Operation auf jeden Fall mißlingen wird. Sie bekommen dann wenigstens eine Unterstützung von uns. —

**Die Tarifreform.** Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Karlsruhe vom 3. Oktober telegraphiert: Schon vor einigen Wochen war die Veröffentlichung einer Denkschrift über die Peronentarifreform und die Einberufung des Eisenbahnrates zu deren Beratung angekündigt worden. Wir sind neuerdings von unterrichteter Seite erfahren, daß die Denkschrift, die unter Durchführung eines ausführenden städtischen Materials die Notwendigkeit der Reform begründet und zu der Frage der Kilometerhefte und der vierten Wagenklasse Stellung nimmt, fertiggestellt. Mit der Versendung soll jedoch gewartet werden, bis sich die Ergebnisse der in der nächsten Woche stattfindenden Betriebsmittelkonferenz übersehen lassen, die insofern von besonderer Bedeutung sein dürften, als dabei über die neuen von der hayerischen Regierung ausgehenden Vorschläge beraten werden soll. Bei dem engen Zusammenhange zwischen Betriebsmittelgemeinschaft und Peronentarifreform wird voraussichtlich das Schicksal der erstercn mitbestimmend auch für die Peronentarifreform werden.

Wie erinnerlich ist diese ganze „Reform“ nichts wie eine bürokratisch-fiskalische Verprechtung des deutschen Eisenbahnwesens. —

**Wilhelm II. und der große Schweiger.** Als Schlussstein des neuen Wolke-Denkmal in Berlin dient eine Granitplatte, die folgende Inschrift trägt:

Was dieser Marmorstein einbindet,  
Wohl keines Menschen Auge findet,  
Solange dieses Denkmal steht,  
Doch wenn es einst in Trümmern geht,  
Lobpreise noch in letzter Stunde!  
Der Felsen hier, aus unserm Mund:  
Wie immer sich wenden des Schicksals Wege,  
Wolke war und bleibt der größte Stratage.  
Gott gebe in seinem gnädigen Willen  
Uns Deutschen stets solche Heldgestalten.

Graf v. Schlieffen, Erz. Chef des Generalstabes.  
Bildhauer J. Ullrich.  
Architekt D. Schmalz.

Altiengeellschaft für Marmor-Industrie Kiefer.  
Es ist nicht ersichtlich, wer dieses so beredete Poem auf den großen Schweiger verfertigt hat. Vielleicht einer der Unterzeichner? Der Graf Schlieffen oder die Altiengeellschaft Kiefer? Immerhin sollte der Autor der Verse

Wie immer sich wenden des Schicksals Wege,  
Wolke war und bleibt der größte Stratage  
sich nennen.

Wie übrigens die Blätter melden, geht die Anregung zu dieser Wolke-Guldigung von Wilhelm II. aus. —

### Ein Landarbeiter-Leben.

Aus dem Jasterburger Kreise meldet uns ein unbedingt zuverlässiger Berichterstatter auf Grund eigener sorgfältiger Recherchen einen Vorgang, der dringend der amtlichen Aufklärung bedarf. Am 27. August wurde auf dem Gute Ruttehemmen im Kreise Jasterburg der 27 Jahre alte ledige Freiarbeiter Adolf Wolter von dem Inspektor Neufang mit dem Jagdgewehr erschossen. Der Tod trat zwar nicht sofort ein, aber am folgenden Tage ist Wolter im Krankenhaus in Jasterburg an der Schußwunde gestorben.

Der Vorfall soll sich folgendermaßen abgespielt haben. Auf dem Gute, das zu den herzoglich anhaltischen Besitzungen gehört und von dem Oberamtmann Wetsch bewirtschaftet wird, klagen die Arbeiter allgemein über ungewöhnlich schlechte Behandlung. Die Königsberger „Volkszeitung“ hat schon mehrfach Fälle schlechter Behandlung der Arbeiter auf diesem Gute behandelt. Auch Wolter, ein mühterner und fleißiger Arbeiter, war mit der Behandlung nicht zufrieden.

Er hörte auf und besorgte sich in der Nähe andere Arbeit. Einige Tage danach, Sonntag, den 27. August, kam er nachmittags auf das Gut, um sich seine Invalidentarte zu holen. Vor dem Gutshofe begegnete er dem Inspektor Neufang, der ihn nach seinem Begehren fragte. Wolter sagte, er wolle den Pächter selbst sprechen und seine Invalidentarte fordern. Zwischen beiden entspann sich nun ein Wortwechsel, den der Inspektor mit den Worten beendete: Warte, ich will Dir geben, was Du brauchst. Danach ging der Inspektor in den Hof und kam bald darauf mit dem Jagdgewehr zurück. Und nun soll er ohne weiteres auf den Wolter angelegt und ihn niedergeschossen habe. Wolter habe noch vorher erschreckt gerufen: Herr Inspektor, schießen Sie doch nicht. Der schwer getroffene Arbeiter wurde von einem danebenstehenden Kameraden aufgefangen.

Ueber den Inhalt des Wortwechsels, ob etwa der Inspektor berechtigten Grund zur Abwehr gehabt, ob er vielleicht bedroht worden sei, wird uns nichts berichtet. Sicher scheint auf alle Fälle, daß Wolter keine Waffe gehabt hat, so daß selbst im Falle einer Drohung gegen den Inspektor dieser zum Schießen kein Recht gehabt hat. Ja, wenn es richtig ist, daß er erst sein Gewehr herzugeholt hat, dann kann von Nothwehr überhaupt keine Rede mehr sein.

Nachdem die Tat geschehen, kam der Pächter und andere Arbeiter hinzu und der Verwundete wurde auf ein Bett gelegt. In der Nacht kam der Arzt und ordnete die Ueberführung nach dem Jasterburger Krankenhaus an. Das wurde Montag früh mit dem ersten Zuge ausgeführt und im Krankenhaus ist dann Wolter nach wenigen Stunden gestorben. Die Arbeiter benachrichtigten den Gendarm in Rorfitten, und dieser erkundigte sich bei dem Pächter nach dem Gergange der

Sache. Der Inspektor war auf sein Zimmer gegangen. Montag früh erschien der Inspektor wie gewöhnlich auf dem Felde zur Beaufsichtigung der Leute. Diese weigerten sich jedoch, unter seiner Aufsicht zu arbeiten und der Pächter mußte ihn schließlich nach Hause schicken. Montag abend ließ der Pächter den Inspektor nach dem Bahnhofe fahren und dieser reiste ungehindert ab.

Es muß insbesondere befremden, daß der Täter abreisen durfte. Zweifellos liegt auch bei der mildesten Beurteilung eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgange vor. Ob der Täter in Nothwehr gehandelt, ist eine Frage, die erst nach sorgfältiger Untersuchung gelöst werden könnte. Die Behörde hätte sich also auf alle Fälle des Täters verschern müssen. Das ist nach der uns gewordenen Darstellung nicht geschehen. Wir bringen den Fall deshalb zur öffentlichen Kenntnis in der Absicht, eine authentische Aufklärung namentlich darüber herbeizuführen, was geschehen ist, um die Tat nach dem Maße der vorhandenen Schuld zu sühnen. —

**Soldatenumhändlungen.** Aus Ulm wird der „Frank. Ztg.“ berichtet: Ein Soldatenschinder erster Güte hatte sich vor dem hiesigen Kriegsgericht zu verantworten über den Person des Unteroffiziers Franz August Carl von der 5. Batterie des 3. württembergischen Feldartillerieregiments Nr. 40. Wenn auch die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand und das Gericht sogar soweit ging, dem Vertreter der Presse den Zutritt zu dem Gebäude (Militärarresthaus), in dessen erstem Stock sich das Verhandlungszimmer befindet, zu verwehren, sind wir dennoch in der Lage, über die Verhandlung eingehend zu berichten. Carl war zahlreicher, teils einfacher, teils fortgesetzter Mißhandlungen angeklagt, die er im Dezember 1900 begangen hat. Erst jetzt kamen dieselben zur Kenntnis der Behörde, weil die Angehörigen des Kanoniers Schlipf aus Aalen, der von Carl zum fischen Menschen gemacht worden ist, Entschädigungsansprüche geltend machten. Schlipf ist ganz fürchterlich gequält worden. Gegen zehmal mußte er den Kasernenschwanz halten, während das Geschütz im Galopp durch den Kasernenhof gefahren wurde, wodurch er bald auf diese, bald auf jene Seite geschleudert wurde. Sehr oft mußte er auch mit 30pfündigen Geschossen so lange stecken, bis er ohnmächtig zu Boden fiel oder die Geschosse seinen Händen entschlitten. Bei fast jeder Turnübung mußte Schlipf gegen eine halbe Stunde hin- und herlaufen und darauf bis zur völligen Erschöpfung in der Kniebeuge die Arme strecken. Wenn er nicht mehr konnte, mußte er wieder auf- und abspringen, worauf dann abermals eine Portion Kniebeuge folgte. Am Querbaum war Schlipf ebenso der Peinigung ausgesetzt. Carl ließ ihn mehrfach mehrere Minuten hängen, und wenn er herunterfiel, wurde er wieder heraufgehoben. Ziel er nochmals, dann mußte er zur „Erholung“ auf dem Kasernenhof herumspringen, bis er abermals am Querbaum „üben“ mußte. Eina vier- bis fünfmal hat Schlipf von 9—12 Uhr nachts die Zimmer aufwachen müssen und bei jeder Gelegenheit mußte Carl ihn berart in den Arm, daß fortgesetzt blaue Male vorhanden waren. Infolge solcher Behandlung erkrankte Schlipf, der als blühender junger Mann zum Militär gekommen war, dem aber dennoch der Dienst schwer fiel, schon nach einem Vierteljahr derart, daß er entlassen werden mußte. Jetzt ist er so heruntergekommen, daß er zu seiner gewohnten Arbeit mehr fähig ist. Der ärztliche Sachverständige befunde, daß der Zustand des Schlipf aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Mißhandlungen des Unteroffiziers verschuldet worden sei, sicher sei aber, daß er dadurch mit veranlaßt wurde. In ähnlicher Weise hat Carl auch andere Kanoniere behandelt, wenn auch nicht in so zahlreichen Fällen. Insgesamt bedauerten acht-sechzehn Zeugen, mehr oder weniger arg von ihm „geschlaucht“ worden zu sein. Mehrere Zeugen gaben auch an, der Wachmeister Wölshöfer habe es noch ärger getrieben. Sie wurden aber daran gehindert, gegen diesen Anklagen vorzubringen. Dennoch wurde so viel Gravieren gegen ihn vorgebracht, daß jedenfalls eine Untersuchung dieserhalb eingeleitet werden muß. Der heutige Angeklagte Carl erhielt sieben Monat Gefängnis und wurde sofort in Haft genommen.

### Die Klüßernung Trotha

soß nach einer Meldung auf mehrere Wochen verschoben worden sein. Nach den bisherigen Dispositionen sollte Trotha sein Kommando am 12. November abgeben, an dem Tage, den der neue Gouverneur v. Lindequist für seinen Amtsantritt bestimmt hatte. Die Abreise Lindequists sei nun vorläufig um zwei Wochen verschoben worden. Der Grund hierfür sei der, daß man Trotha noch Zeit lassen wolle, vielleicht doch noch im letzten Augenblick den geplanten Schlag gegen die Wilbois auszuführen. Der Kaiser speziell soll erklärt haben, wenn er einem General einen Auftrag erteilt habe, so müsse er abwarten, bis der General ihm melde, daß er den Auftrag ausgeführt habe, oder er (der Kaiser) müsse zu der Ueberzeugung gelangen, daß der General der ihm gestellten Aufgabe nicht gewachsen sei. Da es unwahrscheinlich sei, ob die vierzehntägige Frist ausreiche, den erwünschten Erfolg noch zu erzwingen, liege es, so heißt es in der Meldung, sehr nahe, daß der Chef des Militärkabinetts Graf Hülsh-Haeseler, dem Trotha auch verwandtschaftlich nahe steht, alles aufbieten werde, um dem General einen möglichst großen Zeitgewinn zu verschaffen. Wenn diese Mutmaßungen und Behauptungen zutreffen, so müssen wir also damit rechnen, daß die Kriegsführung des General Trotha, die bisher nichts als Mißerfolge und Skandale gebracht hat, noch auf unbestimmte Zeit fortgesetzt wird! —

**Verlustliste.** Berlin, 4. Oktober. Telegramm aus Windhuk: An Thyhus gestorben Sergeant Karl Rothang, geboren 16. 12. 78 zu Neu-Ulm am 1. Oktober im Lazarett Neetmannshoop.

## Ausland.

### Die norwegische Sozialdemokratie und das Uebereinkommen von Karlstad.

Mit 12 gegen 6 Stimmen hat das Spezialkomitee des Stortings, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, die Annahme des Uebereinkommens von Karlstad empfohlen, und es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß das Storting in demselben Sinne beschließen wird und ebenso der schwedische Reichstag. Damit wäre der gefährliche Konflikt glücklich beseitigt, und man darf wohl erwarten, daß vor allem die sozialdemokratischen Parteien der beiden Länder dafür sorgen werden, daß die Mängel des Schiedsgerichtsvertrages und die namentlich nach norwegischer Auffassung vorhandenen Mängel der Gestaltung der neutralen Zone von den militärischen Parteien nicht zu neuen Wettrüfungen, Festungs- oder Flottenbauanlagen mißbraucht werden.

Unter den sechs Mitgliedern des Spezialkomitees, die gegen die Annahme des Uebereinkommens stimmten, war auch das einzige sozialdemokratische Mitglied des Stortings, Dr. A. Ericksen. Unserem Vorerorgan „Social-Demokraten“ hat Ericksen erklärt, er habe dagegen gestimmt, weil er einen Vorschlag unterzügen wolle, der darauf hinauslaufe, das Uebereinkommen selbst mit den Bedingungen in einem Schiedsgericht zur Beurteilung vorzulegen. Bereits einige Tage zuvor hatte Ericksen in „Social-Demokraten“ seine Ansicht über die Bedingungen, besonders über die Schließung der Grenzstellungen klargestellt. Er schrieb unter anderem:

Die Forderung der Schließung der Festungen ist in den Kreisen Schwedens entstanden, wo die Kriegsmoral die größte Stärke hat und die Luft einen bewaffneten Ueberfall zu versuchen, am brennendsten war. Es sind nicht Friedensgedanken, sondern Kriegsgedanken, die dahinterstecken, wenn die schwedischen Unterhändler mit Schweden und Dänemark diese Forderung durchsetzen. Wenn Norwegen wirklich auf diese schwedische Forderung eingeht, so geschieht das nicht freiwillig und nicht mit Freude. Gezwungen, hart gepreßt dazu.

unter Pein und Scham, werden wir die norwegischen Festungen niederreißen."

Man muß wirklich Mitleid haben mit denjenigen unserer norwegischen Parteigenossen, die so bittere Seelenqualen leiden, wenn nur die geliebten Festungen ein nach nationalistischen Begriffen „unrühmliches“ Ende nehmen. Wir meinen, daß kein Volk Scham zu empfinden braucht, wenn es seine Kriegsbefestigungen einschränkt, an allerdingsten, wenn es wie hier auf Grund eines Friedensvertrages mit dem Nachbar geküßt.

Noch mehr nach Nationalismus schmeißt der Kritiker, den ein anderer norwegischer Parteigenosse, Gjøsteen, in „Social-Demokraten“ unter dem Titel „Die Kränkung“ veröffentlicht und der ebenfalls auf dem für einen Sozialdemokraten etwas sonderbaren Gedanken fußt, daß „Norwegens Ehre“ durch das Uebereinkommen „gekränkt“ werde. In heftigen Worten macht Gjøsteen den sozialdemokratischen Mitgliedern des schwedischen Reichstages und namentlich Branting einen schweren Vorwurf daraus, daß sie für die schwedischen Bedingungen stimmten. Darauf, daß sie gegen die 100 Millionen Kriegsausleihe stimmten, legt Gjøsteen gar kein Gewicht.

Leider hat Branting recht, wenn er seine Antwort auf diese Angriffe mit den Worten einleitet: „Innerhalb der norwegischen Sozialdemokratie gibt es auch einen chauvinistischen Flügel“.

Außerdem als Gjøsteen und anders als Storchingmann Griffen denken die übrigen drei Sozialdemokraten in norwegischen Storting über das Uebereinkommen. Jörg Berge, Foshaug und Lind Johansen haben bereits erklärt, daß sie dafür stimmen werden und Foshaug bemerkt unter anderem:

„Jetzt haben wir nur zwischen zwei Dingen zu wählen: entweder wir nehmen das Uebereinkommen an oder wir stellen uns in Opposition dagegen und gegen die Regierung, und, vorausgesetzt, daß das ehrliebe Volk sich so verhalten will, verschaffen wir uns die Mehrheit und stürzen die Regierung. Aber die Verantwortung kann ich in dieser Situation nicht übernehmen, und ich finde auch, daß es nicht mit unserem Parteiprogramm übereinstimmt, aus unionspolitischen Gründen eine Völkervereinigung zu stützen, wenn große internationale Verwickelungen daraus entstehen können. Unsere Arbeit muß zunächst und vor allem nach innen gerichtet sein, auf die soziale Befreiung der Arbeiterklasse. Einmal müssen wir doch endlich Schluss machen mit den unendlichen Streitigkeiten. Die Forderungen von gestern geben uns auch einen Fingerzeig in dieser Richtung.“

Das Storting hat nämlich am Freitag in geheimer Sitzung Forderungen auf Lebensmittel beschlossen, die jährlich ungefähr drei Millionen Kronen einbringen sollen, unter anderem eine Erhöhung des Zuckersolls um zehn Dore pro Rilo.

Am Sonntag haben Storchingmann Griffen und der der Sozialdemokratie sehr nahe stehende Dr. Scharffenberg in einer Protestversammlung in der Turnhalle Kristiania gegen das starthäcker Uebereinkommen gesprochen. Es wurde hier, allerdings bei weitem nicht einstimmig, eine Protestresolution angenommen, in der die Schließung der Festungen als eine „Entwürdigung“ Norwegens, eine Quelle fortgesetzter Kämpfe mit Schweden und als eine Gefahr für Norwegens Sicherheit und Unabhängigkeit bezeichnet wird.

Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Kristiania hat dagegen nach einem Vortrage des alten Führers der Partei, Buchdrucker Chr. Knudsen, über die Befreiung von der Union und Norwegens zukünftige Staatsform eine Resolution angenommen, die die Billigung des Uebereinkommens und ferner das Verlangen ausdrückt, daß durch Volksabstimmung über die Staatsform entschieden werde.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Die Neubildung des Cabinets Fejervary

folll nach Meldungen aus Budapest und Wien unmittelbar bevorstehen. Da auch der Minister Kristoffy an den mehrföndigen Audienzen beim Kaiser teilgenommen hat, ist man der Ueberzeugung, daß das Programm des Cabinets Fejervary auch das allgemeine Wahlrecht enthalten wird. Eine definitive Entscheidung hat allerdings trotz der eingehenden Konferenzen mit Fejervary, Kristoffy und Lanay der Kaiser noch nicht getroffen. Wie man weiß, steht der Hof dem Gedanken einer Wahlrechtsreform an sich sehr abgeneigt gegenüber; da er jedoch durch die Art der Verhandlung oder vielmehr des Nichtverhandelns mit den Konstitutionarern die ungarischen Nationalisten so heftig vor den Kopf gestoßen und zum weiteren Kampfe gedrängt hat, wäre es nicht ausgeschlossen, daß er sich jetzt zu dem Schritte genötigt sieht, dem er noch vor kurzem völlig ablehnend gegenüber stand. Jedenfalls ist anzunehmen, daß Fejervary und Kristoffy nur unter der Bedingung, daß das allgemeine Wahlrecht eingeföhrt wird, mit der Reaktivierung des Cabinets Fejervary einverstanden sind. Die endgültige Entscheidung steht indessen noch aus. Wie ein letztes Telegramm aus Wien meldet, wurde Fejervary heute abermals vom Kaiser in Audienz empfangen. An der Audienz nahm auch der Minister Solowowsky teil. Nach der Audienz erklärte Fejervary, daß die Entscheidung noch immer nicht gefallen sei. Die ungarischen Minister Kristoffy und Lanay sind heute früh nach Budapest zurückgekehrt. — Man erwartet, daß der Neubildung des Cabinets Fejervary die Auflösung oder mindestens die Vertagung des Budapest Reichstages auf dem Fuße folgen würde.

#### Tschechische Ausschreitungen in Brünn.

Im Wiener Abgeordnetenhaus verbreitete sich Ministerpräsident v. Gautsch über die Brünnner Ereignisse. Er erklärte, er wolle die Ausschreitungen in Brünn durchaus nicht auf Rechnung der Parteien stellen, müsse jedoch konstatieren, daß ein Teil der Brünnner Bevölkerung durch gewissenlose Agitatoren, die sich im entscheidenden Moment der Verantwortung zu entziehen suchten, entsetzt zu Ruhestörungen und Angriffen auf fremdes Eigentum hingerufen ließ, die selbstverständlich unter allen Umständen auf das schärfste verurteilt werden müssen. Die eingeleitete Untersuchung werde völlig unparteiisch die Wahrheit feststellen und die Schuldigen der verdienlichen Strafe zuföhren. Die umfassendsten Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen seien getroffen, doch sollten zunächst die bürgerlichen Freiwahlen nicht eingeschränkt werden; nötigenfalls werde die Regierung jedoch auch zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten. Der Ministerpräsident verwahrt die Regierung gegen den Vorwurf mangelnder Voraussicht und appelliert an die moralische Macht der Parteien, die allein die nationalen Leidenschaften einzudämmen vermöge und erklärt, die Regierung begegne dem in der Nationalitätenfrage bei beratigen Gelegenheiten gemachten Vorwurf, die Schuld an dem Ereignisse zu tragen, mit um so größerer Mühe, als sie sich bemüht sei, allen Parteien gegenüber gleiches Recht walten zu lassen. Auf die festhockende sachliche Auffassung der Regierung aber würden die Argumente der Strafe in seiner Richtung und in keiner Weise Einfluß üben. (Weisfall.) Während der Rede des Ministerpräsidenten entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen Tschechisch-Nationalen und Deutsch-Nationalen. — In fortgesetzter Verhandlung der Regierungsdeklaration sprechen Abg. Schraffl (Christlichsoz. Vereinigung) und Abg. Bartoli (italienische Vereinigung), worauf die Debatte geschlossen wird. Graf Sternberg wird zum Generalredner gewählt. Er beginnt seine Rede mit einer Polemik gegen den Ministerpräsidenten und den Abg. Lecher und wird wiederholt von dem Abg. Wolf durch Zwischen-

rufe unterbrochen. Er fordert denselben mit drastischen Ausdrücken auf, ihn nicht länger zu unterbrechen. Abgeordneter Sternberg, welcher in seiner Rede gerade den Baron Ludwigstorff angegriffen hat, erhält vom Präsidenten einen Ordnungsruf. Einen Augenblick später schließt Sternberg gegen Wolf, der ihn neuerlich unterbrochen hat, das neben ihm stehende Wasserfaß, worauf ein unbeschreiblicher Tumult entsteht. Die Abgeordneten schreien, drohend gegen Sternberg gegendet. Der Präsident läutet vergebens; er erklärt, er glaube das Benehmen Sternbergs hinreichend qualifiziert zu haben und verfüge leider über keine stärkeren Disziplinarmittel. Er ersucht den Redner, seine Rede fortzusetzen. (Anhaltende Ruhe: Er darf nicht sprechen! Das Wort entziehen!) Da der Tumult fortwährend anhält, unterbricht der Präsident die Sitzung. Der Lärm dauert noch einige Zeit an, bis Abgeordneter Sternberg den Saal verläßt.

Nach einstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident spricht zunächst sein tiefstes Bedauern über das Vorgehen des Abgeordneten Sternberg aus und erwartet, daß derselbe das Haus um Entschuldigung bitten werde. Er richte daher an das Haus die dringende Bitte, die Redefreiheit nicht zu stören. (Weisfall rechts. Stürmische Protestrufe der Deutschen.) Abg. Sternberg, welcher neuerdings das Wort erhält, spricht dem Hause das Bedauern darüber aus, daß er in der Notwehr (Stürmische Unterbrechungen) sich zu einer unparlamentarischen Handlungsweise hinreichend ließ. (Andauernder Lärm.) Sternberg erklärt, seine Handlungsweise sei nur Notwehr gegen die Terroristen des Parlaments gewesen. (Stürmische Entrüstungsrufe, andauernder Lärm.) Der Präsident entzieht Sternberg das Wort. Dieser ruft, den Präsidenten unterbrechend: Ich appelliere an das Haus! Der Präsident erklärt, der Appell gegen seine in Ausübung der diskretionären Gewalt verfügte Maßregel sei unzulässig. Unter andauerndem Lärm schließt der Präsident die Sitzung. (Stürmische Schreie der Tschechisch-Nationalen und Tschechen.) Die Abgeordneten bleiben noch längere Zeit in großer Erregung im Saal. Nächste Sitzung morgen.

### Frankreich.

#### Bestrafte Arbeitermörder.

Paris, Ende September. (Fig. Ver.) Herr Vertheux hat sich mit den Scharfmachern gründlich verdröben, fast wie wenn er ein wirklicher Sozialdemokrat wäre. Das ist er nun beileibe nicht, aber er ist ein überzeugter Demokrat, der der Meinung ist, die Krone sei zum Schutze des Landes da und nicht zur Drangsalierung der Arbeiter in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Darum hat er seinen Streikerlaß herausgegeben, der den Offizieren die bisher beliebte Intimität mit den Unternehmern, das Schmarotzen in den Fabrikantenvillen unterlag und Unparteilichkeit und Kalbfötigkeit bei Konflikten vorschreibt. Darum ist er auch, nachdem trotz dieses Erlasses, oder vielmehr, weil der reaktionäre Korpskommandant ihn gar nicht weiter gegeben hatte, in Longwy ein Arbeiterleben der Brutalität der Soldateska zum Opfer gefallen war, unangemeldet auf dem Streikschauplatz zu einer gründlichen Inspektion erschienen, wobei er sich nicht nur von den Ausbeutern und von der mit ihnen verflochtenen Beamtenhaft, sondern auch von sozialistischen Arbeitern informieren ließ. Und darum hat er endlich, um den Mord zu sühnen und an der frontierenden Offiziersklasse ein Exempel zu statuieren, die Schuldigen ohne Rücksicht auf ihre Stellung empfindlich bestraft.

Das mag nun freilich den Traditionen des militärischen Staates ins Gesicht schlagen und gar in anderen, strenger noch im heiligen Ordnungsgedanken registrierten Ländern geradezu unstatföhlich erscheinen. Man denke: Es hat einen Zusammenstoß zwischen streikenden Arbeitern, die gegen „Arbeitswillige“ demonstrierten und dem Militär gegeben und die Folge ist nicht, daß man einfach elliche Arbeiter herausgreift und auf einige Monate oder Jahre ins Gefängnis schießt, sondern, daß die Offiziere, die das blutige Ereignis veranlaßt haben, abgesetzt oder eingesperrt werden. Vertheux hat den Leutnant Godron de Courcel in Disponibilität versetzt, weil er Arbeiter in eine Mißverhale gekniet hat. Er hat ferner dem Kommandanten des 20. Armeekorps, General Michal, einen offiziellen Tadel mit Eintragung in die Kondukte erteilt, weil er den Streikerlaß nicht an seine Truppen weitergegeben hat. Weiter hat er den Oberst Sabet von den Reiter-Dragoonern zu 15 Tagen Arrest verurteilt, weil er entgegen der ministeriellen Instruktion zwei Eskadronen mit ihren Lanzen ins Streikgebiet geschickt hat. Derselbe Strafe bekam der Rittmeister differt, der das halbe Regiment dort kommandiert und den Mannschaften nicht befohlen hat, ihre Lanzen in den Kantonnements zurückzulassen. Dagegen hat der Minister einen Jägerhauptmann, der durch seine Kalbfötigkeit einen gewaltsamen Zusammenstoß verhindert hat, öffentlich belobt.

Die kapitalistische Presse ist über den gerechten Minister wütend. Besonders laut stöhnen die von mehr oder minder anständigen Gelehrten ausgehaltenen nationalistischen Blätter. Die „Patrie“ hat ein Interview mit dem aus dem Deuchus-Prozeß beröchtigten General Mercier veröffentlicht, der natürlich findet, daß sein demokratischer Nachfolger die „Krone ruiniere“. Wenn das Heer nicht zur Anrechterhaltung des Unternehmerprofites verwendet werden soll, ist für diese Leute das Vaterland in Gefahr. —

#### Der sozialistische Parteitag.

Der zweite Kongreß der geeinigten sozialistischen Partei wird von 29. bis zum 31. Oktober in Chälons-sur-Saöne tagen. Die provisorische Tagesordnung umfaßt außer den Berichten des Nationalrates und der Reaktion folgende Punkte: Die Wahlaktion der Partei bei den Kammer- und Senatswahlen im Jahre 1904, der Achtstundentag und der 1. Mai (bekanntlich hat die Arbeiterkonföderation in den Gewerkschaften eine Agitation eingeleitet, daß vom 1. Mai 1904 angefangen die Arbeiter nicht länger als acht Stunden arbeiten sollen), Organisation und Propaganda. —

### Schweden.

#### Oskar II. und der Norweger.

Nach einer Mitteilung in „Politiken“ hat Staatsminister Michelsen unter der Hand erfahren, daß Oskar II., sobald der schwedische Reichstag das starthäcker Uebereinkommen angenommen hat, eine endgültige Antwort auf das Thronangebot Norwegens geben wird. Wie erwartet und in Norwegen auch allgemein gewünscht wird, soll die Antwort die sein, daß er seine Zustimmung dazu, daß ein Verabotterpung den norwegischen Thron besteiigt, verweigert. Der König wird dann auch einige Abschiedsworte an Norwegen richten. Das mag läßend werden, Zweck wird es nicht haben. Oskar weiß ja, wie wenig die Norweger auf seine wohlgemeinten Worte geben. Im übrigen können sie zufrieden sein, daß ihr überreichtes Entgegenkommen abgelehnt worden ist. Die königlose Zeit, die sie seit dem 7. Juni durchgemacht haben, könnte wohl auch die prinzipiellen Monarchisten unter ihnen darüber belehrt haben, daß das Suchen nach einem neuen König überhaupt zwecklos ist. —

### Die Revolution in Rußland.

#### Auslandsbewegung.

Moskau, 4. Oktober. Hier begann gestern der Ausstand der Angestellten der elektrischen Straßenbahnen. Die Angestellten der Straßenbahnen verkehrten gestern morgen die Ausfahrt der Wagen aus den Depots zu verhindern. — Der Ausstand der Schriftsetzer nimmt zu; er umfaßt bereits sieben große Druckereien.

#### Die Lage im Kaukasus.

Wie dem „Tag“ telegraphiert wird, beginnt im Finanzministerium unter dem Vorsitz des Finanzministers Kozlowzew der Kongreß der

Raphtha-Industriellen aus dem Bezirk von Baku. Die Vertreter erklären, die scheinbare Verschönerung der Tazaren und Armenier habe durchaus kein Ergebnis gehabt. Sobald der Statthalter Baku verließ, begannen die Feindseligkeiten aufs neue, wobei die Kämpfe auch während der Nacht fortbauern. An ein Weiterarbeiten in der Raphtha-Industrie kann nur gedacht werden, so äußern die Vertreter, wenn wirksame Schutzmaßnahmen von der Regierung aufgestellt und Mord, Diebstahl und Gewalttätigkeiten, die zu den alltäglichen Erscheinungen gehören, auch wirklich regelmäßig bestraft werden. Sonst würden sich in zwei bis drei Monaten die furchtbaren Drenel des verflochtenen Monats unbedingt wiederholen.

### Russische Militär.

Man schreibt der „Russ. Korr.“ aus Petersburg, 27. September: Vor einem der bekanntesten Rechtsanwölter hier erschien in diesen Tagen eine Dame, die gegen den Polizeimeister von Gorbun eine Klage wegen Freiheitsberaubung anstrengen wollte. Es war Fräulein Smolka, die im mandchurischen Heere und auch früher schon in der Zeit der chinesischen Wirren als Dolmetscherin fungiert hat. Fräulein Smolka hatte in einem Restaurant zu Gorbun dem Polizeimeister v. Ziegler Bestechlichkeit nachgelagt. Als der Herr dieses erfuhr, ließ er sie unter der Bestschuldigung, unbedeutend Männerkleider getragen zu haben, verhaften. Tatsächlich hatte Fräulein Smolka sich auf dem Kriegsschauplatz einer der männlichen ähnlichen Tracht bedient, ohne daß sie deswegen irgendwie belästigt worden wäre. Der Polizeimeister setzte seiner Brutalität die Krone auf dadurch, daß er ihr die Oberkleider abnehmen und sie in Unterkleidern in der Abteilung der männlichen Gefangenen bringen ließ. Hier sah Fräulein Smolka drei Wochen lang. Und sie hatte es nur der Humanität der Gefangenen zu danken, daß ihr das einigermaßen gemildert wurde. In dieser Zeit wurde das Gefängnis verschiedentlich revidiert, Fräulein Smolka aber wurde jedesmal vor der Revision beiseite gebracht, und erst als die übrigen Gefangenen den inspizierenden General auf ihr Vorhandensein aufmerksam gemacht hatten, erlangte sie ihre Freiheit wieder.

Die Leistungen des Polizeimeisters sind damit noch nicht erschöpft. Er hat der Dame eine ganz ungeheure Summe geboten, wenn sie mit ihm leben wolle. Wie kann ein Polizeimeister über einen so großen Betrag für solche Zwecke verfügen? Die Erklärung ist sehr einfach; es gibt in Gorbun eine ganze Anzahl von Opiumhäusern, die täglich eine bedeutende Summe für die Konzeption an das Oberhaupt der Polizei abführen müssen.

Selbstverständlich kann Fräulein Smolka auf eine Genugtuung nicht rechnen: Die vorgeleitete Behörde verweigert die Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des wackeren Beamten.

### Soziales.

Ein Schulfreik beschäftigte das Kammergericht. Für Böllin und Karlsdorf in Pommern bestand eine Gemeinde-Volksschule. Die Regierung hat diese einseitig auf und es wurde schließlich von den Familienvätern verlangt, daß sie ihre Kinder zum Unterricht nach dem nächsten Orte Anton schicken sollten. Das taten sie nicht. Es wurden darauf Schmalung und Genossen wegen nicht genügend entschuldigter Schulverhinderung ihrer Kinder angeklagt. Das Landgericht Stargard sprach sie jedoch schon deshalb frei, weil es der Meinung war, daß die einseitige Aufhebung einer bestehenden Gemeinde-Volksschule durch die Regierung (ohne Zustimmung der Gemeinde) unstatföhlich sei. Das Kammergericht hob am 2. Oktober das Urteil auf und verwies die Angelegenheit noch einmal an das Landgericht zurück, abgesehen von den Sachen zweier Angeklagter, die ohne Zweifel vor der Bestrafung nicht vernarrt worden waren, wie es der sogenannte Landtagsabschied für Pommern vorschreibt. Das Kammergericht führte zur Hauptfrage aus: Nach dem preussischen Landrecht müßten die Eltern dafür sorgen, daß ihre Kinder den nötigen Schulunterricht erhalten. Wenn nun die Angeklagten ihre Kinder nach Aufhebung der Volksschule im Orte nicht zum Unterricht in den Nachbarort schicken wollten, dann hätten sie eben andere Vorkehrungen treffen müssen, den erforderlichen Unterricht zu ermöglichen. Darum komme es gar nicht darauf an, ob es ihr Recht war, zu verlangen, daß die Volksschule für Böllin-Karlsdorf bestehen bleibe. — Soweit die Sachen an das Landgericht zurückverwiesen seien, wäre nachzuprüfen, ob die im Landtagsabschied für Pommern vorgeschriebene Verwarnung richtig erfolgt sei. Das Landgericht könne aber auch etwaige Entschuldigungsgründe (weiter Weg bei Winterwetter usw.) berücksichtigen.

Zur Fleischnotfrage lag dem Nürnberger Gemeindekollegium ein Antrag des Magistrats vor, insondern an den Reichsanwalt und an das bayerische Ministerium das Ersuchen gerichtet werden soll, dahin zu wirken, daß sofort die Einfuhr von Schmalz und Schweinen aus Oesterreich, Italien, Rußland, Holland und Dänemark freigegeben, die Zollsätze auf Vieh und Fleisch wesentlich herabgesetzt und die Einfuhr von Fleisch und Fleischteilen, sowie von Weineisens usw. nach denjenigen Orten, wo eine geregelte Fleisch- und Trichinenschau besteht, gestattet werde. In der dem Antrage beigelegten Begründung wird der Mangel des Fleischkonsums in Nürnberg durch die staatlichen Aufstellungen der Schlachthofverwaltung veranschaulicht. Danach haben die Ochsenfleischungen im Januar 1893, im August 1894, im August 1895, die Schweinefleischungen im Januar 1893, im August 1894, im August 1895 betragen. Dem Antrage des Magistrats wurde zugestimmt. Bei dieser Gelegenheit stellte der Demokrat Birkenberger den Antrag, den Magistrat zu erlauben, er möge Seefische im großen beziehen und zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abgeben. Verschiedene Freisinnige erhoben dagegen Bedenken, die eipen, weil die Verkehrsverbindungen Nürnbergs mit der See zu ungünstig seien, um den Seefischbezug zu ermöglichen, die anderen meinten, die Bevölkerung Nürnbergs sei an den Seefisch gewöhnt, noch nicht gewöhnt. Nur der Vorsitzende Heße hatte den Mut, den wahren Grund zu sagen; er bemerkte, es sei doch fraglich, ob die Stadt das Recht habe, in das Erwerbleben einer Anzahl Steuerzahler derart einzugreifen und sie geschäftlich zu schädigen. Damit meint er die paar Delikatessenhändler, deren dadurch Konkurrenz gemacht würde und deren Interesse für die freisinnigen Stadträde Nürnbergs schwerer wiegt als das von Tausenden anderer Steuerzahler, die durch die Fleischsteuerung Leid leiden. Der Antrag wurde schließlich angenommen, nachdem er dahin abgeändert war, daß der Magistrat nur ersucht wird, die Frage zunächst einmal zu „erwägen“.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 4. Oktober. (W. Z. W.) Die Bürgerchaft hat heute den Senatsantrag betreffend Herstellung eines Verschlages für die Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Eulon angenommen.

#### Die Revolution in Rußland.

Kiew, 4. Oktober. (W. Z. W.) Der Kongreß der Pshglater hat zahlreiche Verhaftungen zur Folge gehabt. Bei 50 Studenten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

London, 4. Oktober. (W. Z. W.) Der englische Dampfer „Kobdaw“ ist an der Mündung des Jankiss (Sibirien) gesunken. Der Kapitän teilt telegraphisch mit, daß das Schiff verlorene, die Mannschaft aber gerettet sei.

Wien, 4. Oktober. (W. Z. W.) Das Kriegsschiff „Gadaburg“ kollidierte im hiesigen Hafen mit einem Landungsboot, wobei letzteres kenterte. Die Mannschaft wurde gerettet.

Sines, 4. Oktober. (W. Z. W.) Die Weigerung der Bundesregierung, die Bezung eines Kabels von Hohenlohe (Deutsches Schutzgebiet) nach Kooktown (Quensland) zuzulassen, wird in Brisbane, der Hauptstadt Quenslands, sehr obfällig beurteilt.

Die Berichterstattung vom Jenaer Parteitag

wurde am Dienstagabend in den für die einzelnen Kreise einberufenen Versammlungen entgegengenommen. Es liegen die folgenden Berichte vor:

Im ersten Kreise

war die Parteiversammlung gut besucht und nahm zuerst die Berichterstattung des Parteitagdelegierten Wolderski entgegen. Ausführlich berichtete W o l d e r s k i über das neue Parteiorganisationsstatut, ging auf die von ganz Berlin gestellten Anträge des näheren ein und legte die Gründe für die Ablehnung derselben klar. Auch der Antrag, den „Vorwärts“ zum Organ der Berliner zu machen, sei leider abgelehnt worden, nachdem W e b e l ihn namens des Vorstandes bekämpft hatte. W e b e l habe aber gleichzeitig zugefagt, den Berliner einen noch größeren Einfluß auf die Gesamthaltung des Blattes einzuräumen. Zur Maifeier übergehend freute sich W o l d e r s k i, daß die Anschauung der Genossen des ersten Kreises sich mit der in der von Fischer eingebrachten und einstimmig angenommenen Resolution deckt. Durch die Annahme der von W e b e l eingebrachten Resolution zum Punkt Generalstreik habe der Parteitag den Genossen die Aufgabe gestellt, für die Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation mit aller Kraft einzutreten, den Gegnern aber zeigen zu wollen, daß wir uns rüsten, um etwaigen Staatsstreichgehrungen mit Energie entgegen zu treten. Im Sinne aller Genossen habe der Parteitag wohl gehandelt, daß er die Differenzen zwischen „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ und „Neue Zeit“ einer Kommission von 15 Personen überweisen habe. Aber auch mit dem dort erzielten Resultat können die Genossen zufrieden sein.

Noch kurz auf den parlamentarischen und Vorstandsbericht eingehend, schloß Wolderski seine Ausführungen mit der Bemerkung, nicht nur unsere Gegner sondern auch zum Teil in unseren Reihen wurde angenommen, daß stärkere Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaft dort zum Austrag kommen werden; er als alter Parteigenosse sei mit den Verhandlungen sehr zufrieden gewesen; es habe sich gezeigt, daß Partei und Gewerkschaft einig und fest stehen auf dem Boden des Klassenkampfes.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossen W r o s t, A p p e l, W o h n, K n o o p, L u d w i g, W i l d e, W e n a d a, K u n z e, K a r l L i e b n e d t, W i e s e l e r.

Ein Antrag, der erklärt, daß die Genossen des 1. Kreises sich mit den in Jena gefaßten Beschlüssen einverstanden erklären und sich verpflichten, diesen Beschlüssen nachzukommen, findet einstimmige Annahme.

Ueber die Bedeutung der Brandenburger Konferenz referierte Genosse S a u p e r. Zu Delegierten wurden die Genossen Fischer, L u d w i g und S t r e c h gewählt. Nachdem der Vorsitzende auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen und die Flugblattverbreitung am kommenden Sonntag hingewiesen hatte, schloß er die Versammlung um 1 Uhr.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins tagte in der Bodranerei. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Schlimbach in der üblichen Weise.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Brandenburger Provinzialkonferenz machte Werner einige einleitende Bemerkungen. Anträge lagen zu diesem Punkt nicht vor. — Als Delegierte wurden die Genossen Schwemke, Milian und Ringel gewählt.

Darauf folgte die Berichterstattung über den Parteitag in Jena, den die drei Parteitagdelegierten erstatteten.

Z w a n z i g gab eine Darstellung der Verhandlungen über das Organisationsstatut, den Geschäftsbericht des Vorstandes und der Kontrollkommission. — W u s c h o l z referierte über die Punkte: Parlamentarische Tätigkeit und Maifeier. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Genossen für die Durchführung der Maifeier im Sinne der vom Parteitag angenommenen Resolution wirken mögen. — R e t w e s besprach die Debatte über den Massenstreik und die Behandlung der sonstigen Anträge. Der Redner gab der Ansicht Ausdruck, daß wie mit den Arbeiten und dem Verlauf des Parteitages voll zufrieden sein können.

Der erste Diskussionsredner D e n s e l nahm auf die Massenstreik-Resolution Bezug und führte aus, mit dem politischen Massenstreik habe es eine andere Veranlassung wie mit einem gewerkschaftlichen Streik. Es sei deshalb notwendig, daß die Parteigenossen über das Wesen des politischen Massenstreiks aufgeklärt werden. Ueber die Einzelheiten desselben dürfte natürlich im voraus nichts gesagt werden, damit die Gegner nicht die Möglichkeit haben, sich darauf einzurichten, denn sonst könnte es so kommen wie bei den preussischen Landtagswahlen, wo wie auch vorher sagten, welche Schwächen des Wahlverfahrens wir auszunutzen würden und dann kam die Regierung her und half sich über alle diese Schwächen hinweg, ohne daß wir die Möglichkeit hatten, unsere vorher bekannt gegebenen Pläne auszuführen.

R i c h a r d F i s c h e r, zu einer Darlegung über das allgemeine Bild des Parteitages aufgefordert, führte unter anderem aus: Nicht ohne eine gewisse Befürchtung habe man dem Parteitag entgegengekommen. Kamentlich die Preßdebatte war es, von der unsere Gegner glaubten, daß sie zu heftigen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag führen würde. In diesem Punkte sind die Gegner enttäuscht worden. Die Beratung der Preßdebatte sei in die Kommission verwiesen worden, nicht weil wir Heimlichkeiten hatten, die wir verbergen mußten, sondern weil die Debatte einen stark persönlichen Anstrich angenommen hatte und das umfangreiche Material nur in einem kleineren Kreise gründlich geprüft werden konnte. Es kam nicht darauf an, zu untersuchen wer Schuld hat, sondern Mittel und Wege zu finden, wie es in Zukunft besser gemacht werden könnte. In diesem Sinne ist denn auch die Entscheidung ausgefallen. Wenn jetzt in der bürgerlichen Presse eine Epizode aus den Kommissionsverhandlungen besprochen wird, um zu zeigen, wer in der Kommission recht bekommen hat, so ist das ein toriges Beginnen, ebenso wie es torig ist, zu fragen, wer in der Preßdebatte recht und wer unrecht hat. Man kann sagen, niemand hat recht bekommen, man kann auch sagen, alle haben recht bekommen. Man hat sich darüber geeinigt, in welcher Form Meinungsverschiedenheiten zum Austrag zu bringen sind. — Auch die Maifeier war eine heikle Frage. Die Debatte auf dem Parteitag hat gezeigt, daß zwischen Partei und Gewerkschaften in der Grundanschauung volle Übereinstimmung herrscht. Das ist das Erhebende des diesjährigen Parteitages, daß er sich nicht auf den Standpunkt stellte, die Partei beschließt und die Gewerkschaften haben zu folgen, sondern daß beide gemeinsam den Weg suchten, der in der Frage der Maifeier einschlägt. Niemand ist die Gemeinsamkeit zwischen der Partei und den Gewerkschaften, die man, was die Grundanschauung betrifft, getrost sozialdemokratische Gewerkschaften nennen kann, so deutlich zutage getreten wie auf diesem Parteitag. — So auch in der Frage des Massenstreiks. Die Resolution des Wiener Gewerkschaftskongresses hat ja großen Widerspruch gefunden. W a g glaubte nicht, daß der Gewerkschaftskongress hat ausbreiten wollen, aber den politischen Massenstreik darf nicht geiprochen werden. Damals war ja die Frage des politischen Massenstreiks noch nicht geklärt. Die Friedeburger Generalstreik-Idee stand damals im Vordergrund der öffentlichen Erörterungen. Was der Gewerkschaftskongress wollte, das war, es sollte dieser Gedanke nicht propagiert, seine Verwirklichung nicht empfohlen werden. Dabei konnte sich der Gewerkschaftskongress sehr wohl auf den Beschluß des internationalen Kongresses zu Amsterdam stützen. — Durch den Beschluß des Parteitages haben wir nun den Massenstreik unter unsere

Kampfmittel aufgenommen. Damit ist nicht etwa gesagt, wenn uns an einem bestimmten Zeitpunkt das Wahlrecht genommen wird, dann machen wir den Massenstreik. So etwas läßt sich nicht vorausbestimmen. Es wird immer von der jeweiligen Situation abhängen, ob man es für zweckmäßig hält, ein bestimmtes Kampfmittel anzuwenden. Was W e b e l in seinem Referat gesagt hat und was durch die Annahme seiner Resolution ausgedrückt wird, ist das: Es gibt Momente, wo der Arbeiterklasse nichts anderes übrig bleibt, als den Massenstreik für ihre politischen Rechte auf wirtschaftlichem Gebiet zu führen. Der Vorkongress ist durch unseren Beschluß gesagt: Treibt die Sache nicht zum äußersten. Wir sind keine Hammelherde, die sich ruhig abschlachten läßt. Wenn ihr uns das Wahlrecht nehmen wollt, das ihr selbst als ein Sicherheitsventil bezeichnet habt, so probiert es nur, wir werden uns das nicht ruhig gefallen lassen. Das ist es, was der Parteitag der Regierung und der Vorkongresse gesagt hat. Er hat aber auch der Arbeiterklasse gesagt: Macht euch mit diesem neuen Kampfmittel vertraut. Es ist notwendig, daß ihr wißt, der Moment kann kommen, wo die deutsche Arbeiterklasse ein Kampfmittel gebrauchen muß, das man in Deutschland bisher noch nicht angewandt hat. Wenn und unter welchen Umständen das geschehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Geschichte lehrt uns, daß oft an sich kleine Ursachen zum Ausbruch großer revolutionärer Bewegungen geführt haben. Es können Situationen eintreten, wo die Arbeiterklasse einen großen entscheidenden Kampf aufnehmen muß. — Auch auf wirtschaftlichem Gebiet sind schon Streiks geführt worden, welche die Führer für aussichtslos hielten, und dennoch wäre es in Anbetracht der Umstände ein Verbrechen gewesen, den Streik zu unterlassen. Die Arbeiterklasse hat ja Erfolge nicht nur durch ihre Siege, sondern auch durch Niederlagen. Jede Niederlage stärkt die Widerstandskraft der Arbeiter. Wenn auch mancher revolutionäre Sturm der Arbeiterklasse zurückgeschlagen wurde, so ist sie doch nie hinter den Ausgangspunkt des Vorstoßes zurückgeworfen, immer hat sie an Boden gewonnen, wenn auch das jeweilige Ziel des Kampfes nicht erreicht wurde. — Gewiß ist der Massenstreik kein Allheilmittel, aber er ist eine Waffe, die, richtig benutzt, dem Gegner Wunden schlägt, die nicht wieder heilen. Zudem wir den Massenstreik als Kampfmittel zur Verteidigung unserer politischen Rechte aufgenommen haben, haben wir der herrschenden Klasse gesagt: Bis hierher und nicht weiter reicht unsere Geduld. Wollt ihr uns ein wertvolles Recht nehmen, so versucht es, wir geben es nicht ohne Kampf aus der Hand. In diesem Sinne hat der Parteitag den Geist des Widerstandes gegen das Unternehmertum und die Regierung gefaßt, und dadurch wird er eine Bedeutung in der Geschichte der Partei haben, wie kein anderer. (Lebhafte Beifall.)

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche sich mit der Haltung der Delegierten des Kreises sowie mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt und die Durchführung derselben als Pflicht der Parteigenossen erklärt.

Im dritten Wahlkreis

tagten die Genossen in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende G o s s davon Mitteilung, daß der parlamentarische Vertreter des Kreises, Genosse Wolfgang Heine, es bedauert habe, wegen eines Projektes in Stuttgart in der Versammlung nicht antreten zu können. Genosse Heine hatte gern vor den Genossen des Kreises seine Stellung zu den Verhandlungsgegenständen des Parteitages dargestellt. Er sei erbtig, dies in einer späteren Versammlung des Wahlvereins zu tun.

Nachdem Genosse D i m m i d eine Uebersicht über die Tagesordnung der Provinzialkonferenz gegeben und den Organisationsentwurf für die Provinz Brandenburg („Vorwärts“ vom 3. Oktober) zur Kenntnis der Versammlung gebracht hatte, ohne daß jemand dazu das Wort wünschte, wählte man als Delegierte zur Konferenz die Genossen E n g e l s c h t, L o g e und G e h r m a n n.

Die Berichterstattung über den Parteitag lag dem Genossen W ä t t n e r allein ob, da der eine Mitdelegierte, Genosse F l a g n e r, an der Influenza erkrankt ist und der andere, Genosse W u s c h l, total heiler war.

Genosse W ä t t n e r beschränkte sich im wesentlichen darauf, in großen Umrissen die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages zu skizzieren. Er glaubt behaupten zu können, daß die großen Fragen, die ihn beschäftigten, zur Zufriedenheit der übergroßen Mehrzahl der Parteigenossen erledigt worden seien. Was die spezielle Berliner Frage der Lokalisierung des „Vorwärts“ angeht, so hätten die Berliner darauf verzichtet im Interesse des Zustandekommens des neuen Organisationsstatuts. Die „Vorwärts“-Frage, hoffe er, werde auch so gut erledigt werden. Nach dem, was der Parteivorstand in der Richtung versprochen habe, würden Vorlesungen getroffen werden, die den Berliner Genossen einen größeren Einfluß gestatteten. — Die Frage der Maifeier fand nach einem vorzüglichen Referat Fischers durch die einstimmige Annahme der mit Zustimmung der Generalkommission gestellten Resolution eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung. Eine Meisterleistung war die vierstündige breit angelegte Rede W e b e l s zum politischen Massenstreik. Trotz der vielfach auseinandergehenden Meinungen wurde die Resolution zu dieser für eventuelle Fälle ein neues Kampfmittel vorschlagenden Frage gegen wenige Stimmen angenommen. Auch die Erledigung des sogenannten Literatenstreites, dem in Wirklichkeit soziale Differenzen zugrunde gelegen hätten, hat den Redner befriedigt. Er erwartet davon Fortschritte nach der Richtung theoretischer Vertiefung. Zum Schluß sprach er nochmals seine Befriedigung über die Ergebnisse des Parteitages und über diesen selbst aus. Jetzt wäre es nun Pflicht der Genossen, energisch im Sinne der Beschlüsse des Parteitages zu wirken, insbesondere sich den Ausbau und die Stärkung der Organisation angelegen sein zu lassen. (Beifall.)

Auf eine Anfrage des Genossen K r ä d e r, betreffend die Abstimmung des Delegierten W u s c h l gegen die Resolution über den politischen Massenstreik, erwiderte Genosse W u s c h l, bei seiner Deiserkeit laun verstanden, daß er ohne gebundenen Mandat gewesen sei und den Mut gehabt habe, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Er wünsche, daß im dritten Wahlkreis die Frage des Massenstreiks einmal für sich diskutiert werden möge.

Genosse H e i l m a n n äußerte sich in längeren Ausführungen über die verschiedenen Verhandlungsgegenstände des Parteitages. Er ist besonders erfreut über den sachlichen ruhigen Verlauf des Parteitages. Er hoffe, daß dies in der Partei so bleiben möge bei Streitfragen und ein Dresden, das wegen seiner Debatte nicht als Jungbrunnen der Partei gelten könne, nie wiederkehren werde. Die Genossen müßten stets freundlich und brüderlich miteinander reden. — Zur jetzt angeländigten Reorganisation der Redaktion des „Vorwärts“ sieht Redner keinen Anlaß. Die Angelegenheit „Vorwärts“, „Neue Zeit“, „Leipziger Volkszeitung“ er scheint ihm durch den Kommissionsbericht auf dem Parteitag und durch dessen Beschluß vollständig erledigt. Die Art, wie jetzt die Redaktion des „Vorwärts“ geführt werde, finde seine vollste Billigung. Wenn eine Reorganisation notwendig wäre in der Parteipresse, dann nicht in erster Linie im „Vorwärts“. Der Bericht der fünfzähligen Kommission habe absolut keinen Anlaß dazu gegeben. Wenn im Zentralorgan sich wirklich mal in gewissen Fragen neben der Wahrheit auch noch besonders die Wahrheit äußere, wäre das gar nicht schlimm. Ein Zentralorgan, das ein richtiges Bild geben wolle, müsse allen Anschauungen, die innerhalb der Partei Raum hätten, auch innerhalb des Blattes Raum geben. — Von einer großen Begeisterung für die Maifeier in heutiger Form ist Redner weit entfernt; er blügt die Gründe verschiedener Gewerkschaftsführer, die sich dagegen wandten, hält aber doch mit Rücksicht auf das einmal geschäftlich Gewordene den Beschluß des Parteitages für das in der gegebenen Situation allein richtige. Dagegen erachtet er die

Reflexion auf den politischen Massenstreik nach einträgiger Debatte für einen Fehler, wobei er die nötige Klärung vermisst. Er sucht dies eingehender nachzuweisen. Er geht davon aus, daß ein politischer Massen- oder Generalstreik ohne Blutvergießen durch die Wächterhaber nicht in Deutschland möglich sei und daß er doch nur ein Mittel sein könnte, wenn es noch möglich wäre, Straßenkämpfe wie früher durchzuführen. Das sei aber ausgeschlossen. Im übrigen brauche gerade der, der ökonomisch-historisch denken gelernt habe, nicht allzu große Schreckgespenster der Entrechtung des Volkes sehen. Die Rechte, die in der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung Deutschlands begründet seien, könnten nicht ohne weiteres genommen werden. Wenn das so leicht wäre, hätte man uns längst das Reichstagswahlrecht genommen. Selbst wenn aber dies und jenes am heutigen Reichstagswahlrecht und am Koalitionsrecht gekürzt werden würde, könnte die stille Agitation — er erinnere an das Sozialistengesetz — doch niemals unmöglich gemacht werden. Die Resolution W e b e l sei kein guter Schritt gewesen, möglich aber sei, daß sie unschädlich bleibe.

Genosse G o t t f r i e d S c h u l z wandte sich gegen Heilmann, dessen Ausführungen ihn ganz perplex gemacht hätten. Wenn es eben nicht mehr weiter gehe, dann müßten alle Häder stillstehen. W e b e l meine auch nur, daß der Generalstreik das letzte Mittel sei.

Genosse G e h r m a n n: So nebenhändig, wie Heilmann den Berliner Antrag auf Lokalisierung des „Vorwärts“ hinstellte, sei er durchaus nicht, denn sonst hätten nicht so viel Berliner dafür gestimmt. Es müsse anders werden. Trotz der Ablehnung hätten die Berliner einen Sieg erfochten, denn ihre Meinung solle mehr zum Ausdruck kommen, als bisher. Man stehe schon in Verhandlungen mit dem Parteivorstand, die die Regelung bezwecken. Heilmann sage, das Zentralorgan müßte alle Auffassungen bringen, auch die gegenteiligen. Ja, das ist nicht so war, seien ja zum Teil die Streitpunkte. Entweder seien andere Meinungen nur auszugswweise gebracht worden, oder mit stillen Polemiken.

Genosse D r. F r i e d e b e r g schließt sich dem Vorschlag W u s c h l s an, in der nächsten Versammlung des Vereins einen Vortrag über politischen Massenstreik und Generalstreik halten zu lassen und dazu ein Referat. Hier wolle er nur erklären, daß er mit dem Jenaer Beschluß zufrieden sei insofern, als er darin ein Fortschreiten der von ihm vertretenen Ideen sehe. Er sehe aber doch nicht in dem politischen Massenstreik, wie er in Jena vertreten sei, das richtige, sondern nach wie vor in dem Generalstreik, wie er ihn propagiere, der sich dem anarchischen Generalstreik nähere und seinen Ausdruck finde in der Erklärung des Anarchosozialismus.

H e i l m a n n erklärt gegenüber G e h r m a n n, daß er viele Parteiblätter lese und danach feststellen könne, es sei in Deutschland keine Parteizeitung, die jede Auffassung so loyal zu Worte kommen lasse wie der „Vorwärts“. Insbesondere erinnere er an den vollständigen Abdruck der Artikel K a u t s k i s und der „Neuen Zeit“ und der Wehrings aus der Leipziger Volkszeitung. Die Leipziger Volkszeitung dagegen habe aber nicht ein Wort gebracht von dem, was in der fraglichen Angelegenheit der „Vorwärts“ schrieb.

Genosse K r e p l i n führte aus, daß der Generalstreik in einem anderen Sinne auf dem Parteitag besprochen sei, wie es Heilmann nehme. Es sei durchaus nicht richtig, daß ein Generalstreik notwendig mit Straßendemonstrationen und Blutvergießen verbunden sein müsse. W e b e l habe gerade darauf hingewiesen, daß bei einem Generalstreik Straßentrainees nicht notwendig seien, und dabei auf den Vergleich mit dem Massenstreik verwiesen. Der politische Massenstreik im Sinne der Beschlüsse von Jena sei nur zu verstehen als ein wirklicher Generalstreik.

Genosse W ä t t n e r: Die Gewerkschaften seien sehr wichtige Faktoren in der Arbeiterbewegung. Ihre jetzige Haupttätigkeit: die Forderung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, werde in Zukunft aber etwas beeinflusst werden durch die großen Kämpfe, die dem Proletariat bevorstünden. Diese Kämpfe würden größer und heftiger sein als in den letzten 30 Jahren und würden den Charakter rein gewerkschaftlicher Kämpfe verlieren. Sie würden sich auswachsen zu Kämpfen um die Macht. Da seien neben starken gewerkschaftlichen auch starke politische Organisationen notwendig. Das meine die Resolution W e b e l in erster Linie. Es sei auch nicht gesagt, daß der politische Massenstreik zu einem bestimmten Zeitpunkt einzutreten habe, sondern man solle die Kräfte revolutionärer und organisieren, damit im äußersten Moment eingegriffen werden könne. Heilmanns Deduktionen seien falsch. — F r ö h l i c h schloß sich dem an.

Genosse E. D i t t m e r: Die Resolution W e b e l sei so mit Eventualitäten gepackt, daß wir ruhig die Dinge an uns heran kommen lassen könnten. So seien übrigens die Verhältnisse nicht, daß man tagtäglich jahrzehntelang sich nur immer mit der Frage des politischen Massenstreiks beschäftigen und darüber anderes vergessen werde. Eine Schädigung in dieser Richtung sei nicht zu befürchten; dazu gäbe es dem doch in der Arbeiterbewegung zu vielerlei und bringendes zu tun. Die Frage des Generalstreiks aber in W a u s h und W a g e n mit ja zu beantworten, lehne er für seine Person vorläufig ab. Der wichtigste Teil an der Resolution W e b e l sei der Aufruf zur Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Und sehr richtig sei, daß infolge des Aufwandes der Frage wieder mal ein lebhafter Geist in die Massen der Genossen einbringe. Die Diskussionslust, die Lust zur theoretischen Vertiefung habe schöne Anregungen erfahren. Es sei ein empörender Zustand, daß die Arbeiterbildungsschule in den letzten Jahren mit so wenig Mitgliedern existieren mußte. Das werde hoffentlich besser werden. Als beweislose Behauptungen bezeichnet er Redner, daß angeblich von Gewerkschaftsführern kein Versuch gemacht werde, die Mitglieder mit sozialistischem Geist zu infizieren. Das geschehe sehr wohl. Weiter sagte er seine Meinung zu einer Reihe kleinerer Angelegenheiten, die den Parteitag beschäftigten. Die technische Herstellung der „Neue Welt“ rügte er als geradezu miserabel.

Nachdem Heilmann noch auf die Einwürfe gegen seine Ausführungen geantwortet und K r e p l i n die hohe Bedeutung der Bildungsfrage betont hatte, wurde gegen neun Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, insbesondere mit den Ausführungen des Genossen W e b e l und seiner Resolution über den politischen Massenstreik.“ — Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Vierter Wahlkreis.

Der vierte Kreis hielt seine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die bevorstehende Provinzialkonferenz gab zu einer Debatte keinen Anlaß. Zu Delegierten wurden gewählt G o e r t e, W ä g n e r und S c h e n t.

Ueber den Parteitag berichtete zunächst W a r e n t h i n. Der Parteitag habe das größte Interesse bei den Genossen wachgerufen. Die Gegner seien allerdings gramam enttäuscht worden. Der Streit zwischen „Vorwärts“, „Leipziger Volksztg.“ und „Neue Zeit“ sei aus Rücksicht auf die Zeit des Parteitages in die Kommission verwiesen worden. Diese habe in ihrem Bericht keinen Zweifel darüber gelassen, daß dem Streite erste prinzipielle Differenzen zugrunde gelegen hätten. Das sei für uns Veranlassung, uns mehr mit prinzipiellen Fragen zu beschäftigen, damit alle Genossen reif werden, solche Differenzen richtig zu beurteilen. Ueber die Einwendungen, welche gegen das Organisationsstatut gemacht worden sind, bemerkte der Redner, daß es nicht so sehr auf den Nachhaken ankomme, als vielmehr auf den Geist, der es durchführt. Auch die Verhandlungen über die Maifeier seien zum Befriedigenden Abschluß gekommen. Diese sei historisch geworden und könne doch nicht nach Wunsch einzelner Gewerkschaftsführer wieder beseitigt werden. An uns sei es nun gelegen, den

\*) Die neun Stimmen gegen die Resolution richteten sich nur gegen den zweiten Teil betreffend die Anerkennung des politischen Massenstreiks.

sozialistischen Geist in die Massen zu tragen. — Zentisch berichtete detaillierter über die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitag. Das Referat über den Organisationsentwurf habe ihn nicht in allen Punkten befriedigt. Die Berliner seien mit allen ihren Entwürfen unzufrieden. Sie hätten aber für Entlassung des Entwurfs die Entwürfe mit ihm unterbringen, da man von den Genossen aus Süddeutschland und Schleswig-Holstein, die nach Landesorganisationen verbunden sind, Opposition zu erwarten habe. Für die Streichung der §§ 29 und 30 habe er nicht gestimmt, da der Kreis keinen diesbezüglichen Antrag gestellt habe. Der § 15 sei eigentlich vom demokratischen Standpunkte nicht zu akzeptieren. Durch den neuen Organisationsentwurf erwachsen dem vierten Kreise bedeutende Konsequenzen, daß er nun auch eine einheitliche Organisation schaffen müßte. Nachdem Zentisch auf die Fortschritte der Partei hingewiesen, die im Klassenbericht und im Abonnementstand der Parteipresse zum Ausdruck kommen, und auf die bedeutende Differenz zwischen der sozialistischen Stimmzahl mancher Kreise, besonders auch in Süddeutschland, und der Zahl der organisierten Genossen aufmerksam gemacht hatte, behandelte er die Raiffeiserfrage, die durch den Kölner Gewerkschaftskongress ein eminentes Interesse erregt habe. Auf die Teilnehmer des Kongresses habe das Marxistische Wort getroffen, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein des Menschen bestimmt. Nur dadurch sei es zu erklären, daß Gewerkschaftsführer sagen könnten, die Gewerkschaft sei alles, die Partei nichts. Redner verlas eine Anzahl Sätze aus dem Referat von Brinmann bei Heller. Ein Parteigenosse kann nicht so sprechen. (Sehr richtig!) Wenn diese Worte auf der Tribüne dem Munde entfielen, ist das verwerflich, wenn man sie aber unberichtigt drucken läßt, so ist das doch sehr bedenklich. Hier sei der Beweis geliefert, daß einflußreiche Gewerkschaftsführer die Partei herabzusehen süßen. Richard Fischer habe ein sehr schäbliches Referat gehalten, das man bei seinem Temperament nur bewundern könnte. Robert Schmidt habe die Raiffeiserfrage dagegen nur vom rein rechtlichen Standpunkte behandelt. Ueber die Meinung Schmidts, daß es gut sei, daß die „Neue Zeit“ nicht viel Abonnenten unter den Arbeitern habe, wolle er öffentlich sein Urteil fällen. Wenn ein Reichstags-Abgeordneter das sagt, ist es doppelt bedauerlich. Wenn er Schmidt privatim antworten könnte, würde diesem die Antwort sicher nicht gefallen. Die angenommene Resolution habe keine enge Fassung bekommen, weil sonst verschiedene Parteigenossen aus wirtschaftlichen Gründen ihr nicht immer folgen könnten. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Darauf referierte

Kupfer über die Verhandlung des Massenstreiks. Sie sei der Höhepunkt des Parteitages gewesen. Das ausgezeichnete Referat Webels sei auch dadurch nicht beeinträchtigt worden, daß einige Redner recht kleinliche Bemerkungen daran geknüpft hätten, u. a. auch Sidelum mit der Frage, an welchem Nachmittag der Massenstreik losgehen sollte. Durch die Resolution sei der Massenstreik unter unsere Kampfmittel aufgenommen worden, unsere Pflicht sei es, ihn zu diskutieren und zu propagieren. (Bravo!)

In der Diskussion sprach zunächst Eugen Bräuner: Viel von der literarischen Diskussion sei Gehälz gewesen. Es gebe manche Leute, die einen jeden Genossen niederhumpeln möchten, der eine andere Meinung habe. Aus der Fünfzehnerkommission habe die „Volkszeitung“, jedenfalls von einem Vertrauten, er beurteile den Verräter, die Mitteilung gebracht, daß Kautsky und Mehring gegen einen angeblichen Artikel Eisners polemisiert hätten, den Kautsky vor 13 Jahren selbst geschrieben habe. (Rufe: „Unwahr!“) Ich halte es vorläufig für wahr. (Lunche.) Von einer Neutralitätsdekret der Gewerkschafter könnte keine Rede sein. Wer von einem Vermischen des Klassenkampfes angeht, der letzten großen Kampfes, der hohen Anforderungen für Streiks und des gewaltigen Kampfes in der Elektro-Industrie reden könnte, sei mit Binden vor den Augen durch das wirtschaftliche Leben gegangen. (Lebhafte Zwischenrufe. Rufe: „Auspehrung! Auspehrung!“) Die Gewerkschaften seien der Partei nicht in den Weg getreten, der Bortours Jubels gegen die Arbeiter in der Mark Brandenburg treffe nicht zu. Die Raiffeiserresolution des Gewerkschaftskongresses lasse ja alles beim alten bis zum internationalen Kongress. Der Parteitag habe es auch nicht allen Genossen zur Pflicht machen können, zu feiern, da er auch mit den wirtschaftlichen Verhältnissen rechnen müßte. Während der Rede herrschte große Unruhe. Der Vorsitzende bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen. Bezüglich des Massenstreiks habe man in Köln nur beschlossen, in Veräußerung der Tatsache, daß die Verhältnisse die Taktik regeln, sich nicht vorzueilen auf eine bestimmte Taktik festzulegen. Aus der Rede Brinmanns dürfe man nicht einzelne Sätze aus dem Zusammenhang reißen. Es könnte kein Gegenstand konstituiert werden zwischen Partei und Gewerkschaft, da in beiden Organisationen viel von denselben Personen ständen. (Lebhafte Rufe „Führer!“) Er unterstreiche das Wort Webels, wenn wir vorwärts kommen wollten, müßten wir vor allem organisieren und agitieren. (Beifall.)

Ernst Bräuner: Er sei der Meinung, daß der Zeitungsstreik literaturgeizig gewesen sei. Ob denn Kautsky der Meinung sei, daß er die Massen aufklären habe durch die Diskussion in der „Neuen Zeit“. Man solle vgr allen Dingen populärer schreiben, dann würden die Genossen auch Lust zu prinzipiellen Erörterungen bekommen. Richard Fischer habe im Raiffeiserreferat einen eigenständigen Standpunkt eingenommen, als er meinte, daß nicht jeder Parteigenosse gewerkschaftlich organisiert sein könnte. Robert Schmidt habe sachlicher gesprochen als Fischer, Frau Riez oder Rosa Luxemburg. Man habe in der Raiffeiser immer ein Ideal gesehen, aber die Verhältnisse seien stärker, trotzdem man nun 15 Jahre dafür gearbeitet habe. (Rufe: „Gegen!“ „Führer!“) Es müßte möglich sein, zwischen der Vertretung der modernen Arbeiterbewegung und der Partei eine Verständigung in der Raiffeiser herbeizuführen. Redner bezweifelte, daß die Generalkommission der Parteitage-resolution ihre Zustimmung erteilt habe. In den Gewerkschaften würde ständig gearbeitet für den Klassengedanken. (Lunche.) Manche Parteigenossen seien dagegen nicht zu bekommen, wenn sie den Mitgliedern die Theorie übermitteln sollten. Aus dem Referat Webels über den politischen Massenstreik habe er viel gelernt, aber Webel sei nicht auf die Konsequenzen eingegangen. Webel müßte doch zugeben, daß man in internationalen Kreisen nur darauf wartete, die Arbeitermassen vor die Bononette zu treiben. Es sei viel der Versuch Webels zuzuschreiben, daß manche Parteigenossen dem Massenstreik zustimmten haben. Die Propagandierung des Massenstreiks sei heute unmöglich. Man könne solche Mittel nicht plötzlich festlegen. Es gebe in beiden Kreisen noch gewaltig an der Aufklärung. Wenn es sich jeder zur Pflicht machte, ein Agitator für seine Sache zu sein und seine Söhne zu Klassenkämpfern zu erziehen, so könnte und die Reaktion nicht mehr niederschlagen. (Beifall.)

Ernst: Ich habe die Verhandlung über den Organisationsentwurf nicht befriedigt. Bezüglich der Raiffeiserfrage dürfe man sich nicht der Illusion hingeben, daß keine Gegenstände zwischen Partei und Gewerkschaft vorhanden sind. Letztere behandeln die Raiffeiser von einem anderen Standpunkte als wir. Charakteristisch sei es auch, daß manche Gewerkschaftsredakteure prinzipiell keine Raiffeiserartikel bringen. Dem Streik Kautskys, Mehrings und Eisners haben sachliche Momente zugrunde gelegen und seiner Meinung nach sei das Recht mehr auf Seiten Kautskys gewesen. Allerdings sei er nicht damit einverstanden, daß man die Sache stillschweigend übergehen habe. Im allgemeinen habe der Parteitag gute Arbeit geleistet. (Bravo!)

Woytsch: In den literarischen Streitigkeiten sei Sachlichkeit und Gehälz durchgeandergelaufen. Er sei nicht so optimistisch, um anzunehmen, daß sie nun aufgehört werden. Die Masse der Partei habe daran aber keinen Gefallen. Das Schlimmste an der Raiffeiser sei, daß man sie habe. Die Gewerkschaft nur und nicht die Partei habe heute dafür die Verantwortung und Unterstützung der Forderungen bei Maßregelungen. Sie sei darum auch in einer schwierigen Lage. Wenn aber die Feiler auf den Abend verlegt würde, so müßte sie einschließen. Man solle alle Einwendungen öffentlich präsen und bis zum internationalen Kongress einen Modus finden, vielleicht in der Form, daß die Partei einen Teil der Unterstützung übernehme. Das Referat Brinmanns habe er ganz gelesen. Er wolle ihn die Parteizugehörigkeit nicht

absprechen, aber es befänden sich bedauerliche Entgleisungen darin. Man dürfe nicht einseitiger Gewerkschaftler sein, sondern müsse sich durchdrungen fühlen von der Notwendigkeit sozialistischer Aufklärung. Das Referat Webels über den Massenstreik könne man nur unterschreiben. Die Resolution dürfe nur nicht so ausgelegt werden, daß nur nur der Massenstreik propagiert werden solle. Er könne den großen politischen Führern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Arbeiterklasse vielfach überschätzen. Nur durch Aufklärung könne sie dahin gebracht werden, den Massenstreik richtig anzuwenden. In den Gewerkschaften müsse der sozialistische Gedanke mehr gepflegt werden. Partei und Gewerkschaft seien gleich wichtig für den Klassenkampf. (Bravo!)

Nach dieser Rede wurde ein Verlagsantrag eingebracht mit der Begründung, daß bisher nur Vertreter der Gewerkschaften gesprochen haben und den anderen Disziplinärrednern dadurch die Möglichkeit genommen worden ist, noch an diesem Abend ebenso ausführlich zu sprechen wie die Vordredner. Die Rednerliste wies noch eine stattliche Anzahl Redner auf und so wurde die Versammlung einstimmig vertagt.

#### Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die im Allen Schäferhause tagte, war leider nicht so zahlreich besucht, wie man das der Tagesordnung entsprechend hätte erwarten können. Zunächst verlas der Kassierer Lepmann die Namen von 16 Personen, die sich seit der vorigen Versammlung zur Aufnahme gemeldet hatten. Gegen eine der Aufnahmen wurden später Einwendungen erhoben, die der Vorstand präsen wird. Dann teilte der Vorsitzende Juch mit, daß eines der ältesten Vereinsmitglieder, der Parteigenosse Max Lindemann vor 14 Tagen verstorben ist; die Anwesenden ehrten sein Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Ueber die Aufgaben der Brandenburger Provinzialkonferenz sprach Genosse Davidsohn. Er wies zunächst darauf hin, daß in der Veröffentlichung der Tagesordnung im „Vorwärts“ insofern ein Fehler enthalten ist, als die Konferenz mit Rücksicht auf die betannte polizeitechnische Auffassung nicht um 10 sondern erst um 12 Uhr beginnen wird. Der Redner hob dann hervor, wie wichtig die zur Verhandlung kommende Landarbeiterfrage, und wie nicht minder wichtig die Beratung der Organisationsfrage und die Beschlüsse darüber sein werden. Nachdem er die hauptsächlichsten Bestimmungen des Statutenentwurfes erläutert hatte, sprach der Redner die Erwartung aus, daß durch die Annahme des Entwurfes endlich etwas festes, Dauerndes für die Organisation geschaffen werde. — Als Delegierte zur Konferenz wurden einstimmig die Genossen Bernhard Wolf, Robert Fischer und Ehrhardt gewählt.

In der Berichterstattung über den Parteitag teilten sich die beiden Delegierten in der Weise, daß Wolf über alle Punkte mit Ausnahme der Raiffeiser und des politischen Massenstreiks berichtete und diese beiden Punkte dem Genossen Davidsohn überließ.

Genosse Wolf bemerkte einleitend, daß die Hoffnungen der Gegner der Partei werde ein „Jena“ für die Partei werden, zu schanden geworden seien; innerlich gestärkt und gefestigt habe die Partei da. Der Bericht des Parteivorstandes habe kaum Veranlassung zu irgendwelchen wichtigen Einwendungen gegeben; mit Genugtuung könne man auf die Steigerung der Opferwilligkeit der Parteigenossen hinweisen. Was den Antrag der Berliner Parteigenossen, die Weltpolitik auf die Tagesordnung zu setzen, betreffe, so habe gerade auch Webel in seiner Begründungsrede bewiesen, wie außerordentlich wichtig die Erörterung dieser Frage gewesen wäre. Nur der Kot gehörend hätten die Berliner Delegierten sich entschlossen, den Antrag fallen zu lassen. Auf die Beschlüsse über das neue Organisationsstatut eingehend bemerkte der Redner, daß gerade der fünfte Kreis einer derjenigen gewesen sei, der hinsichtlich der neuen Gliederung der Partei auf der Grundlage der sozialdemokratischen Vereine dahnbrechend vorgegangen sei. Der Redner beschästigte sich sodann mit den wichtigsten der neuen Bestimmungen. Daß der Antrag, den „Vorwärts“ zum Zentralorgan der Berliner Genossen zu gestalten, in der Kommission begraben wurde, bedauerte er. Die Gründe, die der Parteivorstand mit so großer Schärfe dagegen vorgebracht habe, könne er nicht als stichhältig anerkennen. Durch ein an alle Parteiblätter zu versendendes Korrespondenzblatt würde der Parteivorstand besser in den Stand gesetzt werden können, auf tatsächliche Fehler in der Presse hinzuweisen und seiner Auffassung Geltung zu verschaffen, als durch das Zentralorgan. Damit sollten selbstverständlich die Redaktionen der einzelnen Parteioorgane nicht des eigenen Denkens und Arbeitens entboren werden. Im allgemeinen aber könne man sich, obwohl jener Antrag nicht angenommen sei, mit dem Organisationsstatut einverstanden erklären. Die Art der Erledigung der Pressestreitigkeiten auf dem Parteitag bezeichnete der Redner als eine recht glückliche. Kamentlich sprach er seine Genugtuung darüber aus, daß die ungefähr 80 Berichtersteller bürgerlicher Blätter auf diese Weise um eine mit Spannung erwartete Sensation gebracht wurden. Eine Behandlung der Angelegenheit im Plenum hätte bei der Schwierigkeit und Vielseitigkeit der Fälle nur Verwirrung hervorgerufen, wäre zu einem Gehälz von literaten ausgeartet, ohne ein brauchbares Ergebnis zu zeitigen. Das Wichtigste in der angenommenen Resolution sei, daß den Parteigenossen nahegelegt werde, bei Pressedebatten stets das Parteigefühl und nicht andere Empfindungen überwiegen zu lassen. Theoretische Diskussionen seien notwendig, sie gäben erst die rechte Grundlage für die praktische Arbeit in der Partei, dürften aber nicht in Plöhmereien ausarten. Man solle aber solche Fragen in der Tagespresse in populärer Form behandeln. Von den 90 000 Abonenten des „Vorwärts“ hätten wohl kaum 500 die Pressedebatten mit der „Leipziger Volkszeitung“ verfolgt, noch richtiger verfolgen können. Nachdem der Redner noch kurz erwähnt hatte, daß der Antrag Davidsohns zur Alkoholfrage ein Vergräbnis erster Klasse erfahren habe, der Antrag des fünften Kreises auf Gründung eines internationalen Korrespondenzblattes aber nicht die zur Verhandlung nötige Unterstützung gefunden hatte, bemerkte er zum Schluß, daß der Parteitag mit allgemeiner großer Begeisterung die Nachrichten von der Eisener Reichstagswahl und von der Wahl eines Vertreters zum sächsischen Landtag aufgenommen habe.

Hierauf nahm Genosse Davidsohn zu seinem Bericht über die Raiffeiser- und die Generalstreiksfrage das Wort. Er hob hervor, daß der fünfte Kreis seine beiden Delegierten in dieser Hinsicht mit einem gebundenen Mandat seinerlei Versammlung zuzustimmen, versehen hatte. Die Raiffeiser-Resolution sei nun diesmal so abgefaßt worden, daß nicht nur sie, sondern auch der Abgeordnete des Kreises, Genosse Rob. Schmidt, dafür stimmten konnten und dafür stimmten. Der Redner erläuterte diese Resolution in ihren einzelnen Abschnitten und ihrer gesamten Bedeutung und hob es als ganz besonders erfreulich hervor, daß Genosse Fischer dem alten, bekannten Teil seiner Resolution einen so kräftigen neuen Passus vorangestellt habe. Man müsse die Rede Fischers gehört haben, um den stürmischen Beifall, der ihr folgte, und die Einstimmigkeit der Annahme der Resolution zu verstehen. Besonders beachtenswert sei es auch, daß Fischer, indem er seine Ansichten über die Raiffeiser darlegte, hinzugesetzte, daß man diejenigen Parteigenossen, die etwas anderer Meinung seien, nun keineswegs deswegen als minder gute und opferfreundliche Genossen ansehen dürfe. In überaus loyaler Weise habe der Parteitag dann dem Genossen Robert Schmidt zu einer ausführlichen Darlegung seiner Ansichten Redezeit gewährt. Schmidts Position in der Debatte sei zu Anfang durchaus nicht ungünstig gewesen, er habe sie dann aber verfehltest durch seine Bemerkungen über die „Neue Zeit“, mit denen sich auch die Genossen des fünften Kreises nicht einverstanden erklären konnten. Ganz besonders wichtig sei, daß die Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteivorstand sich über Form und Inhalt der Resolution geeinigt hatten. Ueber die Massenstreik-Resolution sagte Redner, daß es Regien, Schmidt und den auf ihrer Seite stehenden Genossen nicht gelang, die „Neue Posten“ aus der Webelschen Resolution herauszulassen.

Webel habe in seiner vierstündigen, einen unendlich weiten Rahmen umfassenden Rede wohl nicht immer und überall das Richtige getroffen. Aber man habe diese Rede mit dem Gefühl aufgenommen, sollten die in der Resolution erwähnten Zustände eintreten, alle Parteigenossen ihren Mann stehen werden. Besser sei es wohl gewesen, wenn dem Genossen Schmidt zu dieser noch wichtigeren Frage, statt zur Raiffeiserfrage, eine Stunde Redezeit gewährt worden wäre. Man dürfe nun aber nicht glauben, daß alle die, welche für die Resolution stimmten, auch begeisterte Anhänger der Massenstreiksdebe seien. Ueber manche Delegierte, die jahrelang dagegen gewesen seien, habe man sich wundern müssen, als sie nun plötzlich mit einem schächteren Ja stimmten. Auch sei nicht anzunehmen, daß etwa die Genossen, die mit Nein stimmten, nicht, wenn der Gedanke der Resolution einmal vertieft würde, ihr Alles einsehen würden, um dem Proletariat zum Siege zu verhelfen. Im allgemeinen müsse man sich freuen, daß der Parteitag so war, wie er war, und auch in dieser Hinsicht einen konsequenten und scharfen Ausdruck gemacht habe.

Die Diskussion, die nun folgte, bezog sich größtenteils auf die Angelegenheiten der Presse und den Streit zwischen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“.

Genosse Rohrmann erklärte sich damit einverstanden, daß der „Vorwärts“ Zentralorgan bleibe, aber nicht ganz einverstanden mit dem Beschluß der Fünfzehner-Kommission, durch den die Diskussion über die bekannnten Streitigkeiten abgehauen worden sei. Der „Vorwärts“ habe mit Recht und in der Abwehr gegen die „L. V.“ gehandelt. Redner wünscht dringend, daß der Beschluß der Kommission nun auch befolgt werde. Die Meinungen Schmidts über die „Neue Zeit“ seien nicht ganz unberechtigt.

Genosse Scholz ist über den Pressestreit entgegengesetzter Ansicht. Man glaube einseitig das, was im „Vorwärts“ darüber berichtet wurde. Ohne Kot sei die „Volksz.“ gereizt worden. Der Beschluß des Parteitages beweise, daß der „Vorwärts“ nicht so ganz recht gehabt hat; er sei schlechter dabei weggekommen.

Genosse Hirschfeld hält den Ton der „Volksz.“ nicht für richtig. Besser wäre es, wenn all diese theoretischen Streitigkeiten aufhörten, wenn diese Genossen doch lieber in die ländlichen Wahlkreise gehen und agitieren möchten.

Genosse Friedmann wundert sich, daß manche Artikel des „Vorwärts“ so ganz ohne Widerspruch geblieben seien, und versteht nicht, wie man über die ganze Streitfrage und die so sachlichen Artikel Kautskys als Parteigegensatz aburteilen könne. Die Berliner Parteigenossen müßten sich mehr mit der Theorie befassen. Man müsse die „L. V.“ und den „Vorwärts“ lesen, um sich ein eigenes Urteil zu bilden. Die Artikel seien allerdings zu lang. Es könnte alles kürzer ausgedrückt werden, damit es den Genossen überhaupt möglich werde, solchen Diskussionen in der Presse zu folgen.

Genosse Wolf erklärte, die Auffassung, daß die „L. V.“ gerade als Sieger aus dem Streite hervorgegangen wäre, sei nicht richtig. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Kommission sehr unparteiisch geurteilt habe. Der Ton der Pressedebatten sei im allgemeinen beurteilt worden. Zum Beweis dafür verlas der Redner die betreffende Resolution.

Genosse Ehrhardt findet, daß manches Beherzigenswertes in den polemischen Artikeln gefunden habe, manches, was für die Berliner Parteigenossen von großem Vorteil war. Heute schon bringe der „Vorwärts“ Artikel, die viel besser als die früheren seien. Die Diskussionen hätten schon ihre Wirkung getan, so daß man damit zufrieden sein könne.

Genosse Wolf bemerkte, auch in der Preßkommission sei man keineswegs mit dem „Vorwärts“ immer zufrieden gewesen, und das sei auch dort zum Ausdruck gebracht.

Genosse Herzer äußerte zur Frage des Massenstreiks, daß noch viel mehr Aufklärung nötig sei, um ein solches Kampfmittel mit Erfolg gebrauchen zu können. Webel habe allzu stark aufgetragen. Er, Redner, glaube nicht, daß die Massen, die doch zum Teil so schwer zu bewegen seien, bei den Wahlen ihren Stimmzettel abzugeben, so leicht für einen solchen Streik zu haben seien. Auch müsse man sich bei einer solchen Aktion sehr in acht nehmen vor der Art von Leuten, die da hinterher laufen, wenn die Sache auszieht. Es sei leicht gesagt, 15 Tage hungern, aber keiner könne es, und auch die Familie müsse ja mit hungern.

Genosse Ritter findet, daß Webel ganz recht hatte, als er in jenen Worten ausdrückte, daß man Entbehrung tragen müsse und werde, wenn es Grobes zu erreichen gelte. Man sage wohl, nicht alle würden am Generalstreik teilnehmen; wenn aber das Gefühl der Rechtlosigkeit, das Gefühl, daß es darauf ankomme, unsere Rechte zu verteidigen, die Masse ergreife, dann sei gewiß, daß keiner, der für den Sozialismus bisher ehrlich gekämpft habe, zurücktreten werde.

Genosse Rohrmann bezeichnete den Genossen Scholz als fanatischen Anhänger der „L. V.“. Redner erklärte, daß er nun mehrere Wochen die „L. V.“ gelesen habe, und er müsse der Legende entgegengetreten, daß sie das beste Blatt sei. Er müsse sagen, daß der „Vorwärts“ viel besser und dienlicher schreibe. Wer jene polemischen Artikel richtig gelesen habe, werde wohl wissen, wer der Hauptstänker war.

Genosse Scholz trat der Ansicht Herzers über die Massenstreikfrage entgegen. Es handle sich ja augenblicklich noch nicht um den Streik selbst, sondern zunächst um die Propaganda. Der gegenwärtige Kampf in den Elektrizitätswerken habe übrigens auch bewiesen, wie in Leuten, von denen man es durchaus nicht erwarten konnte, plötzlich ein instinktives Klassengefühl die Oberhand gewann, so daß sie sich mit ihren Massengenossen solidarisch erklärten. So werde es auch bei einem Massenstreik sein.

Genosse Warkle meint, daß bei dem Streite zwischen „L.“ und „L. V.“ wohl auf beiden Seiten parteiisch vorgegangen worden sei. Mit der Resolution kann man zufrieden sein. Die theoretischen Artikel müßten so abgefaßt sein, daß einem das Lesen nicht durch Säuempfeeren bereitet werde. Durch die Kommissionsberatung sei die Sache in sehr glücklicher Weise erledigt worden. — Um als Beispiel für den Erfolg des Massenstreiks zu dienen, dazu dauere der Kampf in den Elektrizitätswerken denn doch noch nicht lange genug, man müsse erst den Ausgang des Streiks abwarten. Bei dieser Frage müsse man bedenken, daß doch erst ein geringer Teil des Proletariats organisiert sei und daß gerade das deutsche Unternehmertum zur Anwendung der allergemeinsten Mittel bereit sein würde. Besser sei es, wir suchten auf ruhigem Wege vorwärts zu kommen, und Klarheit über die ökonomischen und organisatorischen Strafen zu verschaffen.

Hierauf wurde um 1/2 12 Uhr ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

In seinem Schlußworte antwortete Genosse Davidsohn auf verschiedene seiner Meinung entgegenstehende Äußerungen über den politischen Massenstreik und sprach sich mit Begeisterung über dieses Kampfmittel aus, was starken Beifall hervorrief.

Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß der Reichstags-Abgeordnete Schmidt in allen Abteilungen des Vereins über die Massenstreikfrage referieren wird, so daß auf diese Weise allen Mitgliedern Gelegenheit zu gründlicher Aussprache darüber gegeben wird. Wie Genosse Wasser bemerkte, wird der erste Vortrag Schmidts am nächsten Mittwoch bei Schulz, Vorkortstr. 15, für die erste Abteilung abgehalten.

Der Vorsitzende forderte zu eifriger Beteiligung an der Flugblattverbreitung am Sonntag auf.

#### Im nächsten Kreise

wurde die Berichterstattung vom Parteitag in einer außerordentlichen Generalversammlung vorgenommen. Zum ersten Punkt, Wahl von Delegierten zur Provinzialkonferenz, erstattete Warkle zunächst den Bericht von der Konferenz zur Ausarbeitung eines Organisationsstatutes für die Provinz Brandenburg. Redner legt dar, daß erfreulichweise das Vorhaben der Provinzdelegierten, das noch im vorigen Jahre in der Kommission vorhanden war, gelungener sei. Der im „Vorwärts“ veröffentlichte Entwurf habe einstimmige Annahme gefunden; die aus der Provinz gestellten Anträge zu dem Entwurf seien zurückgezogen worden. Die von der

Arbeitskonferenz vorgeschlagenen Genossen Heinrich Wehke, Hermann Guttman und Max Richter werden als Delegierte zur Provinzialkonferenz gewählt.

Die Berichterstattung vom Parteitage hatten sich die Delegierten geteilt. Präzisalet behandelte das neugeschaffene Organisationsstatut. Auf dem vorjährigen Parteitage gewählte Kommission, zusammengesetzt aus Vertretern aller Landes- teile, hatte sich in mehreren Sitzungen mit der Schaffung des Organisationsstatuts beschäftigt; aber doch kamen zum diesjährigen Parteitage eine Menge von Anträgen, ein erfreulicher Beweis für das rege Interesse der Parteigenossen allerorts. 3 1/2 Tage hatte sich auf diesem Parteitage die Kommission mit der Durchberatung der Abänderungsanträge zu befassen. Im wesentlichen ist jedoch der Entwurf so geblieben, wie ihn die Kommission dem Parteitage zur Annahme empfohlen hatte. Nebenher erläuterte eingehend die einzelnen Paragraphen des Statuts. Es sei nicht möglich gewesen, den von Berlin gestellten Abänderungsanträgen Rechnung zu tragen. Die Hauptpunkte: Gliederung der Organisation und Regelung der Beitragsleistung, seien in der Kommission scharf bekämpft worden, allein die Mehrheit der Kommission einigte sich schließlich auf die jetzige Fassung. Gegen die Anträge, die eine gewisse proportionale Verteilung auf dem Parteitage verlangten, wurde eingewandt, daß diese Forderung zwar sehr bescheiden sei, aber dann müßte erst über die Uebnahme der Delegationskosten auf die Parteiliste beschlossen werden. Ebenfalls war es möglich, eine Änderung in der Verteilung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage zu erreichen. Der Antrag der Berliner, der die Möglichkeit einer größeren Einwirkung auf die Gestaltung der Tagesordnung verlangt, fand daher seine Befriedigung, daß dem Parteivorstande anheim gegeben wurde, bei fruchtigen Punkten Korrekturen zu ernennen. Ablehnung fand gleichfalls der Antrag der meisten Berliner Kreise, den „Vorwärts“ den Berliner zum Lokalorgan zu geben, damit eine größere Einwirkung auf die Haltung des Berliner Genossen gewährt ist. Dagegen hat sich der Parteivorstand bereit erklärt, den Wünschen der Berliner Genossen in betreff der Haltung des Blattes weitgehend entgegenzukommen. Wenn wir unsere speziellen Wünsche nicht vorangebracht haben und für ein Blocc-Annahme des Statuts eingetreten sind, so haben wir es getan in der Ueberzeugung, daß wir mit diesem Organisationsstatut einen großen Schritt vorwärts kommen, da wir den Hauptwert in der Gliederung der Organisation erblicken.

Ernst gab den Bericht aus der Kommission, die sich mit den Polemiken und Differenzen zwischen „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ und „Kantisch“ beschäftigt hat. Er wünschte, daß allen Parteigenossen die Möglichkeit geboten worden wäre, diese Ausführungen anhören zu können, die bei aller Schärfe in strenger Sachlichkeit von statten gingen. Wäre die Diskussion in der Presse immer so geführt worden wie in der Fünfzählerkommission, dann wäre sie ein großer Gewinn für die theoretische Vertiefung der Partei gewesen. Die Kommission hat ihre Aufgabe nicht so eng umgrenzt, nur zu unteruchen, ob der Ton, der in den Pressepolemiken durchklang, immer der richtige war. Wir mußten den sachlichen Kern der Differenzen herausheben, ob die Polemiken sich in den Grundfragen bewegen, die in der Dresdenener Resolution festgelegt sind. Den Ausgangspunkt der Differenzen gab der Artikel des „Vorwärts“ über die Proskription der Genossen Roland-Holt. Hier vertrat nach Ansicht Kantischs der „Vorwärts“ eine Auffassung, die eine Diskussion über den Massenstreik für überflüssig erklärte. In der Kommission standen sowohl Kantisch wie Eisner von ihren verschiedenen Standpunkten aus auf der Höhe. Gegenüber der Auffassung des „Vorwärts“ über die russische Revolution, die die Taten Einzelner besonders hervorhob, vertrat Kantisch den Standpunkt, daß nicht die Taten der Einzelnen in Betracht kommen, sondern daß man der gesamten Volksbewegung mehr Bedeutung beilegen müsse. Im Gegensatz zum „Vorwärts“, der dem Dresdenener Parteitag keine Bedeutung beilegte und nur das persönliche Gezänke bedauerte, wies Kantisch die Wichtigkeit der Dresdenener Tagung für die prinzipielle Klärung der Parteigenossen nach. Nicht literarisch gegnärt war es, das die Gemüter in der Presse erhitze, sondern tiefe sachliche Gegensätze. Wir waren in der Kommission der Meinung, daß Parteidiskussionen notwendig sind, daß aber diese Diskussionen nicht ausarten dürfen. Als die Genossen sahen, wie diese Artikel von den Gegnern ausgeschlachtet wurden, hätten sie ruhig werden müssen; man muß auch in der Diskussion Maß und Ziel kennen. Daneben muß aber jeder in unserer Partei das Recht haben, sachliche Kritik über zu können. Die Aufgabe unserer Redakteure muß es sein, Klarheit in den Köpfen der Genossen über die Aufgaben und Ziele unserer Bewegung zu schaffen. Nicht theoretische Diskussionen sollen aus der Bewegung verschwinden, wohl aber sollen pro gram matische Erörterungen nicht in der Tagespresse, sondern in der „Neuen Zeit“ erscheinen.

Die Resolution der Fünfzählerkommission spricht auch von den Pressekommissionen und deren Besetzung. Nicht Literaten, wie es vielleicht den Anschein hat, sollen in diesen Kommissionen sitzen, wohl aber Arbeiter, die sich Kenntnisse angeeignet haben, und die einen klaren Blick für das Notwendige im Interesse der Partei besitzen. Man läßt sich manchmal über die Kleinarbeit, über die schlechte Orthographie der Genossen. Sollen doch diejenigen, die seitwärts stehen und lächeln, sich in Reih und Glied stellen und Besseres leisten. Hoffen wir, daß auch nach der Resolution gehandelt wird. Diese Auseinandersetzungen waren nützlich, denn sie haben unsere Waffen zur Befreiung des Proletariats geschärft. (Redakter Weisk.)

Ueber die sonigen Tagesordnungspunkte des Parteitages referierte Kröhn. Die Debatte über die Waise hat gezeigt, daß die Genossen die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer zu dieser Frage nicht billigen. Die Annahme der Resolution machte es den Genossen zur Pflicht, nun auch eifrig eine würdige Waise für zu propagieren, die Arbeiter, da wo es möglich, zur Geltung zu bringen. Zum Punkte Massenstreik haben wir ja schon Stellung genommen. Leider sei es eine Tatsache, daß die Unternehmer mehr Massenbewusstsein haben wie die Arbeiter. Das gegenseitige Befehlen der Arbeiter ist nicht notwendig. Schaffen wir Klarheit in den Köpfen, dann können wir sagen: Reiz auf zum föhlichen Kampf!

In der Diskussion wendete sich Kraschewsky gegen den Ausspruch Richard Fischers, daß es nicht als unbedingt notwendig für sich als Geschäftsführer erachtet, dem Vorkamererverband anzugehören.

Guttman spricht zu den Ausführungen Ernsts, die einen Reiz mit der bisherigen Praxis bedeuten. Leider lege man der Theorie zu wenig Bedeutung bei. Bisher habe man immer der Kleinarbeit das größte Gewicht zugeschoben.

Ernst wendet sich gegen die Ausführungen Kraschewsky's. Durch die Verhältnisse sei es bedingt, daß die meisten unserer Führer ihren speziellen Gewerkschaftsorganisationen entfremdet seien. Es sei auch wichtig, wenn Guttman sage, daß wir der Theorie zu wenig Bedeutung beilegen. Wenden müsse man sich aber gegen pseudowissenschaftliche, daß Genossen, die viel gelesen und das Gesehene nicht verstanden haben, über Theorie sprechen. Nicht nur wer viel gelesen hat, sondern wer ein klares Urteil hat, gehöre in die Pressekommissionen.

Kalster ist mit der Ablehnung der Berliner Anträge einverstanden. Es sei falsch, daß den Anträgen bei der Veröffentlichung von den Genossen keine Begründung beigegeben werden könne. Die Stellung zur Waise sei eine befriedigende. Das Fallenslassen der Arbeiter wäre die tiefste Verbeugung, die wir vor der Kapitalistenklasse machen könnten.

Niechle polemisiert gegen die Ablehnung der proportionalen Vertretung, die durchaus nicht eine Uebnahme der Delegationen auf die Parteiliste bedeute. Es schein ihm, als wenn man diejenigen, die die Waise schwächen wollen, mit Glacéhandschuhen anfasse. Bei dem Referat Weisk's über den Massenstreik, das ja vorzüglich war, konnte man doch zum Schluß das „Wein“ heraushehren. Der Massenstreik werde nicht lange auf sich warten lassen; er wird uns ausfortkriechen werden. Dann müssen wir getüßt sein, daß der Satz „Alle Räber streichen still“ zur Wahrheit wird.

Wehke wendet sich gegen die Ablehnung der Kommunalisierung des „Vorwärts“. Dieser alte Wunsch der Berliner wird immer wieder kommen. Er sei der Auffassung, daß die Pressekommission nicht die Macht habe, die ihr zustehe müsse. Mit

dem Verlauf des Parteitages könne man einverstanden sein. Unsere heilige Pflicht sei es, die in Jena gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.

Erst gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß dieser Parteitag einer der besten war. Nebenher findet einen Widerspruch in den Ausführungen Weisk's über die Kommunalisierung des „Vorwärts“ und den Ausführungen des Parteivorstandes, der von Uebertumpelung mit diesem Antrage spreche. Bei der Abstimmung über den politischen Massenstreik habe sich der Gegenatz unter und gezeigt. Gewerkschaftler waren es, die gegen die Resolution stimmten. Wirken wir darauf hin, daß die Gewerkschaftsführer sich diese Resolution zur Richtschnur nehmen.

Krisis ist mit der Tätigkeit der Delegierten wie mit dem Verlaufe des Parteitages einverstanden.

Lebour meint, daß es ein Verium Gehts sei, daß nur Gewerkschaftler gegen die Resolution Weisk's gestimmt haben. Wäre der Gewerkschaftskongress nicht vorausgegangen, durch den sich einzelne gebunden gläubten, hätten wohl alle Delegierten für die Resolution gestimmt. Es schein ihm als wenn die Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften im Schwimmen begriffen sind. In seinen weiteren Ausführungen geht Lebour auf die Unterschiede, die zwischen Generalstreik und politischem Massenstreik zu machen seien, ein und definiert das Wesen derselben. Wir gehen zweifellos revolutionären Zeiten entgegen. Darum müssen wir den revolutionären Geist stärken und unser Bestes für die Befreiung der Arbeiter einsetzen.

Zum Schluß der Diskussion sagt Ernst, wenn er dem Wunsche nachkommen sollte, über die Verhandlungen der Kommission zu referieren, er sehr lange sprechen müsse. Leider sei es nur möglich, einen Extrakt der Verhandlungen zu geben. Auch er bedauere sehr, daß in der gewerkschaftlichen Bewegung zwei Richtungen bestehen. Der diese Richtungen zusammenführen könnte, würde sich ein großes Verdienst erwerben. In den Gewerkschaften müsse der sozialistische Geist, das Klassenbewusstsein befestigt und gefördert werden. Wenn es je einkommen sollte, den Arbeitern vorgegeben, alles sei durch die Gewerkschaften zu erreichen, wer sich in den Gewerkschaften mit der kapitalistischen Gesellschaft abfinde, würde geradezu Verrat an seinen Klassengenossen üben. Die Aufgabe Gehts betraf des „Vorwärts“ beantwortet Ernst dahin, daß der Parteivorstand, resp. Kreisleiter derselben, Kenntnis von diesem Antrage hatte. Für uns war maßgebend, daß die Haltung des „Vorwärts“ mit der Ansicht der Berliner Genossen übereinstimmen soll. Wir können kein Konzept für Parteitartikel geben, wohl aber verlangen, daß die Anschauung der Berliner im „Vorwärts“ zur Geltung komme. Abgelehnt hat der Parteitag diesen Antrag, aber er wird immer wieder kommen.

Vor Schluß der Versammlung fand noch folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 8. Oktober in den Germania-Sälen tagende außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis verurteilt das rigorose Verhalten der Unternehmer der Elektro-Industrie. Die Versammelten protestieren gegen die Unterstüzung, welche oben bezeichnete Sandhurst-Gesellschaft der Unternehmer seitens der Regierung gefunden hat und erklären darin ein einseitiges Vorgehen gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Zugleich sprechen die Versammelten den im Kampf befindlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ihre vollste Sympathie aus und verpflichten sich hiermit, denselben die weitgehendste moralische und tatkräftige per-suasive Unterstüzung zu teil werden zu lassen.“

## Gewerkschaftliches.

### Eine Militärbehörde als Arbeitswilligenvermittlerin.

In dem Gebude des Bezirkskommandos in Aachen befindet sich ein Anschlag folgenden Inhalts:

„Arbeitsnachweis für Bauhandwerker, Möbelschreiner, Schlosser, Maschinenarbeiter! Lohnende und dauernde Arbeitsgelegenheit in und bei Düsseldorf. Es werden 800 bis 900 Arbeiter verlangt. Man wende sich an den Vorsitzenden des Arbeitervereins der Holzindustrie oder an den Obermeister der Schreinerinnung.“

Dann folgen eine genaue Adressen der beiden Oberstabschefs.

In Düsseldorf sind bekanntlich seit einigen Monaten die Holzarbeiter ausgesperrt. Wir erheben auf das entschiedenste Einspruch dagegen, daß ein Bezirkskommando in dieser Weise der Sache der um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden, ja sogar im Verteidigungskampfe sich befindenden Arbeiter in den Rücken fällt.

### Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Speicherarbeiter ist, ohne daß es zum Streik zu kommen brauchte, im Verhandlungswege zugunsten der Arbeiter beendet. Am Dienstag wurden die Verhandlungen zu Ende geführt mit dem Resultat, daß die Unternehmer sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligten. Demnach erhalten die Wäger jetzt einen Mindestwöchenslohn von 37,50 M. Der Stundenlohn für Vorkamerer beträgt mindestens 55 Pf. Arbeiter, die noch nicht auf Speichern tätig waren, bekommen anfangs 50 Pfennige und später ebenfalls 55 Pf. pro Stunde. Für Arbeiten, die außerhalb des Speichers verrichtet werden müssen, wird täglich eine Extrazulage von 1 M. gezahlt. Ueberstunden werden mit 10 Pf. Zuschlag, Sonntagsarbeit aber mit 1 M. pro Stunde vergütet. Die durch die jetzigen Vereinbarungen bewirkte Lohnerhöhung beträgt für jeden Arbeiter durchschnittlich sechs Mark pro Woche. An den Tagen vor den hohen Festen wird zwei Stunden früher Feierabend gemacht ohne Lohnabzug. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Falls wegen Arbeitsmangel Entlassungen stattfinden, sollen immer nur die zuletzt eingestellten Arbeiter entlassen werden. Jedoch steht es den Unternehmern frei, unter den während der letzten drei Monate eingetretenen Leuten die Auswahl nach Belieben zu treffen. Schließlich wurde noch zugesagt, daß die Freigabe des ersten Mai.

Da somit alle wesentlichen Forderungen der Arbeiter bewilligt worden waren, lag keine Ursache vor, in den Streik zu treten. Die Vereinbarungen wurden deshalb am Dienstagabend in der Versammlung der Speicherarbeiter einstimmig genehmigt. In diesem Falle zeigte es sich mal wieder zur Evidenz, was eine gute Organisation wert ist. Nur weil die Speicherarbeiter fast sämtlich organisiert sind, war es den Vertretern des Transportarbeiterverbandes möglich, eine derartige Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie lediglich im Verhandlungswege durchzusetzen.

Zur Lohnbewegung der Lederarbeiter (Weißgerber und Färber) erhalten wir vom Vorsitzenden des Vereins der Glacé- und Weißleder-Industriellen folgendes Schreiben:

1. Es ist nicht richtig, daß die Arbeitgeber keinerlei Zugeständnisse gemacht hätten. Dieselben haben bereits in der Sitzung des Einigungsamtes am 28. September Lohnzuschläge von 3 bis 4 Proz. anbieten lassen.
2. Eine Aussperrung seitens der Arbeitgeber ist nicht erfolgt. Die Arbeitsnehmer haben den Tarifvertrag per 30. September gekündigt und das Arbeitsverhältnis am Abend des genannten Tages gelöst.
3. Der Vorsitzende des Vereins hat den Arbeitnehmern nicht erklärt, daß sie sich eine andere Kommission wählen sollten. Wir möchten hierzu bemerken, daß die Zukünftige offene Türen einrennt. Wir haben gar nicht behauptet, daß die Arbeitgeber keinerlei Zugeständnisse gemacht haben, sondern in unserer gestrigen Nummer berichtet, daß das Angebot ein solch minimales war, daß es von den Arbeitern als ein Lohn auf die gestellten Forderungen betrachtet worden ist. Wenn weiter gesagt wird, daß seitens der

Arbeitgeber keine Aussperrung erfolgt sei, so ist dies ein Spiel mit Worten. Wichtig ist, daß der Tarifvertrag am 30. September abließ. Wenn aber die Arbeitgeber erklären, entweder arbeitet Jhr in Zukunft auf Grund eines Vertrages oder das Arbeitsverhältnis ist gelöst, so gehört schon eine ziemliche Dosis Naivität dazu, zu behaupten, man habe nicht zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen. Wenn dies Arbeiter täten, so sind wir nicht sicher, ob nicht ein ständiger Staatsanwalt auf Grund des verletzten Kontrahatsparagraphen gegen sie vorgehen würde. Wir wollen aber die Hoffnung nicht fallen lassen, daß es baldigst gelingen möge, die Lohnbewegung zu einem befriedigenden Ende zu führen.

Die Stultateure haben als Lohnbewegungsziel und Richtlinie im gegenwärtigen Lohnkampf der Bauhülfs- und -Spanner neben ihren Hilfsarbeitern und als Grenzlinie für ihre Trübseligkeit folgendes mit der Streikleitung und dem Vorstand des Bauhülfsarbeiterverbandes vereinbart:

1. Alle Arbeiten, welche eine Woche und länger vor dem zweiten Oktober durch Stultateure hergestellt wurden, gelten nicht als Streitarbeit, sofern die Arbeitsbedingungen und die dafür gezahlten Löhne nicht unter denen der Streikenden stehen.
2. Wenn jedoch die Arbeitsbedingungen niedriger sind als die Lohnforderung der Streikenden, müssen auch die Stultateure die Arbeiten abweigern zur Erreichung der allgemein aufgestellten Forderungen.
3. Die Stultateure verweigern jegliche Fertigstellung oder den Neuanfang von Arbeiten, die durch Streikende liegen gelassen wurden oder die bisher in dem Betrieb durch Streikende ausgeführt wurden, solange sie imstande wären, die Arbeit auszuführen, und selbst, wenn ihnen ein höherer Lohn gezahlt wird als die Streikenden fordern.
4. Da die Stultateure laut Tarifvertrag zum Heranschaffen des Materials entsprechender Hilfskräfte (Bauhülfsarbeiter) bedürfen, so ist allen denen die Arbeitsberechtigung auszusprechen, welche sich nur als Hilfsarbeiter der Stultateure ausweisen und welche nicht unter den Löhnen arbeiten, die die Organisation der Bauhülfsarbeiter vorsehreibt.
5. Die Stultateure versprechen, im Kreise ihrer Hilfskräfte dahin zu wirken, daß sich jeder im Verband der Bauhülfsarbeiter organisiert, um die dort aufgestellten Arbeitsbedingungen einzuhalten.“

Bei irgend welchen Zweifeln werden darum die Kollegen ersucht, sich streng an diese Uebereinkunft zu halten und sind Streikfälle sofort der Verhandlung zu melden.

Verwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stultateure Deutschlands.

J. A. P. Krebs.

Die Eisenarbeiter Berlin sind in eine Tarifberatung eingetreten. Die Fabrikanten, denen der Tarifvorschlag unterbreitet wurde, suchen Arbeitskräfte aus der Provinz heranzuziehen. Es wird vor Zugung nach Berlin gewarnt. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Legitarbeiter! Die Filialen Berlin I, III, IV und die Filiale Nordhof des Zentralverbandes deutscher Legitarbeiter haben sich mit dem 1. Oktober zu einer Filiale verschmolzen. Die neue Filiale führt den Namen „Filiale Berlin“. Vorsitzender derselben ist R. Brillwitz, O. 34, Ebertstr. 10, erster Kassierer R. Behmann, Liebigstr. 45. Zuschriften sind an ersteren zu richten. Der Vorstand.

### Deutsches Reich.

#### Wieder eine Metallarbeiter-Aussperrung.

Aus Hannover meldet uns ein Privattelegramm: Die Maschinenfabrik Georg Eggers in Hannover-Linden sperrte gestern und heute 500 Mann aus, weil 10 Präser sich keine Lohnabzüge gefallen lassen wollten. Weitere Aussperrungen sollen folgen.

Der Streik der Damenschneider in Köln. Am Dienstag befanden sich die Damenschneider nahezu sämtlich im Auslande. Die Damenschneiderinnen in erheblicher Zahl zur Arbeitniederlegung zu gewinnen, ist der Organisation bisher nicht gelungen. Die Forderungen lauten: Für selbständige Arbeiter Mindestwöchenslohn in der ersten Klasse 30, in der zweiten 33 M., für Anfänger 30 bzw. 27 M., für selbständige Arbeiterinnen 24 bzw. 18 M., für jugendliche Arbeiterinnen in beiden Klassen 6 M. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden ausschließlich je einer Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause. Für Ueberstunden wird bis zur Dauer von drei Stunden 50 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag gezahlt. Die Affordarkeit soll abgeschafft und Arbeit aus der Werkstatt darf nicht nach Hause mitgenommen werden. Die Arbeitgeber erkennen an, daß diese Forderungen nicht zu hoch sind, weigern sich aber, sie durch Tarifabschluß und Unterschrift anzuerkennen. Eine von der Schneider-Zwangsgewerkschaft einberufene Unternehmerversammlung beschloß, einer Einladung der Arbeiter vor das Einigungsamt des lgl. Gewerbegerichts nicht Folge zu geben. Der Deutsche Schneiderverband und die „Christliche“ Gewerkschaft führen den Kampf gemeinsam.

Bedingungslose Wiederannahme der Arbeit beschlossen. Die Richter in Düsseldorf. Den Vertrag mit den Arbeitgebern lehnten sie ab.

### Ausland.

Der Generalkrieg in Korfu ist nach fünfzehnwöchiger Dauer mit dem Siege der Arbeiter beendet worden. Sie verlangten minimale Stundenlöhne für die verschiedenen Arbeiterkategorien von 55, 50, 42 und 40 Rappen, letztere für Handlanger, die Freiwilligkeit der Affordarkeit, Lohnzuschlag von 25 Proz. für Ueberstunden, 15 Proz. Werkzeugeuschädigung für Schiefer, Freigabe des 1. Mai, Anerkennung des Organisationsrechtes der Arbeiter, ferner sollen Waschküchen, genügende Aborte, hinreichende Heizvorrichtungen und Trinkwasseranrichtung erstellt, der Affordarkeit residiert, die schwachen Listen zurückgezogen und alle streikenden Arbeiter wieder eingestellt werden. Gäßen die Unternehmer diese Zugeständnisse Mitte Juni gemacht, wäre der ganze Streik nebst den Demonstrationen, Militäraufgebot, Verhaftungen etc. vermieden worden. Die französischen Streikbrecher werden nun wohl auch wieder verschwinden müssen, nachdem sie ihre schmutzige Rolle der Raudröherei vergeblich gespielt haben.

Die Gewerkschaftsbewegung der französischen Postbeamten. Man schreibt uns aus Paris: Die Unterbeamten des Post- und Telegraphendienstes haben Donnerstag und Freitag einen Kongress abgehalten, auf dem der Antrag verhandelt wurde, die bisherige Vereinigung „Association Générale“ in eine Gewerkschaft zu verwandeln. Die höheren Beamten, namentlich der Provinz, hatten eine starke Preßion auf die Bediensteten ausgeübt und so kam es, daß die Mehrheit dem gewerkschaftlichen Prinzip feindlich war. Die am elendesten entlohnte Kategorie, die Landbriefträger, waren in der Versammlung äußerst schwach vertreten. Nach äußerst hitzigen Debatten wurde die Resolution des bisherigen Vorstandes der Vereinigung, die die Aufrechterhaltung der „Association Générale“ ausdrückt und das Recht der gewerkschaftlichen Organisation nur „im Prinzip“ anerkennt, mit 444 gegen 180 Stimmen angenommen. Die Opposition, die zumeist aus Pariser Delegierten bestand, verließ die Versammlung und hielt hierauf in einem demnachbaren Café in Anwesenheit von 600 Postbeamten, die dem Kongress als Gäste beigezogen hatten, einen improvisierten Protektkongress ab. 77 Pariser und 30 Provinzdelegierte beschlossen, unverzüglich an die Gründung der Gewerkschaft zu arbeiten. Interessant ist, daß von sämtlichen Pariser Sektionen alle bis auf zwei entscheidende Anhänger der Gewerkschaft zum Kongress delegiert hatten. Die „Association Générale“ bei der Herr Millerand so eine Art Protektor ist, ist heute somit nur ein Verein von Beamten der Provinz.

## Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. H. Luz über das Thema: „Chemie in der Küche“. Gäste willkommen.

# WARENHAUS A. WERTHEIM

## Damen - Wäsche

<table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td>Taghemden Vorderabschluss mit Spitze</td> <td>1.45</td> <td>Achselabschluss mit Spitze</td> <td>1.55</td> </tr> <tr> <td>Taghemden Achselabschluss mit Stickerei</td> <td colspan="2">2.40, 2.50 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Taghemden mit Handlangetten</td> <td colspan="2">2.25 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Taghemden mit Stickerei-Motiven</td> <td colspan="2">2.15 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Taghemden mit Stickerei und Banddurchzug</td> <td colspan="2">2.25 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Taghemden mit Hohlsaum Stickerei u. Durchbr.</td> <td colspan="2">2.15 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Beinkleider dazu passend</td> <td colspan="2">2.40 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Taghemden mit Stickerei Ein- u. Ansatz</td> <td colspan="2">2.45, 2.60 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Beinkleider dazu passend</td> <td colspan="2">2.80, 2.60 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Taghemden mit Spitzen-Garnierung</td> <td colspan="2">2.50 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Beinkleider dazu passend</td> <td colspan="2">2.75 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ballhemden mit Spitzen-Garnierung</td> <td colspan="2">3.25 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Beinkleider dazu passend</td> <td colspan="2">3.25 Mk.</td> <td></td> </tr> </table>	Taghemden Vorderabschluss mit Spitze	1.45	Achselabschluss mit Spitze	1.55	Taghemden Achselabschluss mit Stickerei	2.40, 2.50 Mk.			Taghemden mit Handlangetten	2.25 Mk.			Taghemden mit Stickerei-Motiven	2.15 Mk.			Taghemden mit Stickerei und Banddurchzug	2.25 Mk.			Taghemden mit Hohlsaum Stickerei u. Durchbr.	2.15 Mk.			Beinkleider dazu passend	2.40 Mk.			Taghemden mit Stickerei Ein- u. Ansatz	2.45, 2.60 Mk.			Beinkleider dazu passend	2.80, 2.60 Mk.			Taghemden mit Spitzen-Garnierung	2.50 Mk.			Beinkleider dazu passend	2.75 Mk.			Ballhemden mit Spitzen-Garnierung	3.25 Mk.			Beinkleider dazu passend	3.25 Mk.			<table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td>Nachtjacken Dimiti mit Besatz</td> <td>1.85 Mk.</td> </tr> <tr> <td>Nachtjacken Renforcé m. Stickerei</td> <td>2 Mk., 2.50, halbfrei 2.60</td> </tr> <tr> <td>Nachtjacken Barchent mit Besatz</td> <td>1.55, 1.60 Mk.</td> </tr> <tr> <td>Nachtjacken Barchent m. Stickerei</td> <td>2.10, 2.25 Mk.</td> </tr> <tr> <td>Beinkleider Renforcé m. Stickerei</td> <td>1.25, 1.80 Mk.</td> </tr> <tr> <td>Beinkleider Renforcé mit Stickerei kurze Form</td> <td>1.65, 2 Mk.</td> </tr> <tr> <td>Beinkleider Barchent m. Spitze</td> <td>1.40, mit Stickerei 1.50, 2.10</td> </tr> <tr> <td>Beinkleider Barchent mit Stickerei kurze Form</td> <td>1.55, 1.85</td> </tr> <tr> <td>Nachthemden m. farbigem Besatz oder Stickerei</td> <td>3.35 Mk.</td> </tr> <tr> <td>Nachthemden mit Stickerei-Volant</td> <td>3.80 Mk.</td> </tr> <tr> <td>Stickerei-Röcke</td> <td>2.90, 3.65, 4.10, 6.75</td> </tr> <tr> <td>Spitzen-Röcke</td> <td>3.85, 6.75, 7.75</td> </tr> <tr> <td>Weisse Barchent-Röcke</td> <td>1.60, 2.15, 2.60</td> </tr> </table>	Nachtjacken Dimiti mit Besatz	1.85 Mk.	Nachtjacken Renforcé m. Stickerei	2 Mk., 2.50, halbfrei 2.60	Nachtjacken Barchent mit Besatz	1.55, 1.60 Mk.	Nachtjacken Barchent m. Stickerei	2.10, 2.25 Mk.	Beinkleider Renforcé m. Stickerei	1.25, 1.80 Mk.	Beinkleider Renforcé mit Stickerei kurze Form	1.65, 2 Mk.	Beinkleider Barchent m. Spitze	1.40, mit Stickerei 1.50, 2.10	Beinkleider Barchent mit Stickerei kurze Form	1.55, 1.85	Nachthemden m. farbigem Besatz oder Stickerei	3.35 Mk.	Nachthemden mit Stickerei-Volant	3.80 Mk.	Stickerei-Röcke	2.90, 3.65, 4.10, 6.75	Spitzen-Röcke	3.85, 6.75, 7.75	Weisse Barchent-Röcke	1.60, 2.15, 2.60	<table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td>Taghemden Achselabschluss mit Stickerei</td> <td>1.70</td> </tr> <tr> <td>Taghemden m. handgestickt Madeira-Passen</td> <td>1.60, 2.45, 2.85</td> </tr> <tr> <td>Beinkleider Körper mit Stickerei, kurze Form</td> <td>2.20</td> </tr> <tr> <td>Nachthemden mit Stickerei halbfrei</td> <td>4.50</td> </tr> <tr> <td>Ein Morgenjacken aus dicken, bunten Baumwollstoffen</td> <td>4 Mk.</td> </tr> </table>	Taghemden Achselabschluss mit Stickerei	1.70	Taghemden m. handgestickt Madeira-Passen	1.60, 2.45, 2.85	Beinkleider Körper mit Stickerei, kurze Form	2.20	Nachthemden mit Stickerei halbfrei	4.50	Ein Morgenjacken aus dicken, bunten Baumwollstoffen	4 Mk.
Taghemden Vorderabschluss mit Spitze	1.45	Achselabschluss mit Spitze	1.55																																																																																							
Taghemden Achselabschluss mit Stickerei	2.40, 2.50 Mk.																																																																																									
Taghemden mit Handlangetten	2.25 Mk.																																																																																									
Taghemden mit Stickerei-Motiven	2.15 Mk.																																																																																									
Taghemden mit Stickerei und Banddurchzug	2.25 Mk.																																																																																									
Taghemden mit Hohlsaum Stickerei u. Durchbr.	2.15 Mk.																																																																																									
Beinkleider dazu passend	2.40 Mk.																																																																																									
Taghemden mit Stickerei Ein- u. Ansatz	2.45, 2.60 Mk.																																																																																									
Beinkleider dazu passend	2.80, 2.60 Mk.																																																																																									
Taghemden mit Spitzen-Garnierung	2.50 Mk.																																																																																									
Beinkleider dazu passend	2.75 Mk.																																																																																									
Ballhemden mit Spitzen-Garnierung	3.25 Mk.																																																																																									
Beinkleider dazu passend	3.25 Mk.																																																																																									
Nachtjacken Dimiti mit Besatz	1.85 Mk.																																																																																									
Nachtjacken Renforcé m. Stickerei	2 Mk., 2.50, halbfrei 2.60																																																																																									
Nachtjacken Barchent mit Besatz	1.55, 1.60 Mk.																																																																																									
Nachtjacken Barchent m. Stickerei	2.10, 2.25 Mk.																																																																																									
Beinkleider Renforcé m. Stickerei	1.25, 1.80 Mk.																																																																																									
Beinkleider Renforcé mit Stickerei kurze Form	1.65, 2 Mk.																																																																																									
Beinkleider Barchent m. Spitze	1.40, mit Stickerei 1.50, 2.10																																																																																									
Beinkleider Barchent mit Stickerei kurze Form	1.55, 1.85																																																																																									
Nachthemden m. farbigem Besatz oder Stickerei	3.35 Mk.																																																																																									
Nachthemden mit Stickerei-Volant	3.80 Mk.																																																																																									
Stickerei-Röcke	2.90, 3.65, 4.10, 6.75																																																																																									
Spitzen-Röcke	3.85, 6.75, 7.75																																																																																									
Weisse Barchent-Röcke	1.60, 2.15, 2.60																																																																																									
Taghemden Achselabschluss mit Stickerei	1.70																																																																																									
Taghemden m. handgestickt Madeira-Passen	1.60, 2.45, 2.85																																																																																									
Beinkleider Körper mit Stickerei, kurze Form	2.20																																																																																									
Nachthemden mit Stickerei halbfrei	4.50																																																																																									
Ein Morgenjacken aus dicken, bunten Baumwollstoffen	4 Mk.																																																																																									

### Bettwäsche

Deckbettbezüge	Louisianatuch 2.60, 3.60	Dimiti 4.50
Kissenbezüge	80, 95 Pf.	1.30
Damast-Garnitur für 1 Deckbett und 2 Kissen	6.75	
Dowlas-Laken Größe ca. 150x225 cm	2 Mk.,	Größe ca. 160x225 cm 2.35

## Wäschestoffe

Hemdentuch Mtr. 30, 35, 40, 45 Pf.	Bettdamast Mtr. 60 u. 80, ca. 130 cm 95 Pf., 1.25
Louisianatuch ca. 81 cm breit Mtr. 38, 45, 50 Pf.	Lakendowlas ganze Breite Mtr. 85 Pf., 1.05
Louisianatuch ca. 130 cm breit Mtr. 72 u. 85 Pf.	Bettkörper ca. 84 cm breit Mtr. 85 Pf., 1 Mk., 1.20
Bettsatin Mtr. 48 u. 55 Pf., 130 cm breit 80 u. 95 Pf.	Bettkörper ca. 130 cm breit Mtr. 1.30, 1.60, 2 Mk.
Ein grosser Posten Gestreift. Velours-Barchent Mtr. 40 Pf.	

## Bettstellen

Polsterbettstellen Persia 6.40 u. 8 Mk. bezug	Dreit-9 Mk. bezug
Polsterbettstellen mit Sprungfedern	12.75, 16.50
Eiserne Bettstellen mit doppelt Spiralföden	7 Mk. 9.50
Eiserne Bettstellen schwarz lackiert mit Rollen, besonders stark	13.50
Eiserne Bettstellen mit Sprungfed.-Matratze	20, 21.50
Eiserne Bettstellen Messing-verzier.	36.50, 43, 46 Mk.

## Ein grosser Posten: Wäsche-Stickereien

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

## Tapisserie-Artikel

Küchenhandtücher grau mit Hohlsaum und Franse	80 Pf.	Frühstücksbeutel Satin Augusta, mit Satin garniert	30 Pf.
Tischdecken merzerisiert, ca. 60x60 cm breit	95 Pf.	Plättbrettbezüge	1.40 Mk.
Tischläufer merzerisiert	1.05 Mk.	Plätteisenbezüge	30 Pf.
Besenvorhänge Satin Augusta mit Satin garniert	1.45 Mk.	Rollkorbedecke	80 Pf.
Küchenhandtücher	1.05 Mk.	Wäschebeutel	75 Pf.
Küchentischdecken	95 Pf.	Klammernschürzen	70 Pf.
Küchenspindecken	35 Pf.	Lampenputztasche	48 Pf.
Wasserleitungsschoner	50 Pf.	Topflappentasche	30 Pf.
Eimerspindecke	45 Pf.	Ruhekissen mit Volant	60 Pf.
Brotbeutel	60 Pf.	Bestecktaschen für 12 Paar	1.05 Mk.

## Schürzen

Weisse Tändelschürzen mit Stickerei	50 Pf.
Weisse Tändelschürzen mit Stickerei Ein- u. Ansatz	85 Pf.
Ecru Tändelschürzen mit Spitze	1.25 Mk.
Weisse Tändelschürzen Stickereistoff	1.50 Mk.
Wirtschaftsschürzen Gingham m. Volant	1 Mk., 1.25 Mk.
Wirtschaftsschürzen extra weit mit Volant	1.50 Mk.
Wirtschaftsschürzen m. Achselband imit. Leinen	1.25, 1.50
Reformschürzen	1.75 Mk.
Reform-Hängeschürzen	1.95, 2.50 Mk.

## Point-lace-Handarbeiten

darunter: Eisdecken	Dutzend 2.25 Mk.	Decken	2.10, 2.45, 3.30, 4.50 Mk.
Schoner	Stück 85 Pf.	Läufer	3.85, 4.65 Mk.

# AUSSTELLUNG VON HERBST-NEUHEITEN

Damen-Kostüme, Paletots, Mäntel, Blusen, Jupons, Kinder-Kleider etc.

PELZ-KONFEKTION \* DAMEN-HÜTE \* PARISER UND ANDERE MODELLE.

Im neuen Lichthof am Leipziger Platz: Verkauf besonderer Posten

## Kleider- und Seidenstoffe

zu ausserordentlich billigen Preisen.



Zwölfte Generalversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes.

Montag, Nachmittag-Sitzung.

In Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses beschäftigte sich u. a. K a l u t o - Dresden mit der Frage der Neufestsetzung der Mitgliedsbeiträge. Er findet es unverständlich, wie der Vorstand empfehlen könne, die unterste Stufe für Männer auf 25 Pf. herabzusetzen, da hierdurch die Verbandslasse geschwächt werden würde.

U l l i g - Dresden tritt zunächst für eine Erweiterung des Vorstandes ein. Auch er betont, daß erst die Unterstützungseinrichtungen es ermöglichen, den Kampfscharakter voll zum Ausdruck zu bringen; aber die Grundprinzipien des Verbandes müßten immer im Vordergrund bleiben.

C h e r k e - Nordhausen: Die Kantabalarbeiter seien auch der Meinung, daß der Kampfsfonds gestärkt werden müsse. Die Unterstützungseinrichtungen haben gezeigt, daß weit mehr, als man erwartet hatte, erzwungen werden kann, mit ihnen sei ein besserer Geist in die Agitation gekommen.

R a d e l - Altona gegen die jetzige Form der Krankenunterstützung, die soviel Geld verschlungen habe, daß für den Kampf nichts übrig geblieben sei. Auch H e i s i n g - Otensen ist der Meinung, daß die Krankenunterstützung abgeändert werden müsse; die Leistung sei auf 1:24 herabzusetzen.

H e n k e - Bremen ist der Ansicht, daß es bei Beurteilung der Unterstützungseinrichtungen darauf ankomme, ob diese als Selbstzweck betrachtet werden oder als Mittel, um den Kampfscharakter einer Gewerkschaft zu stärken. In letzterem Falle seien sie sehr zu begrüßen.

R a d e l - Altona gegen die jetzige Form der Krankenunterstützung, die soviel Geld verschlungen habe, daß für den Kampf nichts übrig geblieben sei. Auch H e i s i n g - Otensen ist der Meinung, daß die Krankenunterstützung abgeändert werden müsse; die Leistung sei auf 1:24 herabzusetzen.

R a d e l - Altona gegen die jetzige Form der Krankenunterstützung, die soviel Geld verschlungen habe, daß für den Kampf nichts übrig geblieben sei. Auch H e i s i n g - Otensen ist der Meinung, daß die Krankenunterstützung abgeändert werden müsse; die Leistung sei auf 1:24 herabzusetzen.

R a d e l - Altona gegen die jetzige Form der Krankenunterstützung, die soviel Geld verschlungen habe, daß für den Kampf nichts übrig geblieben sei. Auch H e i s i n g - Otensen ist der Meinung, daß die Krankenunterstützung abgeändert werden müsse; die Leistung sei auf 1:24 herabzusetzen.

M a l l e r - Berlin weist auf die Erfolge hin, die man in Berlin mit dem Verbands-Arbeitsnachweise erzielt habe. Bei der Krankenunterstützung müsse eine Änderung eintreten. Mit Sektionen lasse sich eine bequeme Agitation entfalten.

Darauf wird die Sitzung auf Dienstag vormittag vertagt.

Aus der Partei.

Wegen Erkrankung hat Genosse B u r m einen längeren Urlaub angetreten und ist für dessen Dauer Genosse L e d e b o u r als sein Vertreter in die Redaktion der „Neuen Zeit“ eingetreten.

Die Breslauer Parteigenossen nahmen am Montag den Bericht vom Parteitag entgegen. Es entspann sich darauf eine längere Debatte, in der behauptet wurde, daß der Parteivorstand nicht mehr als eine Person vertritt worden ist. Auch für Verbreitung unserer Presse müsse viel mehr getan werden.

Einer von den Ältesten, Rechtsanwalt Otto Emil Freytag in Leipzig beging dieser Tage unter großen Ehrungen seiner Parteigenossen seinen 70. Geburtstag. Otto Emil Freytag, der Vorsitzende des Leipziger Anwaltsvereins und seit einer langen Reihe von Jahren Vorstandsmitglied der sächsischen Anwaltskammer, gehörte in den Jahren 1877 bis 1888 auch der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages an, in die er als Vertreter des Wahlkreises Stollberg-Land von der Sozialdemokratie gewählt wurde.

Von der „Dörschweizerischen Arbeiter-Zig.“ in St. Gallen ist nun die erste Nummer erschienen, um von nun an wöchentlich zweimal je am Mittwoch und Sonnabend zu erscheinen. Die Redaktion wird vom Genossen B e p o l d, Schriftföhrer, besorgt. Wir begrüßen den neuen Mitkämpfer und wünschen ihm besten Willens und Gedeihens.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Sein Sittlichkeitsvergehen. Wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz, so berichtet man und aus Halle vom 2. Oktober, hatte sich der Abgeordnete Genosse Thiele vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Er hatte, einer polizeilichen Aufforderung zuwider, die Mitglieder des Vereins Gewerkschaftskomitee aufgefordert, das Versammlungskolal nicht zu verlassen.

Eigentümliche Ansichten bekundeten in einer Sitzung des Schöffengerichts Neurode i. S. der Amtsanwälte und der Gerichtshof. Ein organisierter Vergewaltiger sollte in einer Versammlung die Mitglieder beleidigt haben. Der Amtsanwalt beantragte 10 M. Geldstrafe mit der fernerbaren Begründung, daß der Angeklagte ein sozialistischer Agitator sei, denn daß der Vergewaltiger ein sozialistischer Agitator sei, das beweise zur Genüge die Rede Webels in Jena.

Neue russische Anleihe. Nach langen Vermählungen scheint es nun doch der russischen Regierung gelungen zu sein, die französische Bankfinanz zur Übernahme einer neuen russischen Anleihe zu bewegen. Wie der „Temp“ berichtet, sind von einem Pariser Komitee von Bankiers und Kreditinstituten kürzlich die Bedingungen einer neuen russischen Anleihe erörtert worden.

Hamburgs Seeschiffahrt hat seit Beginn des laufenden Jahres sich mehr und mehr gehoben. Bis Ende September sind in Hamburg nach Mitteilung des Handelsstatistischen Bureau 23068 Seeschiffe mit insgesamt 15 583 357 Netto-Registertons Rauminhalt angekommen und abgegangen.

Als 1021 175 Registertons. Dieses gewaltige Verkehrsplus fällt ausschließlich der Dampfschiffahrt zu, die Segelschiffahrt ist sogar um ein geringes schwächer gewesen.

Die amerikanische Baumwollenernte verspricht nach dem gestern vom Washingtoner Ackerbau-Bureau veröffentlichten amtlichen Bericht ein besseres Resultat als fast allgemein vor einem oder zwei Monaten erwartet und berechnet wurde.

Die Lage des amerikanischen Eisenmarktes hat sich in den letzten Wochen noch günstiger gestaltet, doch fehlen, wie der „Frankf. Zig.“ aus New York berichtet wird, in manchen Zweigen Anzeichen der Schwäche nicht. Ein Gegenlag ist vorhanden zwischen der Festigkeit im Rohmaterial, in Schienen, Waggons und Platten und dem Darniederliegen des Geschäftes in den meisten Zweigen der Blech- und Nähnindustrie.

Die amerikanische Baumwollenernte verspricht nach dem gestern vom Washingtoner Ackerbau-Bureau veröffentlichten amtlichen Bericht ein besseres Resultat als fast allgemein vor einem oder zwei Monaten erwartet und berechnet wurde. Das Bureau schätzt nämlich den Durchschnittsstand der Baumwollenernte auf 71,2 Proz. einer Normalernte.

Table with 2 columns: Oktoberschätzung and Ernteresultat. Rows for years 1901-1904.

Danach ist bei einer Schätzungsziffer von 71,2 Proz. auf einen Ertrag von mindestens 1 1/2 Millionen Ballen zu rechnen.

Die Lage des amerikanischen Eisenmarktes hat sich in den letzten Wochen noch günstiger gestaltet, doch fehlen, wie der „Frankf. Zig.“ aus New York berichtet wird, in manchen Zweigen Anzeichen der Schwäche nicht. Ein Gegenlag ist vorhanden zwischen der Festigkeit im Rohmaterial, in Schienen, Waggons und Platten und dem Darniederliegen des Geschäftes in den meisten Zweigen der Blech- und Nähnindustrie.

Vermischtes.

Sturmwarnung. Wegen eines bei Schottland erschienenen, sehr tiefen barometrischen Minimums, das mit stürmischen Südwest- und Westwinden in östlicher Richtung fortschreiten dürfte, ist gestern mittag die deutsche Küste von Vorkum bis Greifswalder Die seitens der Seewarte gemeldet worden.

Vom Juge überfahren. Amlich wird aus Stendal gemeldet: Auf dem am westlichen Ende des Bahnhofes Wüste gelegenen Wegübergange wurde Mittwoch vormittag 5 Uhr 19 Minuten ein zweispänniges Fuhrwerk vom Schnellzuge 11 überfahren. Personen sind nicht verletzt. Die beiden Pferde wurden getötet. Die Schuld trifft den Schrankenwärter, der die Schranken für jenen Zug zu schließen verabsäumt hatte.

Amerikanische Bahnräuber. Aus Washington, 3. Oktober, meldet ein Kabel-Telegramm: Der ostwärts fahrende Zug der Great-Northern-Bahn wurde von drei Räubern aufgehalten. Sie sprengten den Postwagen mit Dynamit auf und raubten 50 000 Dollar. Der von dem Vorfalle benachrichtigte Bezirks-Scherriff ist mit 100 Bewaffneten zur Verfolgung der Räuber aufgebrochen, hat die Räuber gestellt und zum Kampfe gezwungen. Mehrere Mann wurden bereits getötet oder verwundet.

Theaterbrände. Aus Coimbra wird gemeldet: In Figueira da Foz (Portugal) brannten gestern zwei Theater während der Vorstellung nieder. Der Brand entstand durch den Kinematographen. Drei Personen sind verunglückt.

Vulkan-Eruption auf Samoa. Nach einer Drahtmeldung aus San Francisco, 3. Oktober, ist der Gouverneur von Deutsch-Samoa, Dr. Solf, auf der Heimreise dort eingetroffen. In einem Gespräch teilte er mit, daß aus dem Vulkan Matafua auf Samoa seit zwei Monaten Ausbrüche erfolgen, die gegenwärtig noch andauern. Die Lava hat bereits einen 500 Fuß hohen Hügel gebildet. Der Gouverneur glaubt, daß die Topographie der Insel durch die Ausbrüche vollständig verändert werden wird.

Um einen Pfennig! Der Sergeant Wolf vom Bezirkskommando in Reichen jagte sich mit seinem Dienstgewehr in der Kammer eine Kugel in die Schläfe, so daß auf der Stelle der Tod eintrat. Fürst vor Strafe soll das Motiv zu der unseligen Tat gewesen sein. Wolf hatte vor Jahresfrist eine Quittung über einen kleinen Betrag, bei der er sich um einen Pfennig (!) geirrt hatte, durch den kürzlich zur Reserve entlassenen Soldaten Scheunemann neu ausstellen und gleichzeitig die Unterschrift nachmalen lassen. Der Reservist brachte den Vorfalle erst jetzt zur Kenntnis der Militärbehörde, weil er vom Sergeanten Wolf wegen einer Dienstverhinderung gemeldet worden war.

Nord und Selbstmordversuch. Aus Oberhausen (Rheinland) wird gemeldet: Im benachbarten Dümpfen feuerte gestern der Arbeiter Gelleck drei Revolverkugeln auf seine Frau ab, die, in den Unterleib getroffen, zusammenstürzte. Sodann gab er auf sich selbst zwei Revolverkugeln ab und verletzte sich schwer. Die Frau starb bald darauf. Das Ehepaar hinterläßt sieben unmündige Kinder. Der Grund der Tat liegt in fortgesetzten ehelichen Zwistigkeiten. Der Mann war ein Trunkenbold, die Frau führte einen lüderlichen Lebenswandel.

Inherhalb Millionen gestohlen. Aus New York wird berichtet: Einer der größten Bankendiebstähle, die je bekannt geworden sind, beschäftigt gegenwärtig die hiesige Polizei. Es handelt sich um einen Betrag von rund 1 500 000 M. in Bonds, die der 24 jährige Bureaubeamte Genta Ambrose von der Bankfirma Halle u. Steiglich gestohlen hat. Ambrose, der auf dem Wege zur Kirche verhaftet wurde, hat bereits ein Geständnis abgelegt, welches die Wiedererlangung der Hälfte der entwendeten Wertpapiere ermöglichte, und auch die andere Hälfte dürfte bald den rechtmäßigen Eigentümern zugestellt werden können. Der Fall erregt in der Welt weit das größte Aufsehen, da aus den Umständen hervorgeht, daß das bei den New Yorker Banken herrschende System genaug zu solchen Verbrechen herausfordert, die durch die einfachsten Vorsichtsmaßnahmen verhindert werden könnten. Von seinem Vult in der Hanover National Bank nahm Ambrose einfach den Scheck, den er fälschen mußte, um die betreffenden Papiere in seinem Besitz zu bekommen. Anstatt des vorgeschriebenen Stempels verwendete er zur Nummerierung des gefälschten Schecks Feder und Tinte. Da er Entdeckung bei der Präsentierung befürchtete, sandte er einen kleinen Jungen von der Straße mit dem über 12 000 M. lautenden Scheck zur National City Bank, die ihn indessen anstandslos anngym. Die Entdeckung Ambroses gelang der Polizei, die keinen

Aus Industrie und Handel.

Neue russische Anleihe. Nach langen Vermählungen scheint es nun doch der russischen Regierung gelungen zu sein, die französische Bankfinanz zur Übernahme einer neuen russischen Anleihe zu bewegen. Wie der „Temp“ berichtet, sind von einem Pariser Komitee von Bankiers und Kreditinstituten kürzlich die Bedingungen einer neuen russischen Anleihe erörtert worden. Die Anleihe soll 1800 Millionen Franken betragen, und gleichzeitig in Frankreich, Deutschland, England, Nordamerika und Holland zur Emission gelangen; die Hälfte, 900 Millionen, soll Frankreich vorbehalten werden. Falls infolge der Kursdifferenzen der russischen Rente auf den veranschlagten Pfägen nicht überall derselbe Emissionskurs festgelegt werden könnte, würde die Anleihe auf den französischen Markt beschränkt werden und dann nur eine Milliarde betragen.



# 25 Volks-Versammlungen

finden am

## Donnerstag, 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,

in folgenden Lokalen statt:

**Kolberger Salon**, Kolbergerstr. 23.  
**Marienbad**, Badstr. 36.  
**Swinemünder Festsäle**, Swinemünderstr. 42.  
**Feldschlößchen**, Müllerstr. 142.  
**Wilkes Festsäle**, Brunnenstr. 188.  
**Wernaus Festsäle**, Schwedterstr. 23/24.  
**Fröbels Allerlei-Theater**, Schönhauser Allee 148.  
**Schulz' Festsäle**, Gelfortstr. 15.  
**Moabiter Gesellschaftshaus** (beide Säle), Wickestr. 24.  
**Arends Brauerei**, Turmstr. 25-26.  
**Arminhallen**, Kommandantenstr. 20.  
**Lipps Brauerei**, Friedrichshain 22.  
**Kellers Festsäle**, Köpenickerstr. 29.

**Andreas-Festsäle**, Andreasstr. 21.  
**Boekers Festsäle**, Weberstr. 17.  
**Litfins Festsäle**, Memelerstr. 67.  
**Verbandshaus**, Greifswalderstr. 222.

**Rixdorf.** **Thiels Festsäle**, Bergstr. 151.  
**Rummelsburg.** **Ww. Weigels Festsäle**, Türschmidt-Strasse,  
 Ede Goethe-Strasse.  
**Friedrichsberg.** **Gursch' Festsäle**, Frankf. Chaussee 128.  
**Friedrichshagen.** **Gesellschaftshaus.**  
**Köpenick.** **Stadttheater.**  
**Oberschöneweide.** **Wilhelminenhof.**  
**Charlottenburg.** **Volkshaus**, Rosinenstr. 3.

Tages-Ordnung:

### Die Aussperrung in der Elektrizitäts-Industrie und die Unterstützung der Unternehmer durch die Behörden.

Arbeiter, Mitbürger, Parteigenossen!  
 Erscheint zahlreich in obigen Versammlungen, um Stellung zu nehmen zu der Ungeheuerlichkeit der verschiedenen Behörden, die in der offensivsten Weise bei der gegenwärtigen Aussperrung für die Unternehmer Partei ergreifen.  
 Die Arbeiter sollen durch die Millionen-Firmen an die Wand gedrückt werden und die Behörden helfen dabei nach Kräften mit.  
 Dagegen gilt es Protest einzulegen und ist deshalb der Besuch der obigen Versammlungen dringend geboten.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Alwin Körsten, Engel-Ufer 15.

152/11

**Achtung! Klempner! Achtung!**  
 Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung aller bei Innungsmeistern Berlins und Umgegend beschäftigten Kollegen**  
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3.  
 Tages-Ordnung:  
 Erwählung zum Gesellenauschuss und zum Innungs-Schiedsgericht.  
 Kollegen! Da diese Wahlen bei dem heutigen Stand der Verhältnisse für die gesamte Kollegschaft von größter Wichtigkeit sind, wird das Erscheinen eines jeden auf das Bestimmteste erwartet.  
 Im Auftrage des Gesellenauschusses: Max Gallrein.

**Zentral-Verband der Töpfer.**  
 Filiale Berlin.  
 Wir machen unsere Kollegen noch einmal auf die am Freitag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4, stattfindende **Versammlung der Ortskrankenkasse der Töpfer** aufmerksam, in welcher die Delegiertenwahlen stattfinden. Krankentassenbuch oder Bescheinigung des Arbeitgebers gilt als Legitimation. Wir erwarten, daß unsere Kollegen vollständig erscheinen.  
 Der Vorstand.

**Chaiselongue „Tip Top“** D. R. R. M.  
  
**Chr. Häufler**, Alte Schönhauserstr. 5.  
 Bettstühle v. 24,50 Mk. an  
 ein- auch zweischläfrig  
 Chaisel-Bett „Herbert“ v. 17 Mk. an, mit Betthälter bis 65 Mk.  
 Reiche Auswahl in Metall-Bettstellen für Erwachsene u. Kinder zu billigen Preisen. 40311\*

**Stukkateure, Weißarbeiter!**  
 Freitag, 6. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:  
**Außerordentliche Versammlung**  
 nur für Zug- u. Weißarbeiter.  
 Tages-Ordnung:  
 Der Streit der Stukkateure und unser Verhalten dazu.  
 Die Anwesenheit aller in diesem Fach tätigen Kollegen ist Ehrensache. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, zu einer Sitzung an demselben Tage pünktlich 6 Uhr bei Weisnacht am Abend zu sein!  
 Zentralverband der Stukkateure Deutschlands.  
 Filiale Berlin. S. U.: P. Krebs.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin**  
 Sonntag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:  
 Vortrag des Schriftstellers **M. Maurenbrecher** über: Arbeiter-Bildung.  
 Eintritt 20 Pf. Garderobe frei.  
 Nach dem Konzert: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

**Hygienische**  
 Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.  
 H. Unger, Gummiwarenfabrik  
 Berlin NW., Friedrichsrasse 91/92.  
**Stahlblech**  
 roh in vorzüglicher Qualität.  
 Stahlrohrlager Wallstr. 16.

2 Ziehungen { 9. und 10. Oktober  
 30. u. 31. Oktober  
**Metzer Dombau-Geld-Lotterie**  
 Hauptgewinne Mark:  
 100 000  
 30 000  
 20 000  
 Für beide Ziehungen gültige Lose à 5 Mk., 1/2 à 2.50 Mk., Porto und Liste 50 Pf. extra, empfiehlt  
**Carl Heintze**,  
 Berlin W., Unter den Linden 3.

**Zähne 2 Mk.**  
 an. Umarbeitung schlechtynder Gebisse. Reparaturen. Plomben 1.50 Mark. Zahnoperationen mit deutscher Ausbildung 1 Mark. Zahlreiche Anerkennungen. Beliebige Teilzahlung. Garantie für langlebigen Sitz. **Emil Schaefer**. Seit 9 Jahren nur **Urbanstraße 133**, vis-a-vis der Fischestraße. 42530\*

**Soeben erschien Modell 1906**  
 mit bedeutenden Verbesserungen!  
 Kein Blaken! — Kein Rußen mehr!  
 4 D. R.-Patente.  
**„A. B. C.“ Brenner**  
 für **Petroleum-Glühlicht**  
 Mk. 5.50  
 komplet m. Dauerstrumpf, Zylinder u. Docht.  
 Brennt heller wie Gasglühlicht und verbraucht dabei nur für zirka 1 Pfennig Petroleum pro Stunde.  
 Kein Verschneiden, kein Putzen des Dochtes; es gelangen nur auswechselbare Brennringe von großer Haltbarkeit zur Verwendung. Der Brenner ist so einfach, daß er von einem Kinde bedient werden kann, daher der Name „A. B. C.“  
 Paßt für jede vorhandene 10<sup>1/2</sup> u. 14<sup>1/2</sup> Lampen und mittels Zwischenring auch auf jedes andere Bassin.  
 Mustergültig in Handhabung u. Brennweise!  
 Das rationellste Licht der Jetztzeit!

**Zur Beachtung für die Berliner Arbeiterschaft!**  
 Seit fünf Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Siegalter Hutfabrik vormals Klein u. Co., G. m. b. H., im Streit, um eine Lohnerhöhung bis zu 50 Prozent abzuwehren. Die Firma verkauft ihre Produkte in eigenen Verkaufsstellen und befindet sich ihre Läden in Berlin:  
**Wilsnackerstraße 63,**  
**Ritterstraße 19 a,**  
**Friedrichstraße 250,**  
**Große Frankfurterstraße 94.**  
 Die Firma verneint besonders mit der Arbeiterlandschaft. Die Streikenden appellieren an das Solidaritätsgefühl der Berliner Arbeiterschaft und erwarten, daß sie nicht eine Firma unterstützen, die wöchentliche Durchschnittslöhne von 6 Mark für Arbeiterinnen und 12-16 Mark für Arbeiter bis zu 50 Prozent herabdrücken will.  
 Der Zentralverein für Hutarbeiter und Arbeiterinnen.  
 Filiale Berlin.

**Eigene Werkstätten:**  
  
**Möbelfabrik.**  
 Die besten und billigsten  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
 kaufen Sie bei  
**Julius Apelt, Tischlermeister,**  
 Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kolbuser Tor.

**Niederlagen:**  
 Horn, Arnhold, Alexandrinerstr. 110. O. Kahnt, Lützowstr. 13.  
 O. Besold Ww., Alte Jakobstr. 51. Adolf Nevir, Unter den Linden 44.  
 Louis Böttcher, Boxhagenstr. 32. O. P. Neuwendorf, Friedrichstr. 127.  
 Thomas Godson, Eichhornstr. 11. Paul Schenck, Reichenbergerstr. 30.  
 M. Kirschhorn, Stralauerbrücke 3. H. Vettin, Brunnenstr. 34. 42/12\*  
 Karl Hesse, Brandenburgstr. 15.  
**Charlottenburg:** F. Schröder, Schlüterstr. 50.  
**Ober-Schöneweide:** J. W. Kantner, Elisenstr. 10.  
**Rixdorf:** Emil Steinbach, Thüringerstr. 44.  
**Rummelsburg:** Georg Reiner, Schillerstr. 35.  
**Steglitz:** Alb. Busse Nachf., Schützenstr. 50.  
 Ewald Buck, J. Dahlemann Nachf., Schloßstr. 50.  
**Weißensee:** Gerlück & Wolfram, Königshaussee 35.  
**Wilmersdorf:** Franz Hinze, Bernhardtstr. 10.  
 Friedr. Müller, Bruchsalstr. 14.









